



Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin

Expertise im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur

HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung¹
Collegienstr. 62
06886 Lutherstadt Wittenberg
<http://www.hof.uni-halle.de>

Dezember 2003

¹ Federführende Bearbeitung: Roland Bloch M.A., bloch@hof.uni-halle.de

Die hier vorgelegte Studie wird, ergänzt um eine zeitgeschichtliche Darstellung „Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau 1990 ff.“ und eine annotierte Bibliografie „Wissenschaftstransformation in Ost-Berlin 1989 ff.“, von HoF Wittenberg in einer Printversion publiziert. Bestellungen an institut@hof.uni-halle.de

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	3
Vorbemerkung	4
1. Problemstellung und Anlässe	5
2. Methodik	9
3. Die aktuellen Problemlagen	12
3.1 Deutung der Ursachen – der ostdeutsche Wissenschaftsumbau	12
<i>Exkurs: Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft (15-19)</i>	
3.2 Unzulänglich genutzte Kompetenzen	20
<i>Exkurs: Zu den Deutungskompetenzen zur ostdeutschen Geschichte und Gesellschaft (21-23)</i>	
3.3 Probleme der Arbeits- und Lebensumstände	25
<i>Exkurs: Zur Geschichte des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (27-29)</i>	
3.4 Symbolische und Anerkennungsprobleme	34
<i>Exkurs: Die Situation der Zweiten Wissenschaftskultur (35-37)</i>	
<i>Exkurs: Die Situation der Leibniz-Sozietät (39-43)</i>	
3.5 Einigungsbezogene Bewertungen der Berliner Wissenschaftspolitik	44
3.6 Zusammenfassung	46
4. Optionen der Problembearbeitung	47
4.1 Rahmenbedingungen	47
4.2 Empirisch erhobene Lösungsvorschläge	50
4.2.1 Zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen	50
4.2.2 Zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände	51
4.2.3 Zu symbolischen und Anerkennungsproblemen	56
4.3 Handlungsempfehlungen	59
4.3.1 Voraussetzungen der Empfehlungen und ihrer Umsetzung	59
4.3.2 Empfehlungen zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen	61
4.3.3 Empfehlungen zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände	64
4.3.4 Empfehlungen zu symbolischen und Anerkennungsproblemen	68
4.3.5 Zusammenfassungen	71
Literatur	73
Anhang 1: Fragebogen für das schriftliche Anhörungsverfahren	79
Anhang 2: Leitfaden für die Experteninterviews	80
HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung	82

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1:	Anzahl der in Berlin durch WIP, HSP III, HWP 3 Geförderten	29
Tab. 1:	Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur in Berlin	38
Tab. 2:	Problemlagen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“	46
Tab. 3:	Übersicht: Die Empfehlungen und ihre Adressaten	71
Tab. 4:	Umschichtungserfordernisse im Wissenschaftshaushalt bei Umsetzung der der an die Politik adressierten Empfehlungen	72
Tab. 5:	Themen der Beratungen im Abstimmungsgremium	72

Vorbemerkung

Die hier vorgelegte Expertise ist eine thematisch präzise eingegrenzte Studie, für deren Erstellung – vom Institut für Hochschulforschung (HoF) kurzfristig übernommen – vier Monate zur Verfügung standen; die empirischen Erhebungen wurden dem Auftragsvolumen entsprechend von einer Person durchgeführt. Es handelt sich mithin ausdrücklich um kein Forschungsprojekt – für ein solches wäre ein weit aufwändigeres Untersuchungsdesign notwendig gewesen –, sondern um eine empirisch basierte gutachtliche Expertise. Der realisierte Projektumfang ergab sich aus den zeitlichen und finanziellen Limitierungen des Auftragsvolumens. Dementsprechend wird hier ein Problemaufriss geliefert, der durchaus weitergehende Informationsbedürfnisse produzieren kann. Um diese zu bedienen, wären zusätzliche Erhebungen notwendig.

Um etwaigen falschen Erwartungen vorzubeugen, sei auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die hier vorgelegte Studie die *gegenwärtige* Situation analysiert und *keine* zeitgeschichtliche Darstellung der Wissenschaftstransformation in Ost-Berlin liefert: Die Vergangenheit interessiert an dieser Stelle nur insoweit, als die Abläufe und Deutungen des Zurückliegenden für die Einschätzung des Gegenwärtigen durch die Akteure eine beträchtliche Rolle spielen.

Unabhängig von diesen inhaltlichen Beschränkungen kann auf Grund der allgemeinen Feldkenntnis, die HoF Wittenberg in diese Expertise einfließen lassen konnte, eingeschätzt werden: Aus etwaigen weiteren Erhebungen ergäben sich zweifelsohne Differenzierungen und Verfeinerungen hier vorgelegter Befunde und Einschätzungen, kaum aber grundsätzliche Richtungsänderungen bei den erhobenen Problemlagen, Lösungsvorschlägen und den daraus entwickelten Handlungsempfehlungen.

1. Problemstellung und Anlässe²

„Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ mag als eine merkwürdige Bezeichnung erscheinen, da Wissenschaft sich in der Regel nur sehr bedingt nach Stadtteilen organisiert. So sollen mit dieser Bezeichnung auch nicht die heute im Ostteil Berlins angesiedelten Hochschulen und Institute gekennzeichnet werden. Gemeint sind mit „der Ost-Berliner Wissenschaft“ vielmehr all die Phänomene, die sich der spezifischen Verankerung von Wissenschaft in der früheren DDR-Hauptstadt und dem ebenso spezifischen Gang der Transformation der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft seit 1990 verdanken. Diese mehrschichtigen Phänomene zeichnen sich durch anhaltende Persistenz aus, so dass eine partiallokale Charakterisierung wie „die Ost-Berliner Wissenschaft“ durchaus gerechtfertigt ist:

- Dazu zählen erstens Personen und institutionelle Sonderregelungen, die allein aus der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation der 1990er Jahre erklärbar sind: so z.B. die einst innerhalb des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) und heute im Rahmen des Hochschul-Wissenschafts-Programms (HWP) geförderten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.
- Ebenso zählt dazu die außerhalb etablierter akademischer Zusammenhänge wirkende sog. Zweite Wissenschaftskultur – eine Art akademischer ‚postsozialistischer Subkultur‘, getragen von Personen, die im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftsstrukturen in den 1990er Jahren aus Normalbeschäftigungsverhältnissen herausgefallen sind oder nur prekäre Weiterverwendungen fanden. Sie haben sich daraufhin in eingetragenen Vereinen und Klubs organisiert und dort ein eigenes Veranstaltungswesen, Forschungsprojekte und Publikationsaktivitäten beträchtlichen Ausmaßes entfaltet.
- Drittens schließlich bilden die strukturellen und epistemischen Sedimente der DDR-Wissenschaftsgeschichte eine eigene Schicht dessen, was hier „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ genannt werden soll: Als Hauptstadt der DDR war Ost-Berlin Gravitationskern der sehr eigenen Verbindung von Wissenschaft und Politik im staatssozialistischen System, gekennzeichnet durch Wissenschaftsgläubigkeit ebenso wie Wissenschaftsignoranz, durch wissenschaftlichen Opportunismus, aber auch durch wissenschaftliche Renitenz, all dies in je abgestuften Varianten.

Die Präsenz dieser Schichten im öffentlichen Bewusstsein der Stadt und in den örtlichen wissenschaftlichen Aktivitäten ist sehr differenziert ausgeprägt. Das resultiert wesentlich aus dem Charakter der ostdeutschen Wissenschaftstransformation nach 1989. Im Zuge dieses Prozesses gab es unter Bedingungen des Zeitdrucks, unzulänglicher Information und innerwissenschaftlicher Verteilungsaueinandersetzungen eine Reihe von problematischen Entscheidungen. Diese führten unter anderem zu individuellen Ungerechtigkeiten, welche die ost-westdeutsche Verständigung bis heute behindern, und zu fragwürdigen Asymmetrien, die sich in unterschiedlichen Verteilungen ökonomischen, symbolischen und (wissenschafts-)politischen Kapitals entlang einer Ost-West-Achse zeigen.

² Dieses Kapitel ist übernommen aus einem Papier der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Büro des Staatssekretärs für Wissenschaft und Forschung, das in Vorbereitung einer ursprünglich geplanten „Ost-West-Kommission beim Wissenschaftssenator“ entstanden war.

Diese Einschätzung ist mittlerweile über alle politischen Lager- und Milieugrenzen hinweg unstrittig. Allenfalls wird widersprüchlich bewertet, wie die produzierten Probleme zu den ebenso vollbrachten Leistungen ins Verhältnis gesetzt werden sollten. Denn in der Tat gab (und gibt) es auch beträchtliche Finanztransfers mit grandiosen Ausstattungsverbesserungen der Ost-Berliner wie insgesamt der ostdeutschen Forschung und Hochschulen, wurde etwa die Hälfte des früheren Akademie-Personals in Institute der außeruniversitären Forschungsorganisationen integriert, eine flächige Versorgung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten erreicht usw. usf. (Die Wissenschaftsfreiheit übrigens gehört nicht in diese Aufzählung: Denn diese gab es faktisch seit dem Herbst 1989, ist also nicht der Ende 1990 vollzogenen deutschen Einheit zuzurechnen.) Daneben bestehen Bewertungsdifferenzen darüber, wie weit der Zeitdruck und die unzulängliche Information, unter denen die seinerzeitigen Transformationsentscheidungen getroffen wurden, unvermeidlich waren bzw. welche Motive ihnen zu Grunde lagen. Diese Fragen werden im übrigen nicht allein entlang der Ost-West-Achse unterschiedlich bewertet, sondern sind auch unter WissenschaftlerInnen und Entscheidungsträgern ostdeutscher Herkunft kontrovers.

Berlin ist von diesen Fragen besonders betroffen, da ca. 30% des gesamten Forschungs- und Hochschulpotentials der DDR in Ost-Berlin angesiedelt war. Daher wirkten und wirken die Einigungsfolgen im Wissenschaftsbereich im nunmehr vereinigten Berlin auch besonders einschneidend. Zudem war ausschließlich in Berlin die Situation einer unmittelbaren administrativen Vereinigung von Ost und West gegeben. Dies bedingte, dass eine eingespielte westliche Administration – die bis dahin West-Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung – den Umstrukturierungsprozess der Hochschulen und Institute im Ostteil der Stadt steuerte.

Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Umstrukturierung ist Widersprüchliches zu hören. Die Ost-West-Integration in der Wissenschaft und an den Hochschulen sei hervorragend geglückt, sagen die einen. Man ignoriere sich weitgehend oder lebe bestenfalls in halbwegs friedlicher Koexistenz nebeneinander her, so die anderen. Es habe sicher individuelle Härten gegeben, die aber vor der insgesamt vollbrachten Neugestaltungsleistung verblassten, heißt es auf der einen Seite. Das Ausmaß der Ungerechtigkeiten und ihr Fortwirken seien skandalös, ist von der anderen Seite zu hören. Von dieser gab es denn auch immer wieder öffentlich erhobene Forderungen, die damaligen Entscheidungen sowie deren Umsetzung zu überprüfen und zu reparieren, was noch reparabel sei (etwa Bollinger et al. 2000; van der Heyden 2002).

Neben diesen milieubezogenen Gründen gab es im Jahre 2002 zwei Ereignisse, die zum Anlass wurden, einer analytischen Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen näher zu treten.

Im Februar 2002 fand in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Volkswagen-Stiftung eine Tagung unter dem Titel „10 Jahre danach“ statt. Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Zwar war zu dieser Veranstaltung kein Referent eingeladen, der als prinzipieller Kritiker der Vorgänge bekannt ist. Doch gab es dennoch in den Vor-

trügen und Diskussionen ein unerwartetes Ausmaß an Selbstzweifeln und kritischen Anmerkungen. Am deutlichsten äußerte solche der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß, als er ausführte:

„Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlussbemerkung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.“

Mittelstraß schloss sein Referat mit den Worten: „Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun.“ (2002:32) In der Diskussion präziserte er, was er damit meinte: „Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah“.³ Solche Äußerungen sind unterdessen nicht mehr ungewöhnlich.⁴ Im Gegenteil: Die ostdeutsche Wissenschaftstransformation wird allgemein so bewertet, dass ihre Abläufe als ausgesprochen suboptimal gelten. Gleichzeitig jedoch werden ihre Ergebnisse als akzeptabel bis positiv bewertet – so auch auf der Tagung „10 Jahre danach“. Diese Ambivalenz der Bewertung legt die Frage nahe, ob eine solch inkonsistente Deutung hinreichend von der heutigen Realität gedeckt ist.

Fast zeitgleich zu der Tagung, im Januar 2002, war in Berlin eine Landesregierung aus SPD und PDS gebildet worden, die eine stärkste Partei in den westlichen Teilen Berlins, die andere stärkste Partei in den östlichen Wahlkreisen. Diese spezifische Konstellation spiegelte sich auch in der Koalitionsvereinbarung beider Parteien wider. Dort heißt es:

„Die Metropole Berlin bleibt in jeder Beziehung eine Werkstatt der Einheit und erfüllt damit eine Aufgabe für ganz Deutschland. SPD und PDS sehen sich in der Verantwortung, nach der Herstellung der staatlichen Einheit die innere Einheit Berlins weiter zu gestalten. (...) Voraussetzungen für die Vollendung der inneren Einheit sind die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Ost und West, ein höherer Respekt für die im jeweiligen Teil Berlins gelebten Biografien, auch für die von Menschen in der DDR erbrachten sozialen und kulturellen Leistungen. Über manches davon wurde in den vergangenen Jahren zu schnell und zu geringgeschätzt hinweggegangen.“ (Koalitionsvereinbarung 2002:4)

³ Hier zit. nach Wegelin (2002:15), da sich dieser Satz aus unerfindlichen Gründen in der offiziellen Dokumentation der Veranstaltung (Stifterverband 2002) nicht findet. Er ist gleichwohl authentisch: Mittelstraß hat ihn ausdrücklich bestätigt (vgl. Mittelstraß 2002a:12).

⁴ Aus einem Bericht über das „10 Jahre danach“-Symposion: „Von Schuld, die man auf sich geladen habe, war die Rede, von der Versündigung an einer ganzen Generation (Horst Kern), von Ungerechtigkeiten (Benno Parthier), ... von persönlicher Tragik (Manfred Erhardt), von einem schmerzlichen Prozeß (Jens Reich), von einer Katastrophe für die Betroffenen (Gerhard Maess ...), von Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen (wenngleich nur gelegentlichen, Erich Thiess ...), von ungerechtfertigten Härten an der Humboldt-Universität (... Richard Schröder)“ (Wegelin 2002:14f.).

An diese politischen Aussagen knüpften sich Erwartungen auch bei Ost-Berliner Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen.

Sowohl vor dem Hintergrund der neuen Nachdenklichkeit, die sich auf dem „10 Jahre danach“-Symposium zeigte, wie angesichts der zitierten politischen Selbstverpflichtung der gegenwärtigen Berliner Regierungsparteien, wie auch insbesondere eingedenk der besonderen Auswirkungen des Wissenschaftsumbaus Ost innerhalb Berlins erscheint es sowohl angemessen wie auch notwendig, die ortsspezifischen Ergebnisse der seinerzeitigen Vorgänge einer genaueren Betrachtung und Bewertung zu unterziehen – so wie sie sich im Jahre 2003 darstellen.

2. Methodik

Die praktischen Ziele der Expertise sind zweierlei:

- (a) Es sind die aktuellen Problembeschreibungen zu erheben und in systematisierter Form aufzubereiten.
- (b) Auf dieser Grundlage sind für den Hochschul- und Forschungsbereich Berlins hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Stadt als ‚Werkstatt der Einheit‘ Vorschläge für politische Handlungsoptionen zusammenzutragen bzw. zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund wurde folgendes methodisches Vorgehen gewählt:

1. Mittels einer Dokumentenanalyse wurden relevante Zeitschriftenartikel, Vereinsnachrichten, schriftlich vorliegende Forderungskataloge etc. ausgewertet.
2. Die daraus generierten Daten dienten als Basis für ein schriftliches Anhörungsverfahren. Der hierfür verwendete Fragebogen (siehe Anhang 1) umfasste einerseits die aus der Dokumentenanalyse ermittelten Problembereiche, die von den Adressaten der Anhörung detailliert untersetzt werden sollten, und zielte andererseits darauf, Lösungsvorschläge zu eruieren. An dem schriftlichen Anhörungsverfahren haben folgende Institutionen auf Einladung teilgenommen:

- Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. Berlin
- Leibniz-Sozietät e.V.
- Verein für Angewandte Konfliktforschung e.V.
- Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V.
- WiSoS e.V. – Verein für Wissenschaftssoziologie und Statistik
- Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Johannes Sassenbach Gesellschaft e.V.
- Social Data GmbH/ isda * Institut für Sozialdatenanalyse e.V.
- Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS⁵
- Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU)
- Deutscher Hochschulverband, Landesverband Berlin
- Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Berlin
- Akademikerverband im Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), Landesverband Berlin
- WIP-Rat Berlin
- Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof (IGA-FA) e.V.⁶
- Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesverband Berlin, Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung

⁵ Hier erschöpfte sich die Teilnahme in der Übersendung einer Literaturübersicht zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau.

⁶ für WITEGA Angewandte Werkstoff-Forschung GmbH, WITEGA Laboratorien Berlin-Adlershof GmbH und WISTA-MANAGEMENT GMBH

- Marion Bimmler, Betriebsrat Max-Delbrück-Centrum Berlin-Buch

Eigeninitiativ teilgenommen haben an dem Anhörungsverfahren:

- Prof. Dr. Fritz Vilmar, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (OSI), FU Berlin
- Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.

Absagen gingen von folgenden Vereinen ein:

- Akademischer Ruhestandsverein (ARV) e.V.
- Luisenstädtischer Bildungsverein e.V.
- Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V.
- Helle Panke e.V.

Ohne Rückmeldung haben auf eine Teilnahme verzichtet:⁷

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Berlin
- Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung
- BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien
- Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung
- Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft e.V.
- Gemeinschaft für Sozialökologie e.V.

3. Parallel wurden sieben leitfadengestützte Experteninterviews geführt. Der Leitfaden (siehe Anhang 2) wurde analog zur schriftlichen Anhörung aus der Dokumentenanalyse entwickelt. Die interviewten Expertinnen und Experten waren:

- Prof. Dr. Clemens Burrichter (12.9.2003)
- Prof. Dr. Jürgen Kocka (9.9.2003)
- Prof. Dr. Hubert Laitko (12.9.2003),
- Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß (13.11.2003)
- Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (24.10.2003)
- StS Dr. Peer Pasternack (13.9.2003)
- Prof. Dr. Rosemarie Will (2.9.2003).

4. Abschließend wurde am 28.10.2003 ein Rundtischgespräch mit Vertretern von wissenschaftspolitischen Verbänden, Vereinen der Zweiten Wissenschaftskultur und Analytikern der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation durchgeführt. Ziel war die Vorstellung erster Erhebungsergebnisse und die Diskussion möglicher Folgerungen. Auch dieses Gespräch wurde in die empirische Erhebung integriert: Zum einen konnten Problemdiagnosen präzisiert und plausibilisiert, zum anderen konkrete Lösungsvorschläge diskutiert werden. An diesem Rundtischgespräch nahmen teil:

- Prof. Dr. Karl-Heinz Bernhardt, Sekretar der Naturwissenschaftlichen Klasse der Leibniz-Sozietät
- Marion Bimmler, Betriebsrätin, Max-Delbrück-Centrum
- Roland Bloch, HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung
- Dr. Stefan Bollinger, Sprecher Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Prof. Dr. Irene Dölling, Universität Potsdam, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

⁷ Bei Vereinen der Zweiten Wissenschaftskultur kann das daran liegen, dass sie mittlerweile nicht mehr existieren bzw. zeitweilig inaktiv sind.

- Prof. Dr. Gerhard Fischer, Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.
- Dr. Thomas Flierl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin
- Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski, Landesvorsitzender Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW)
- Dr. Ulrich van der Heyden, Sprecher Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Jens Hüttmann, HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung
- Dr. Mario Keßler, Sprecher Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Dr. Rainer Land, Berliner Debatte Initial e.V.
- Dr. Peer Pasternack, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung a.D.
- Dr. Brigitte Reich, Leitungsreferentin Wissenschaft in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Dr. Gottfried Seifert, Sprecher WIP-Rat Berlin
- Dr. Joachim Sobottka, Sprecher WIP-Rat Berlin
- Dr. Dietmar Wittich, Social Data GmbH/isda*Institut für Sozialdatenanalyse e.V.
- Dr. Herbert Wöltge, Leibniz-Sozietät.

Die im Rahmen der Dokumentenanalyse, schriftlichen Anhörung und Experteninterviews erhobenen Daten, Einschätzungen und Vorschläge wurden in einem ersten Zugriff grob geclustert, woraus sich (a) Problembeschreibungen (siehe 3.) von Problemlösungsvorschlägen (siehe 4.2) unterscheiden sowie (b) drei Problemgruppen (siehe 3.2-3.4) identifizieren ließen. Die Clusterbildung erwies sich im Laufe der weiteren Bearbeitungen als nur geringfügig präzisierungsbedürftig, im übrigen aber tragfähig. In einem zweiten Zugriff wurden die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung und der Experteninterviews inhaltsanalytisch ausgewertet: die schriftlichen Antworten erfasst, verschlagwortet und auf dieser Grundlage thematisch systematisiert; die aufgezeichneten Experteninterviews verschriftlicht, paraphrasiert und gleichfalls thematisch systematisiert. Derart konnte ein erstes Thesenpapier zu den aktuellen Problemlagen erstellt werden, das die Grundlage des Rundtischgesprächs bildete. Mit Hilfe eines strukturierten Beobachtungsprotokolls wurde das Rundtischgespräch dokumentiert. Die Ergebnisse präzisierten die bisher erfassten Problembeschreibungen und Problemlösungsvorschläge. Dabei erwies sich, dass sich in einigen der im hiesigen Kontext relevanten Themen auf exemplarische Weise zahlreiche Problemaspekte so verdichten, dass geschlossene Darstellungen nahe liegen, bzw. dass zu Einzelfragen Hintergrunderläuterungen nötig sind, die über den Ertrag der empirischen Erhebungen hinausgehen.. Daher wurde dafür die Darstellungsform des Exkurses gewählt (siehe 3.1-3.4). Abschließend wurden verbliebene Informationslücken durch ergänzende Literaturstudien gefüllt. Im Ergebnis all dessen ließen sich die empirisch erhobenen Lösungsvorschläge kommentieren (siehe 4.2) und konnten in die Formulierung von Handlungsempfehlungen überführt werden (siehe 4.3).

3. Die aktuellen Problemlagen

Auf der Grundlage der nach dem oben beschriebenen Erhebungsdesign ermittelten Daten lassen sich drei Problemgruppen systematisch unterscheiden:

- a. unzulänglich genutzte Kompetenzen (3.2),
- b. Probleme der Arbeits- und Lebensumstände (3.3),
- c. symbolische und Anerkennungsprobleme (3.4).

Die Problemgruppen unterscheiden sich nach Art und Reichweite der jeweiligen Problemdiagnosen. Sie sind aber alle eingebettet in eine allgemeine Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. Aus dieser Deutung werden die Problemdiagnosen ursächlich abgeleitet (3.1). Ebenso ordnen die Befragten die Problemdiagnosen zur „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ in die allgemeine Berliner Wissenschaftspolitik ein, wie in diesem Zusammenhang auch positive Entwicklungen beschrieben werden (3.5).

Hinzuweisen ist auf eine Besonderheit der Zusammensetzung derjenigen, die im Rahmen der empirischen Erhebung befragt worden sind: Sie werden dominiert durch Vertreter und Vertreterinnen der Geistes- und Sozialwissenschaften, gleichwohl sich auch Natur- und Ingenieurwissenschaftler sowie Mediziner darunter befinden. Doch sind letztere zum einen zahlenmäßig nicht ganz so stark von den Ergebnissen der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation betroffen; zum anderen sind sie nicht so ausdifferenziert organisiert wie die Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen. Die Dominanz von Vertretern der Geschichtswissenschaft, Philosophie, Philologie usw. im hier analysierten Feld ist also systematisch bedingt. Gleiches gilt dann naturgemäß auch für die erhobenen Problembeschreibungen und Problemlösungsvorschläge.

3.1 Deutung der Ursachen – der ostdeutsche Wissenschaftsumbau

In der schriftlichen Anhörung und den Experteninterviews wurde neben gegenwärtigen Problemen und Lösungsvorschlägen auch die Einschätzung der Vorgeschichte der heutigen Situation erfragt. Diese Vorgeschichte – der ostdeutsche Wissenschaftsumbau in den 1990er Jahren – kann schwerlich ausgeblendet werden, da wesentlich daraus Gegenwartsdiagnosen begründet werden.

Allgemein ist sich die Mehrheit der Befragten darin einig, dass der ostdeutsche Wissenschaftsumbau wesentlich in der Übernahme des westdeutschen Systems bestand. Damit ist zunächst eine Deutung des ehemals west- und nun gesamtdeutschen Wissenschaftssystems verbunden: Dieses sei schon 1990 reformbedürftig gewesen, womit auch gegenwärtige wissen-

schaftspolitische Probleme Resultat dieser ‚vertanen Chance‘ seien.⁸ Wenn es sich beim ostdeutschen Wissenschaftsumbau aber primär um den Transfer des westdeutschen Systems und nicht eine Fusion zweier Systeme gehandelt hat, dann folgt daraus in der Sichtweise der Mehrzahl der Befragten eine Abwertung des DDR-Wissenschaftssystems. Diese Abwertung ist Quelle der diagnostizierten Anerkennungsprobleme (siehe 3.4). Die Abwertung besteht aus zwei Komponenten:

- Nicht-Anerkennung der DDR-Wissenschaft,
- Nicht-Anerkennung der DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler, somit Abwertung ostdeutscher akademischer Berufsbiographien.

Diese Abwertung habe zu gesellschaftlichen Verlusten geführt: „Es war eine politische Steuerung, die weder den Wissenschaften noch der Gesellschaft insgesamt den Nutzen gebracht hat, den sie eigentlich bräuchte“ (Burrichter).⁹ Deutlich wird hier die legitimierende Funktion solcher Diagnosen: es gehe nicht um Partikularinteressen einer bestimmten Gruppe, sondern um den allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen. Dieser sei dadurch beeinträchtigt, dass mit dem ostdeutschen Wissenschaftsumbau auf wissenschaftliche Potenziale verzichtet worden sei (ver.di, Leibniz-Sozietät, Laitko). Direkt verbunden mit dieser Deutung sind Einschätzungen, in welcher Form der Wissenschaftsstandort Berlin von einer Lösung der heutigen Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ profitieren könne (siehe 3.5).

Soweit auf gesellschaftlichen Nutzen verzichtet wurde, verweist das in der Sichtweise der Befragten auf politische Motivationen. Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau sei danach „ein möglichst radikaler Elitenwechsel“ gewesen, der mit dem Ziel verfolgt worden sei, den „Karrierestau bzw. Habilitierten-Berg“ (Laitko) des westdeutschen Wissenschaftssystems abzubauen. Dieser Elitenwechsel schließe Ostdeutsche mittel- und langfristig von gesellschaftlicher Teilhabe aus (ISO). Verbunden worden sei dies mit der politisch motivierten Abwertung der DDR-Wissenschaft: Die Einheit „war eine ‚konzertierte Aktion‘ von politisch gewollter Anpassung/Liquidation, Marginalisierung potenzieller Konkurrenten und – was die Geistes- und Sozialwissenschaften betrifft – Fortsetzung des ‚ideologischen Klassenkampfes‘ mit anderen, überlegenen Mitteln“ (isda).

Dabei war die „konzertierte Aktion“ anfangs gar nicht vollständig unwillkommen gewesen, worauf mehrere Interviewpartner hinwiesen. Das habe darin begründet gelegen, dass in der Situation des schnellen Umbruchs zunächst bereitwillig auf die vorhandenen bzw. „offi-

⁸ „Blauäugig hat man sich damals jedenfalls aus Sicht des Wissenschaftsrates vorgestellt, dass Teil des Resultates auch eine Reform im Westen sei, was aber faktisch eben nicht der Fall war. Faktisch hat man dem Osten das westliche System übergestülpt, ohne die Chance zu nutzen, sich auch einmal grundsätzlich Gedanken über die Schwächen des westlichen Systems zu machen. Dadurch ... hat man faktisch Strukturen, die auch im Westen hätten reformiert werden müssen, zusätzlich befestigt“ (Mittelstraß).

⁹ Diese Diagnose wird auch in einer sarkastischeren Variante formuliert: „Natürlich kann man sagen, die Bundesrepublik hat sich als reiches ökonomisch potentes Land geoutet, indem sie aller Welt gezeigt hat, wir können auf alle diese Leute verzichten“ (Laitko). Es sei bewußt auf Wissen und Können verzichtet worden (VHW).

ziellen“ (Burrichter) Konzepte zurückgegriffen wurde. Eng damit verbunden sei die „relativ geringe Selbstregenerierungsfähigkeit“ (Kocka) der ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Ablauf des Umbauprozesses führte aber zu der Deutung, dass hier die gesamte DDR-Wissenschaft diskreditiert und nicht Wissenschaftler individuell evaluiert worden seien: „Die Grundphilosophie war: Das Wissenschaftssystem der DDR ist durch die politischen Umstände sozusagen pervertiert“ (Burrichter).

Diese „Grundphilosophie“ hat sich für eine Interviewpartnerin auch in ihrer Arbeit in den damaligen Strukturkommissionen gezeigt. Die angelegten Professionalisierungskriterien seien für sie sehr nachvollziehbar gewesen, vor allem da sie ermöglichten, Forschungs- und Publikationsdefizite zu benennen. Aber „was die Betroffenen anbetrifft, ist es natürlich nicht nur ein Erfolg. Es war ein Erfolg wesentlich für die Westdeutschen. ... Ich hatte gedacht, bei diesen Professionalisierungskriterien könnten Ostdeutsche ähnliche Chancen haben. Das hatten sie nicht“ (Nickel). Insofern änderte sich die Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus dahingehend, dass er von vielen Betroffenen „als eine erneut fremdbestimmte Form von außen und oben“ (Kocka) erlebt wurde.¹⁰ Auf der strukturellen Ebene wird aber auch darauf hingewiesen, dass es zur Homogenisierung des deutschen Wissenschaftssystems keine Alternative gegeben habe: „Dennoch wird man aus heutiger Sicht feststellen müssen, dass es richtig war, dem Prinzip der Bestenauslese bei der personellen Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern uneingeschränkt Geltung zu verschaffen“ (Deutscher Hochschulverband).

Als besonders nachteilig habe sich die Annahme, die DDR-Wissenschaft sei politisch diskreditiert, für Geistes- und Sozialwissenschaftler erwiesen:

„Der Grundtenor in den Naturwissenschaften war: da ist ideologisch manches nicht in Ordnung gewesen, aber wissenschaftlich seid ihr gut, also übernehmen wir euch. In den Geisteswissenschaften war es eher umgekehrt. Man sagte: wissenschaftlich seid ihr gut gewesen, aber ideologisch war einiges im Argen, deswegen nehmen wir euch nicht“ (Mittelstraß).¹¹

Daran schließt sich dann die Folgerung an, dass der Nachweis wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit eben keine Rolle bei der personellen Erneuerung gespielt habe (Leibniz-Sozietät, ISO, VHW). Geistes- und Sozialwissenschaftler finden sich denn auch überproportional unter den sogenannten „Übersprungenen“ (Bollinger 2002), d.h. der ‚mittleren Generation‘, also diejenigen, die 1989/90 zwischen 30 und 45 Jahre alt waren (siehe 3.3), und unter den Adressaten von Sonderprogrammen wie dem Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern lediglich einen prekären Status sichern

¹⁰ „Wir sollten Vorschläge ausarbeiten und die dann vorlegen. Man hat uns jedoch als solche angesehen, die kommen, gucken und beschließen. Die Unzufriedenheit mit dem gesamten Vorgang ist eine, die auch aus diesem Irrtum entstand“ (Mittelstraß).

¹¹ „Im Wissenschaftsrat gingen große Einrichtungen aus den Naturwissenschaften, aber auch große mathematische Einrichtungen in Diskussionen von einer halben bis einer Stunde über den Tisch - im Sinne von: werden in das neue System überführt. Mit Einrichtungen im Bereich der Geisteswissenschaften, teilweise auch der Sozialwissenschaften, ist man ganz anders umgegangen. Da gab es manchmal stundenlange Diskussionen um kleine Gruppen, und dies meist mit einem negativen Resultat“ (Mittelstraß).

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern lediglich einen prekären Status sichern konnten (siehe 3.3).

Je länger der ostdeutsche Wissenschaftsumbau zurückliegt, desto schärfer werde die Kritik am Bestehenden, hat ein Interviewpartner beobachtet (Burrichter). Diese Schärfe findet sich in der Tat häufig in den Antworten im Rahmen der schriftlichen Anhörung und zeigt sich in z.T. stark ideologisierten Deutungen. Das wiederum liegt wesentlich darin begründet, dass besonders die Probleme der Arbeits- und Lebensumstände auf die persönlichen Folgen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus im Alltag der Gegenwart verweisen. Immerhin darf einerseits nicht übersehen werden, „dass zum Teil die persönlichen Schicksale an den Schicksalen der Institutionen hingen“ (Mittelstraß), und dass andererseits einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „ohne erkennbare Schuld und *trotz* erwiesener Leistungsfähigkeit aus unserem System herausgefallen“ sind (Mittelstraß 2002a:11).

Exkurs:

Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft

Wo gegenüber den kritischen Bewertungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus Gleichgültigkeit oder Skepsis dominiert, speisen diese sich häufig aus einem Unbehagen hinsichtlich etwaiger politischer Verstrickungen des davon betroffenen Personals. Insbesondere der Umstand, dass die Neuordnung öffentlicher Beschäftigungsstrukturen – also auch der Wissenschaft – in den 90er Jahren politisch und medial von Stasi-Debatten begleitet worden war, führte zu einer diesbezüglichen Verengung des Blickes.

Tatsächlich müssen jedoch drei Gruppen von Tatbeständen auseinander gehalten werden, die zu einem erzwungenen Verlassen des bisherigen Arbeitsplatzes in der Wissenschaft führen konnten:

- mangelnde persönliche Integrität,
- mangelnde fachliche Eignung und
- Personalstrukturveränderungen.

Zudem ist innerhalb dieser Tatbestandsgruppen nochmals zu unterscheiden:

- „Mangelnde persönliche Integrität“ beinhaltete IM-Tätigkeit für das MfS, aber auch die Wahrnehmung politischer Ämter in der DDR, häufig, doch nicht immer ergänzt um die Spezifikation „zum Schaden anderer“. Was unter „Integrität“ zu verstehen sei, war anfangs, etwa bis 1992, recht rigoros ausgelegt worden, während sich anschließend eine differenziertere Sicht durchsetzte, die systemische Handlungskontexte einbezog und abwägende Urteile beförderte.¹²
- „Mangelnde fachliche Eignung“ besagte nicht zwingend, dass keine fachliche Kompetenz vorliege, sondern zunächst nur, dass die fachliche Eignung für eine bestimmte, inhaltlich definierte Stelle unzulänglich sei. Denn die zuständigen Kommissionen handhabten die diesbezügliche Beurteilung des vorhandenen Personals uneinheitlich.

¹² Es würde den Rahmen der hiesigen Betrachtung sprengen, die Kriterien dieser Beurteilungen zu erörtern. Statt dessen wird auf die detaillierten Darstellungen und Würdigungen in Raiser (1998) und Pasternack (1999b) verwiesen.

- Personalstrukturveränderungen bestanden neben der Neubestimmung von Stellenzuweisungen zu einzelnen Fächern und Instituten vor allem im Abbau von Personalstellen. Dabei war es häufig schlicht eine Frage von Glück oder Pech, wer von diesen Veränderungen betroffen war oder verschont wurde, insoweit dies davon abhing, wie sehr das jeweilige Institut von Stellenstreichungen betroffen war. Folglich kann von der Anwendung des Prinzips der Bestenauslese hier nur bedingt gesprochen werden.

Schließlich ist zu beachten, dass diese Details ohnehin nur an den Hochschulen, genauer: denjenigen Hochschulen, die weitergeführt wurden, wirksam werden konnten. In den außeruniversitären Instituten und den geschlossenen oder umgegründeten Hochschulen hingegen gab es vergleichbare Abläufe gar nicht oder nur in schwächerer Formalisierung. Diese Einrichtungen waren die Institute der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, der Bauakademie und der gesamten DDR-Ressortforschung, die allesamt großteils in Berlin angesiedelt waren, sowie die Hochschule für Ökonomie, die Ingenieurhochschule Berlin und die Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg.

Aus den außeruniversitären Instituten der Akademien der Wissenschaften und der Landwirtschaftswissenschaften, vereinzelt auch der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und einzelnen Ressortforschungsinstituten, sind dann fallweise und ausdrücklich nicht als Fortsetzung zuvor geschlossener Einrichtungen Teilpotentiale in neugegründete oder erweiterte Institute der Blauen Liste, Großforschungseinrichtungen und Fraunhofer-Gesellschaft, in geringem Umfang auch der Max-Planck-Gesellschaft übernommen worden. Ein weiterer Teil des außeruniversitären Personals wurde bis 1996 über das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) finanziert. Insgesamt führten diese Vorgänge für ca. 50% des Personals der außeruniversitären Institute zum Verlust des Arbeitsplatzes.

Der Abbau nicht nur von Stellen, sondern auch des dazugehörigen Personals wurde seinerzeit durch zwei Regelungen des Einigungsvertrages erleichtert: Zum einen gab es die Abwicklungsregelung, d.h. die Möglichkeit, über die Schließung ganzer Einrichtungen komplette Belegschaften in eine Warteschleife zu versetzen, aus der sie dann innerhalb von sechs bzw. neun Monaten für eine Neugründung aktiviert oder nach Ablauf der Frist in die Arbeitslosigkeit entlassen werden konnten. Zum anderen bot der Einigungsvertrag Sonderkündigungsregelungen, die Teile des westdeutschen Kündigungsschutzrechts außer Kraft setzten (was sich im übrigen bis heute im BAT-Ost widerspiegelt, nach dem anders als im BAT-West auch nach 15 Dienstjahren die Möglichkeit der betriebsbedingten Kündigung seitens des öffentlichen Arbeitgebers bestehen bleibt).

Wenn das Anliegen Ost-Berliner WissenschaftlerInnen, dass Teilaspekte der Wissenschaftstransformation trotz des beträchtlichen Zeitablaufs nachgebessert werden müssen, auf allgemeine Akzeptanz stoßen soll, dann ist die Kenntnis wichtig, in welchen Größenordnungen aus welchen Gründen es seinerzeit zur Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen gekommen war. Das sei hier exemplarisch für die Humboldt-Universität (HU) nachvollzogen, da für Berlin die Prozesse der personellen Neuordnung bislang allein für diese Hochschule detailliert aufgearbeitet sind (vgl. Pasternack 1999b:257-269, 289-305; Raiser 1998).

Wichtigste Referenzzahlen zur angemessenen Einordnung und Bewertung der nachfolgenden Daten sind die Anzahl der Beschäftigten der HU im Jahre 1989 und deren Verbleib:

- Die HU (ohne Charité) beschäftigte 1989 3.279 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, davon 783 HochschullehrerInnen (Professoren und Dozenten).
- Drei Viertel der ProfessorInnen waren bis 1994 ausgeschieden, davon etwa ein Viertel als Altersabgänge. Von den DozentInnen mussten 87% die Universität verlassen.
- Die ursprünglichen Angehörigen des wissenschaftliche Mittelbaus hatten zu etwa 90% die HU verlassen müssen.
- Der Umfang dieser Abgänge korrespondiert nur zum Teil mit dem Stellenabbau, den die HU gleichzeitig vornehmen musste: Im wissenschaftlichen Bereich (ohne Charité) waren 30% der Stellen zu reduzieren. Während dabei die Anzahl der Professuren um 33% stieg, sank sie im wissenschaftlichen Mittelbau um 82%. (Vgl. Raiser 1998:118-120 und 79/103).

Verfahrensseitig waren die 90er Jahre an der Humboldt-Universität von einer lebendigen Landschaft zahlreicher Kommissionen geprägt, die sich mit vielfach überlappenden Aufträgen Personalfragen, z.T. im Zusammenhang mit Strukturfragen, zu widmen hatten:

„Diese Landschaft bestand insbesondere aus der Rehabilitierungskommission, dem Ehrengeschuss und der Anhörungskommission, den Personalstrukturkommissionen (PSK) der einzelnen Fachbereiche, die durch eine Zentrale PSK koordiniert wurden, und den Struktur- und Berufungskommissionen (SBK), die ebenfalls jeweils für jeden Fachbereich existierten. Die Bildung der SBKs erfolgte auf Initiative von außen, seitens der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung. Alle anderen Kommissionen waren universitätsinterne Gründungen. ... Daneben war, solange es noch kein Kuratorium gab, die sog. Sechser-Kommission, bestehend aus Vertretern von Universität und Berliner Senat, mit Personalfragen befaßt. Nach Bildung des Kuratoriums gab es dann als dessen Untergliederung eine Personalkommission.“ (Pasterneck 1999b:257)

Begonnen hatten die personalbezogenen Neuordnungen an der Humboldt-Universität mit Integritätsprüfungen durch die Anhörungskommission und den Ehrengeschuss. Mit solchen Personalkommissionen war „das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärinstrument einer *personellen Erneuerung* der ostdeutschen Hochschulen entwickelt und installiert worden“:

„Der Form nach vermittelte es nichtjustitiable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiographischer Vergangenheit zum Zwecke der Gewinnung einer Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst im Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.“ (Ebd.:369)

Die Anhörungskommission der HU hatte eine dezidiert positiv formulierte Aufgabe: Sie stellte die Möglichkeit bereit, dass universitäre AmtsinhaberInnen bzw. für Wahlämter Kandidierende über ihre „persönliche und politische Entwicklung“ Auskunft geben, was dazu beitragen sollte, „daß allein solche Persönlichkeiten, die in einer kritischen Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der HUB bestehen können, die Universität repräsentieren und leiten“.¹³ Ein Resümee von 1992 vermerkt, dass sich 360 Universitätsangehörige der Anhörungskommission gestellt hätten. In 20 Fällen habe die Kommission die Empfehlung gegeben, auf das ausgeübte bzw. angestrebte Selbstverwaltungsamt zu verzichten (Lommatzsch 1992). In 13 Fällen sei es zu sog. unentschiedenen Situationen gekommen: „die Kommission war zwar der Meinung, daß eine Empfehlung angebracht wäre, es fehlten

¹³ Ordnung der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin, o.J. [1991], S. 0.

aber die Fakten, das überzeugend zu begründen“ (ders. 1992a). In weiteren zwei Fällen hätten die Angehörten von sich aus direkt nach dem Gespräch ihre angestrebte Kandidatur zurückgezogen. Bei den Abstimmungen in der Kommission habe es des öfteren ein Patt gegeben. Im übrigen seien „nicht unbedingt diejenigen“ zur Anhörung gekommen, die sich in der DDR an repressiven Maßnahmen beteiligt hatten (ders. 1992).

Anders arbeitete der Ehreusschuss: Er handelte auf Antrag, bspw. den eines Geschädigten, der das Handeln seines Schädigers überprüft wissen wollte. Hier wurde zu den Ergebnissen mit Stand 5/1995 berichtet: Von den 380 behandelten Fällen seien in 73 Fällen (19%) eine Empfehlung zur Kündigung wegen Unzumutbarkeit, d.h. wegen mangelnder persönlicher Integrität ausgesprochen und in 27 Fällen (7%) Auflösungsverträge empfohlen worden. 280mal, d.h. für 74%, wurde die Weiterbeschäftigung als möglich erachtet (Flemming 1995).

Gleichfalls eine Eigenaktivität der Humboldt-Universität war die Bildung von Personalstrukturkommissionen (PSK) für die einzelnen Fachbereiche bzw. Institute. Diese sollten alle drei personalbezogenen Aspekte des Umbaus behandeln: persönliche Integrität, fachliche Eignung und Personalstruktur. Die einzelnen PSK gingen mit dieser komplexen Funktionszuschreibung unterschiedlich um. Soweit die Kommissionen auch tatsächlich Integritätsüberprüfungen durchgeführt hatten, sind von 1.038 derart begutachteten WissenschaftlerInnen 217 wegen Feststellung entsprechender Mängel negativ bewertet worden. Das sind 21%. Die Differenz zwischen Hochschullehrern und Mitarbeitern ist dabei auffallend: Von 381 begutachteten Professoren und Dozenten fanden sich 93 = 24,4% aus Integritätsgründen negativ bewertet; bei den Mitarbeitern waren dies von 657 nur 25 = 3,8% (Pasternack 1999b, 300).

Parallel zu den universitätsintern eingesetzten PSK wurden dann durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung zusätzlich Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) eingesetzt. Der eigentlich wünschenswerten Entkopplung von Integritäts-, Kompetenz- und Strukturfragen war auch deren Aufgabendefinition nicht dienlich. Mittlerweile war die Problematik dieser Vermischung von strukturellen, fachlichen und Integritätsaspekten auch an der Humboldt-Universität erkannt worden. Der ZPSK-Ko-Vorsitzende Michael Daxner schlug daher 1992 dem Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses vor:

„Zur Vermeidung einer Vermischung von reinen *Bedarfskündigungen* ... mit solchen wegen *mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung* ... sollten die letzteren dem ganzen Überleitungs- und Übernahmeverfahren vorgeschaltet werden. (Für die zuletzt aus Bedarfsgründen Gekündigten sollte so staatlicherseits dokumentiert werden, daß sie nur aus diesen – und nicht aus persönlich vorwerfbaren – Gründen keine weitere Verwendung an ihrer bisherigen Stelle finden können)“ (Daxner 1992, 2).

Beachtung hatten diese und ähnliche Mahnungen nicht gefunden. Die sich folglich ergebenden Schwierigkeiten der Universität mit den Struktur- und Berufungskommissionen wie den Umgang mit deren Ergebnissen verdichtete dann Präsidentin Marlis Dürkop 1996 in folgendes Resümee:

„In der Evaluierung hatten die SBK im Unterschied zu Kommissionen in den anderen neuen Bundesländern ein integriertes Verfahren von persönlicher und fachlicher Eignung vorzunehmen, das auch noch den Stellenplan berücksichtigte. Gleichzeitig entstand dadurch – auch durch verschiedene Bewertungen der einzelnen SBK bedingt – kein einheitliches Raster der Entscheidungen, keine systematische Vergleichbarkeit der Einzelfälle. Die SBK gaben ihre

Empfehlungen auf der Grundlage des ErgGBerIHG und des HPersÜG, ohne daß die Bestimmungen der Gesetze näher ausgeformt worden wären. Der Akademische Senat der HUB hat sich im Februar und März 1992 selbst zwei Arbeitsrichtlinien zur Prüfung von SBK-Anträgen auf Ausschreibungen und Berufungen sowie für eine Übergangskonzeption der Personalstruktur im Akademischen Mittelbau gegeben. Diese Richtlinien wurden den SBK mit der Erwartung übermittelt, der AS erwarte, daß die SBK die entsprechenden Anforderungen berücksichtigen. Unter Verweis auf diese Richtlinien wurde im AS ständig nach den Planungen der SBK bezüglich des vorhandenen Personals, bezüglich von Bewerbern aus den neuen Bundesländern und der Bewerbung von Frauen gefragt. Dies führte zu einem Meinungsbildungsprozeß auch in jenen SBK, die Berufungsentscheidungen als ihre einzige Aufgabe losgelöst von allen weiteren Personalfragen gesehen hatten.“ (Dürkop 1996, 147)

Zu der Frage, inwieweit etwaige mangelnde fachliche Kompetenzen für das Ausscheiden Einzelner verantwortlich waren, sind detaillierte Angaben nicht möglich: Zum einen führten die Struktur- und Berufungskommissionen nicht durchgehend Evaluationen fachlicher Kompetenzen an sich durch, sondern prüften häufig allein die je individuelle Eignung für bestimmte Stellen. Zum anderen war die Bewerbersituation für Professuren an der Humboldt-Universität so gut, dass das Scheitern gegen eine solch herausragende Konkurrenz nichts Zwingendes über eine mangelnde Qualifikation der Unterlegenen aussagt. (Vgl. Raiser 1998:99f.)

Das personalbezogene Ergebnis der weitgehenden Umsetzung der SBK-Empfehlungen, die einen vorgegebenen Stellenrahmen¹⁴ zu berücksichtigen hatten, spiegelt sich in den o.g. Zahlen: Rund drei Viertel der früheren HU-Wissenschaftler und -Wissenschaftlerinnen waren nach abgeschlossenem Umbau der Universität dort nicht mehr beschäftigt. Eine Zusammenschau der diversen Kommissionsergebnisse hinsichtlich ‚persönlicher Integrität‘ ergibt, dass hier bei ca. 10 Prozent des gesamten wissenschaftlichen Personals durchschlagende Bedenken bestanden. Das heißt: Etwa 65% der 1989 an der HU beschäftigten WissenschaftlerInnen hatten die Universität verlassen müssen, ohne dass dafür Aspekte ausschlaggebend waren, die aus Integritätsüberprüfungen resultierten. Durch auslaufende Arbeitsverträge, die aus der Umwandlung in der DDR unbefristeter in dann befristete Beschäftigungsverhältnisse resultierten, erhöhte sich dieser Anteil in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nochmals beträchtlich, ohne allerdings statistisch erfasst worden zu sein.

Zusammengefasst hat die retrospektive Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus folgende Auswirkungen auf die erhobenen Diagnosen über die „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ heute:

1. Die Ursachen der gegenwärtigen Probleme werden den Modalitäten des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus zugeschrieben.
2. Damit wird der Anspruch auf politische Lösungen dieser Probleme legitimiert, da letztere Resultate von (politisch zu verantwortenden) Entscheidungen seien.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Beschreibungen der genannten Fehlentwicklungen im einzelnen auf ihren Realitätsgehalt zu prüfen. Wichtig sind diese Deutungen hier vielmehr, weil sie ein Verstehen der im weiteren dargestellten Problembereiche (3.2-3.4)

¹⁴ Der Senat von Berlin: Senatsvorlage Nr. 852/91

und eine angemessene Bewertung spezifischer Lösungsvorschläge, wie sie im Rahmen der Befragungen erhoben wurden (4.2), ermöglichen. Die diagnostizierten Probleme lassen sich in die drei oben genannten Bereiche einteilen – unzulänglich genutzte Kompetenzen, Probleme der Arbeits- und Lebensumstände sowie symbolische und Anerkennungsprobleme. Die weitere Darstellung bezieht sich nun ausschließlich auf die Gegenwart, d.h. auf heutige und also ggf. auch heute bzw. künftig zu bearbeitende Fragen.

3.2 Unzulänglich genutzte Kompetenzen

Aus den Modalitäten der Neuordnung der Wissenschaftslandschaft in Ost-Berlin haben sich nach nahezu einhelliger Auffassung aller Befragten auch Verluste für die Gesellschaft ergeben. Die Mehrheit der Befragten ist sich darin einig, dass es sich bei diesen Verlusten um Kompetenzen handelt, die nicht oder unzulänglich wahrgenommen werden. Das heißt, diese Kompetenzen existierten zwar weiterhin in der (Wissenschafts-)Praxis, würden aber weder von den etablierten wissenschaftlichen Institutionen noch – etwa sozialwissenschaftliche Kompetenzen – im Rahmen systematischer Politikentwicklung aktiviert. Spezifische Kompetenzen, die ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin einbringen könnten, seien folgende:

(a) Insiderwissen

Ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten besondere, auf Innenkenntnis basierende Kompetenzen hinsichtlich des Funktionierens des DDR-Systems sowie des Transformationsprozesses und der heutigen Gegenwartsgesellschaft in Ostdeutschland.¹⁵ Dieser ‚biographische Vorteil‘ wird von allen Befragten, die sich zu diesem Thema äußerten, gesehen. Dementsprechend sind die meisten auch von dem potentiellen Nutzen dieser Innenkenntnis des DDR-Systems überzeugt: Der – notwendige – quasi-ethnologische Außenblick auf die ostdeutsche Gesellschaft werde gegenwärtig nur unzulänglich ergänzt durch den – ebenso notwendigen – Innenblick von Beobachtern, die gesellschaftliche Codes ohne mühsame Übersetzungsanstrengungen zu entschlüsseln vermögen.¹⁶

Eine Interviewpartnerin wies darauf hin, dass besonders an den Transformationserfahrungen gegenwärtig kein gesellschaftliches Interesse bestehe. Erst kommende Generationen wür-

¹⁵ „Sie [die Ostdeutschen – r.b.] verfügen sicherlich in der Regel über eine genauere und vor allen Dingen selbst erlebte Kenntnis dieses zu Ende gegangenen Systems. Und soweit dieses Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit ist, bringen sie also Kenntnisse und Erfahrungen ein, die unmittelbare Vorteile für diese wissenschaftliche Erforschung bedeuten“ (Kocka).

¹⁶ Dieses Insiderwissen müsse neben der ostdeutschen Gegenwartsgesellschaft besonders auch für die Erforschung sozial-kultureller Einrichtungen der DDR genutzt werden (Vilmar).

den wohl den notwendigen Abstand zu – und damit wieder Interesse an – der Transformation gewonnen haben (Nickel).¹⁷

Gleichfalls werde mit Sorge beobachtet, dass seit Mitte der 90er Jahre eine starke Abnahme von Lehrveranstaltungen zur DDR-Geschichte zu konstatieren sei (vgl. Pasternack 2001e).¹⁸ Auch hierbei könnten sich ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch ihr Insiderwissen und überdurchschnittliches Interesse am Gegenstand besonders einbringen. Daneben gebe es ein Archivwissen, deren Träger ostdeutsche Wissenschaftler seien, das für die künftige Nutzung spezifischer Archive zur ostdeutschen Geschichte nicht verloren gehen dürfe.¹⁹

Exkurs:

Zu den Deutungskompetenzen zur ostdeutschen Geschichte und Gesellschaft

Für viele Befragte hängt das abnehmende Interesse an der DDR-Geschichte auch mit einer öffentlichen wie wissenschaftlichen Deutung der DDR zusammen, in der genuin ostdeutsche Perspektiven nicht wahrgenommen werden. Dabei ginge es einerseits darum, ein ‚westdeutsches Deutungsmonopol‘ sowohl für die DDR-Geschichte als auch für die heutige ostdeutsche Teilgesellschaft zu brechen (siehe 2.2.4). Andererseits könnten gerade ostdeutsche Perspektiven helfen, Deutungsprobleme, welche die (westdeutsch dominierten) Sozialwissenschaften hinsichtlich der ostdeutschen Transformationsgesellschaft haben, zu vermindern. Dem stehe aber entgegen, dass die Deutungskompetenzen im Sinne von ‚Zuständigkeit‘ nicht parallelisiert seien mit den Deutungskompetenzen im Sinne von Deutungsfähigkeit.

¹⁷ „Die Generation, die Träger des Transformationsprozesses war, ist offensichtlich einerseits sprachlos und andererseits so damit beschäftigt, sich zu integrieren und anzupassen, dass die Generation es nicht artikuliert, und die nachwachsende Generation ist jetzt erst einmal damit beschäftigt, sich nicht immer verorten zu müssen. Das wird dann erst wieder die nächste Generation sein“ (Nickel). Etwas anders akzentuiert der Deutsche Hochschulverband: „Bei den Studierenden und KollegInnen ist die Ost-West-Frage im Prinzip kein Thema mehr.“

¹⁸ Allerdings ist präzisierend darauf hinzuweisen, dass dieses Problem in Berlin im Vergleich zu anderen Regionen am geringsten ist: „Die Freie Universität, die Humboldt-Universität und – deutlich geringer, aber für eine technisch ausgerichtete Hochschule immer noch beachtlich – die TU Berlin bieten seit 1990 bis heute so viele Ostdeutschland-bezogene Lehrveranstaltungen an, wie dies nirgendwo sonst zu beobachten ist. ... Seit 1990 konnten in Berlin in jedem Semester durchschnittlich 43 verschiedene Vorlesungen oder Seminare zur DDR-Geschichte oder zu aktuellen ostdeutschen Entwicklungen belegt werden. Berlin erweist sich also zumindest in akademischer Hinsicht als das, was es immer gern sein möchte, nämlich ‚Werkstatt der Einheit‘. Wer die DDR studieren möchte, sollte nach Berlin gehen und sich an allen drei Universitäten zugleich einschreiben. Angesichts der Fülle entsprechender Lehrangebote ließe sich dort problemlos ein – nicht existierender, aber hier ohne Mühe selbst zu organisierender – Studiengang ‚GDR-Studies‘ zusammenstellen und absolvieren.“ (Pasternack 2001e:39f.)

¹⁹ Das wird durchaus dramatisch gesehen: „Wenn die beiden letzten Menschen, die sich darin auskennen, gestorben sind, ist das nur noch ein Haufen Papier und Datenmüll“ heißt es bei isda unter Bezugnahme auf ein konkretes Beispiel. Ähnlich äußert sich auch das Rudolf-Bahro-Archiv.

Damit ist die soziokulturelle Dimension der unzulänglich genutzten Kompetenzen angesprochen: Die Partizipationsmöglichkeiten an der Deutung von DDR-Geschichte, des Transformationsprozesses und der ostdeutschen Gegenwartsgesellschaft sind ungleich zwischen Ost und West verteilt. Die Folgen lassen an einem Beispiel sinnfällig illustrieren (vgl. Pasternack 2004):

1999 veröffentlichte der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer ein Thesenpapier über die Ursachen von Fremdenhass in Ostdeutschland (Pfeiffer 1999). Er verband dies mit der Präsentation eines Fotos aus einem DDR-Kindergarten: Eine Kindergruppe sitzt in Reih und Glied auf Nachttöpfen und verrichtet gemeinschaftlich die Notdurft – das alsbald sogenannte „Töpfchenfoto“. Pfeiffer erläuterte, dies sei ein Beweis für die aberwitzige kollektivistische Zurichtung in der DDR, die alle Lebensbereiche umfasst habe: Nicht einmal Pinkelgehen sei individuell möglich, sondern an feste Termine und normierte Gruppenabläufe gebunden gewesen. Wer so von Kindheit an aufgewachsen sei, müsse zwar nicht zwingend ein Neonazi werden und Ausländer überfallen, aber wundern jedenfalls brauche man sich darüber nicht, wenn er es dann werde.

Daraufhin hieß das, was Pfeiffer sagen wollte, nur noch die „Töpfchentese“. Es herrschte in Ostdeutschland allgemeine Empörung über ‚den Wessi‘, der sich da eine Deutungshoheit angemaßt und so überdeutlich daneben gelegen habe. Denn jeder, der in der DDR gelebt hatte, wisse, dass im Kindergarten zwar Kollektivnormen eingeübt wurden, dass dennoch aber bedürfnisabhängig auf Toilette gegangen werden durfte. Die allgemeine Empörung war unabhängig davon, wie die einzelnen Empörten seinerzeit zur DDR gestanden hatten.

Pfeiffer hatte mit dem Foto eine geradezu grandiose Kommunikationshavarie produziert, und diese war weniger spaßig, als es der Anlass nahe legen könnte. Denn über das eigentliche Problem, zu dessen Erklärung Pfeiffers Text etwas hätte beitragen wollen und können – das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland –, wurde anschließend nicht mehr diskutiert. Dabei wäre das lohnenswert gewesen. Immerhin hatte Pfeiffer als Ausgangspunkte zwei harte Daten:

- „Fremdenfeindliche Überfälle ... ereignen sich im Osten pro 100.000 der Bevölkerung vier- bis fünfmal so oft wie im Westen. ... Pro 100.000 Ausländer wurden 1997 in den westlichen Bundesländern 2,1 Opfer fremdenfeindlicher Gewalt, in den neuen Bundesländern waren es 57,4 – also 27mal so viel“ (ebd.:1).
- Es gibt eine „starke Gruppenorientierung der jungen Ostdeutschen ... Jugendliche und Heranwachsende in den neuen Bundesländern (begehen) Gewaltdelikte primär aus Gruppen heraus ..., während im Westen die Einzeltäter dominieren Junge Gewalttäter aus Leipzig gaben zu 55 Prozent an, daß sie ihre Taten aus Gruppen heraus begangen hatten. In Stuttgart waren das nur 20 Prozent“ (ebd.:2).

Pfeiffers eigentliche Argumentation nun war: Der hohe Anpassungsdruck an die Gruppe habe eine kollektivistische Zurichtung und Entindividualisierung bewirkt. Im Kontext der strikten Feindbildorientierung, die das DDR-Bildungssystem vermittelt habe, hätte dies dreierlei bewirkt: Verunsicherung des Individuums, Abwehr alles Fremden und Gewinn von Selbstbewusstsein allein in der Gruppe. All dies zusammen habe schließlich einen Nährboden für feindselige Einstellungen und Gewalt gegen Ausländer geschaffen.

Dies plausibel zu machen, hätte es des Töpfchenfotos nicht bedurft. Pfeiffer aber war von dessen vermeintlicher Evidenz so beeindruckt, dass er sich nicht die Frage stellte, ob

er womöglich einem Stereotyp aufsitzt – einem Stereotyp, das zwar herrschaftsanalytisch plausibel ist, im konkreten Falle aber alltagsgeschichtlich dementiert wurde. Pfeiffer organisierte sich mit dem Einsatz des Fotos die allgemeine Abwehr der Ostdeutschen und verschenkte damit ohne Not die Chance, dass über seine eigentlichen Thesen diskutiert wurde.

Durch den Ausschluss eines beträchtlichen Teils der potenziellen Debattenteilnehmer wird der Diskurs über die genannten Themen also selbst geschwächt, indem er inhaltlich eben ohne die Erfahrungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ostdeutscher Herkunft organisiert wird. Gerade das Beispiel der ‚Töpfchentese‘ zeigt, dass einige Deutungsaufgaben hinsichtlich der DDR-Gesellschaft Ostdeutschen zugänglicher sein können. So war sich auch die Mehrheit der im Rahmen der „Ost-Berliner Wissenschaft“-Expertise Befragten einig, dass der notwendige Innenblick eine wichtige, aber unzulänglich genutzte Kompetenz ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei.

(b) Osteuropakompetenzen

Im Ostteil Berlins sind in beträchtlicher Dichte sprachliche, fachliche und kulturelle Kompetenzen im Hinblick auf Osteuropa vorhanden. Dabei liegen diese keineswegs brach, sondern werden zivilgesellschaftlich gelebt. Kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen Berlins nach Ostmittel- und Osteuropa werden durch eine ganze Reihe von sehr aktiven Vereinen bereichert. Diese Kooperationen werden in der Regel kaum mit öffentlichen Mitteln unterstützt und sind nahezu ausschließlich vom persönlichen Engagement der Mitglieder getragen.

Beispiele sind der Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa MitOst e.V., der ehrenamtlich Begegnungs- und Kulturprojekte durchführt, oder das Ost-West-Europäische Frauennetzwerk OWEN e.V., das Hilfe zur Selbsthilfe in den osteuropäischen Ländern leistet und den Aufbau von langfristigen Kooperationsbeziehungen mit dieser Region unterstützt. Eine Reihe von Organisationen widmet sich speziell der Zusammenarbeit mit Russland, so etwa die Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität DAMU e.V., das Deutsch-Russische Forum e.V. oder der Deutsch-Russische Austausch e.V.

In und für Berlin war Anfang der 90er Jahre einmal das Leitbild „Ost-West-Drehscheibe“ entwickelt worden. Es läge nahe, in Zusammenführung dieses Leitbildes mit dem gleichfalls elaborierten Leitbild „Stadt des Wissens“ (vgl. BerlinStudie 2000:23ff.) die wissenschaftlichen Osteuropakompetenzen, wie sie insbesondere in Ost-Berlin vorliegen, auch politisch stärker wahrzunehmen. Drei Beispiele aus jüngerer Zeit und aus unterschiedlichen Bereichen zur Erläuterung:

- Als am 25.10.2002 die Konferenz „Die Mittel- und Osteuropakompetenz der Stadt Berlin“ stattfand, traten im Wissenschaftspanel vier Personen auf: der Vorsitzende des Institutsrates des Osteuropa-Instituts der Freien Universität, die Präsidentin der Universität Frankfurt/Oder, die Leiterin des Informationszentrums Sozialwissenschaften und eine Vertreterin des Wissenschaftskollegs (vgl. Standke 2002). Das heißt: ausschließlich VertreterInnen öffentlich geförderter Einrichtungen, kein Vertreter zivilgesellschaftlicher Initiativen.

- 2003 lief im Martin-Gropius-Bau die Ausstellung „Berlin-Moskau 1950-2000“. Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel hat luzide darauf aufmerksam gemacht, was dem kundigen Blick an dieser Ausstellung vor allem auffällt: das, was dort nicht zu sehen ist.

„Es gibt [in der Ausstellung] ... keine Viersektorenstadt und keine Mauer, keinen Grenzübergang und nicht den Ost-West-Expreß Paris-Moskwa zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Weißrussischem Bahnhof. Dort gibt es nicht die Buchhandlung Unter den Linden, in der zu Mauerzeiten die Westler ihr Zwangsumtauschgeld in russische Klassiker oder Noten umgemünzt hatten. Die ganze Topographie des sowjetischen Berlin – sie ist einfach nicht da ... All das, was Ost-Berlin und Moskau für fast ein halbes Jahrhundert zu Städten in einer Zeitheimat, nämlich des Ostblocks, hatte werden lassen, scheint es nicht gegeben zu haben. [...] Natürlich auch nichts von den Tausenden von Berliner Studenten und Aspiranten, die an Moskauer Universitäten oder Akademie-Instituten waren; nichts von den über Generationen gewachsenen Netzen zwischen Berliner und Moskauer Verlegern und Übersetzern.“ (Schlögel 2003)

Schlögel resümiert: „Die Stadt ist voll von Leuten, die wissen, was über die Jahre auf der Schiene Berlin-Moskau gelaufen ist. Die Ausstellungsmacher haben sich große Mühe gegeben, dieses Potential zu ignorieren.“

- Der Senat von Berlin unterhält seit 2002 eine MOE-Initiative. Deren Leitdokument ist das „Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Mittel- und Osteuropa. Grundsätze und Schwerpunkte“ (Senat [2003]). Das Kapitel „Die Berliner MOE-Kompetenz (Stärken-Schwächen-Analyse)“ verzichtet vollständig auf die Erwähnung derjenigen spezifischen Kompetenzen, die in Berlin allein dadurch vorhanden sind, dass der Ost-Teil der Stadt einstmals Hauptstadt eines zum osteuropäischen Machtblock gehörenden Staates war – wenn man von dem sehr unspezifischen Aufzählungspunkt „hoher Anteil an Berlinerinnen und Berlinern, die über Ost-West-Kompetenz verfügen“ (ebd.:3) absieht.

(c) Weitere regionalspezifische Kompetenzen

Neben der politisch verursachten besonderen Einbindung der DDR in den ostmittel- und osteuropäischen Großraum und die dadurch vorhandenen Osteuropa-Kompetenzen gibt es weitere regional spezifische Kompetenzen. Auch diese rühren aus besonderen politischen Verbindungen her, welche die DDR eingegangen war: In Folge dieser hatte die DDR in überdurchschnittlichem Maße in die Ausbildung von Expertentum auch zu asiatischen und afrikanischen Ländern sowie zum Nahen Osten („mit Ausnahme Israels“) investiert (Gesellschaftswissenschaftliches Forum). Die dadurch regional verdichteten Kompetenzen seien mit den Personen in Berlin nach wie vor vorhanden.

(d) Marxistische Ansätze und Perspektiven

Mehrfach wurde darauf verwiesen, dass ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch ihre DDR-Sozialisation über Kenntnisse marxistischer Ansätze und Perspektiven verfügten, die so bei westdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht vorhanden seien. Auch deswegen seien diese Perspektiven in der deutschen Wissenschaft unterrepräsentiert. Marxistische Ansätze seien aber „weiterhin wertvoll, um eine Variante von Wirklichkeitserkenntnis zu erleichtern und zu verbessern. Das könnte, wenn es richtig und unorthodox und undogmatisch und innovativ betrieben würde, ein Vorteil sein“ (Kocka).

(e) Lehrerfahrung

Ein Merkmal des DDR-Hochschulsystems waren die günstigen Lehrenden-Studierenden-Relationen und eine höhere Aufmerksamkeit für die akademische Lehre seitens der Wissenschaftler an Hochschulen. Daher hätten ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach verbreiteter Auffassung besondere Kompetenzen hinsichtlich der Lehre und Betreuung von Studierenden. Diese würden durch Ausgrenzungen von ostdeutschen Wissenschaftlern nicht genutzt, obwohl es bekanntermaßen in Folge der Überlast Probleme mit der Qualität der Lehre an den Hochschulen gebe.

3.3 Probleme der Arbeits- und Lebensumstände

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau beinhaltete wesentlich die ‚personelle Erneuerung‘ der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen. Nach Dieter Simon bedeutete diese die „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“ (1998:509). Dass der ostdeutsche Wissenschaftsumbau Folgen für die Betroffenen hatte, deren Berechtigung mit Zweifeln behaftet ist, veranlasste Jürgen Mittelstraß zu seiner oben bereits zitierten Äußerung:

„Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied ... einen Wunsch freihaben sollte, dann den, dass wir – und sei es nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden“ (Mittelstraß 2002:32).

Für viele bedeutete der ostdeutsche Wissenschaftsumbau so die Beendigung ihrer (ostdeutschen) Wissenschaftslaufbahn: Aus Lebenszeitstellen wurden fragile Beschäftigungsverhältnisse (Laitko). Die Betroffenen lassen sich nach den wissenschaftspolitischen Strukturen, in denen sie nach 1990 mit Einschränkungen weiter tätig sein konnten bzw. alsbald nicht mehr tätig sein konnten, einteilen. Zum Teil wurden, um Weiterbeschäftigungen zu ermöglichen, Sonderprogramme initiiert und neue institutionelle Formen geschaffen. Häufig Erwähnung fand in der Erhebung das 1996 ausgelaufene Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP), dessen Scheitern heute, 2003, immer noch Probleme verursacht. Als neue Institutionen wurden etwa die Geisteswissenschaftlichen Zentren (GWZ) geschaffen, deren Ziel neben wissenschaftlicher Innovation die Integration von Angehörigen der früheren DDR-Akademie der Wissenschaften (AdW) war.

Nur ein Bruchteil der wissenschaftlich Beschäftigten konnte durch diese Maßnahmen im Wissenschaftssystem verbleiben. Viele sind im Laufe der Jahre aus den Förderprogrammen herausgefallen, da der Förderungsumfang beständig reduziert wurde. Diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, soweit sie noch wissenschaftlich arbeiten, schlagen sich auf Pro-

jektstellen durch und sind mehrheitlich Teil der sogenannten ‚mittleren Generation‘, sind also diejenigen, die 1989/90 zwischen 30 und 45 Jahre alt waren. Diese Gruppe ist nur noch z.T. ermittelbar, da viele Angehörige der ‚mittleren Generation‘ inzwischen nicht mehr wissenschaftlich arbeiten (können).²⁰

(a) Die Geisteswissenschaftlichen Zentren (GWZ)

Sechs Geisteswissenschaftliche Zentren (GWZ) existieren in den ostdeutschen Ländern, davon drei in Berlin: das Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung, das Zentrum Moderner Orient und das Zentrum für Literaturforschung.²¹ Hervorgegangen aus „Forschungsschwerpunkten“, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Max-Planck-Gesellschaft unterhalten hatte, hatten die Zentren zwei Gründungsaufträge: zum einen die Erzeugung von Innovationen in den Geisteswissenschaften, zum anderen die Integration sogenannter erhaltenswerter Potentiale aus der früheren DDR-Akademie der Wissenschaften (AdW):²²

„Unter fachlichen Gesichtspunkten sollen durch ihre Einrichtung zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen der geisteswissenschaftlichen Forschung und der forschungsintensiven Lehre ermöglicht werden, die der interdisziplinären Zusammenarbeit neue Perspektiven eröffnen. Unter organisatorischen Gesichtspunkten eignen sie sich in besonderer Weise zur Aufnahme gerade solcher positiv begutachteten Arbeitsgruppen aus AdW-Instituten, die wegen der Besonderheit ihrer Thematik oder ihrer fächerübergreifenden Zusammensetzung in einem koordinierten Arbeitsverbund erhalten bleiben sollten.“ (Wissenschaftsrat 1992, 46)

Bis 2006 haben die Zentren eine Bestandsgarantie. Die GWZ streben nun ihre institutionelle Verstetigung über 2006 hinaus an.

In der Perspektive dieser Studie interessiert, wie der zweite Gründungsauftrag – die Integration von Akademie-Personal – erfüllt worden ist. Laut Auskunft des Vorstands des Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V. hat sich das Thema unterdessen erledigt, „da mit den bestehenden GWZ eine erfolgreiche Integration zwischen den Wissenskulturen von Ost und West erreicht wurde“ (Vorstand der GWZ 2002:3).

Gänzlich problemlos gehen die Dinge gleichwohl auch dort nicht vonstatten, wie sich dem Vereins-Jahresbericht 2001 entnehmen lässt: So habe es im Berichtsjahr zwei Arbeitsgerichtsverfahren gegeben, „und zwar als Folge der Ablehnung eines größeren Forschungsprojekts, in dem mehrere Mitarbeiter aus der ehemaligen Akademie beschäftigt waren, durch die DFG“. Dies sei eine Folge der Gründungskonstruktion der Zentren, „da die Struktur einer projektbezogenen, jeweils befristeten Förderung der doppelten Zielsetzung der Zentren, einerseits interdisziplinäre kulturwissenschaftliche Forschung zu entwickeln und andererseits den

²⁰ detailliert dazu siehe unten Punkt (e)

²¹ Die anderen drei GWZ sind das Zentrum für Zeithistorische Forschung, das Zentrum für Aufklärungsforschung, beide in Potsdam, sowie das Zentrum für Mittel- und Osteuropastudien in Leipzig.

²² Wobei die GWZ aus Sicht der Betroffenen zwar positiv bewertet werden, aber u.U. nur die „zweit- oder drittbeste Lösung“ (Laitko) darstellen, da die ursprünglichen AdW-Einrichtungen abgewickelt wurden.

Wissenschaftlern, die aus der Akademie der Wissenschaften kommen, institutionelle Voraussetzungen für ihre Arbeit zu bieten, teilweise widerspricht“ (Einführung 2001:12f.).

Aus der Sicht einiger Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind die GWZ nicht nur eine Erfolgsgeschichte. So wird z.B. die Aussonderung der Afrikawissenschaft aus dem GWZ „Moderner Orient“ nachdrücklich kritisiert, da sie der Gründungsintention entgegenstünde.

Mit Stand Dezember 2002 waren von den aktuell 141 MitarbeiterInnen der Berliner Zentren 15 bereits an der AdW beschäftigt gewesen.²³ Das heißt: Insgesamt sind die Berliner GWZ inzwischen so weit personell angeglichen (im Sinne einer Dominanz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern westdeutscher Herkunft), dass die für die Zeit nach 2006 anstehende Entscheidung über ihre Fortexistenz frei von Ost-West-Konnotationen getroffen werden kann.

(b) Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) und seine Folgen

Bis 1996 wurden ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus außeruniversitären Forschungsinstituten durch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) gefördert. Seitdem existieren Nachfolgeförderungen wie etwa über das Hochschulwissenschaftsprogramm (HWP), die aber jährlich neu ausgehandelt werden müssen und deren Umfang beständig abnimmt.

Exkurs:

Zur Geschichte des Wissenschaftler-Integrationsprogramms

Zum Verständnis des WIP und seiner Effekte muss angemerkt werden, dass dieses Programm auf einem Anfangsfehler aufbaute, und dass es dieser Anfangsfehler ist, der 13 Jahre nach dem Umbruch die Probleme der noch in der Förderung befindlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begründet. Peer Pasternack beschrieb den Vorgang bereits 1996 als Ergebnis eines so grandiosen wie anhaltend unausrottbaren Missverständnisses:

„Die Auffassung der weitgehenden Trennung von Forschung und Lehre an der Linie Hochschulen und Akademien folgte zunächst einer im Zuge der III. Hochschul-(incl. Akademie-) reform von 1968 ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik. Die Auffassung wurde nach 1989 intensiv gepflegt durch die Interessenvertreter der Akademie der Wissenschaften, die sich dadurch bessere Ausgangsbedingungen in den zu erwartenden Verteilungskämpfen erhofften. Dieser argumentative Schuß endete, wie sich später zeigte, als Rohrkrepiierer namens WIP. Die Hochschulen hingegen betonten unablässig ihre guten Lehrbedingungen einschließlich intensiverer Lehrmotivation des Personals. Als Distinktionsmerkmal im Vergleich zu westdeutschen Universitäten formu-

²³ Auskunft des Vorstands der Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin e.V. an SenWissKult, 3.12.2002. An den drei nichtberliner GWZ war es übrigens gelungen, die Probleme der Gründungskonstruktion ohne arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen zu bewältigen. Auch die Ost-West-Durchmischung ist dort, insbesondere am ZFF in Potsdam und am GWZO in Leipzig, ausgewogener.

liert, stärkte dies offenbar die Überzeugungskraft der Akademievertreter. Zunächst baute der Wissenschaftsrat seine gesamte Empfehlungslinie auf der Annahme unerträglicher Forschungsdefizite der Hochschulen auf: Die Forschung müsse an die Hochschulen ‚zurückgeführt‘ werden.²⁴ Zwar versuchte der Wissenschaftsrat auch, sich in der Angelegenheit sachkundig zu machen, doch augenscheinlich ohne die eingeholten Expertisen hinreichend zur Kenntnis zu nehmen.²⁵ Nachdem trotz intensiver Bemühungen vergleichsweise wenig außeruniversitäre Forschung an die Hochschulen angebunden werden konnte und schließlich immer noch ca. 1.700 positiv evaluierte Akademie-WissenschaftlerInnen nicht untergebracht waren, wurde das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP, innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramm HEP) aufgelegt. Sein Geburtsfehler bestand wiederum darin, auf der falschen Prämisse aufzubauen, die Hochschulen seien nahezu ohne Forschung und würden sich nichts sehnlicher wünschen als die Aufnahme richtiger ausgebildeter ForscherInnen. Tatsächlich beheimateten die Hochschulen z.T. beachtliche Forschungspotentiale und hatten im übrigen keine Spielräume in der Personalstruktur. Sie waren gewiß nicht abgeneigt, *zusätzliche* Forschungskapazitäten inform entsprechenden Personals mit sächlicher Ausstattung zu bekommen. Doch waren sie, wie sich denken läßt, ungeneigt, dies zulasten der eigenen Beschäftigten zu erlangen. Also statteten sie die um Anbindung nachsuchenden WIPianer mit Zeitverträgen für die Dauer der Förderung aus dem WIP aus und setzten im übrigen die politischen Amtsträger davon in Kenntnis, daß hier nach Ablauf der WIP-Finanzierung ein Problem bestehen werde. Eindrucksvoll ist indessen, wie hartnäckig fortdauernd kolportiert wird, die ostdeutschen Hochschulen wären erst im Laufe ihres Umbaus wieder zu der ihnen zukommenden Rolle eigenständiger Forschungseinrichtungen gelangt.²⁶ (Pasternack 1996:14f.)

Das WIP kann in Berlin als im wesentlichen gescheitert angesehen werden. Das Hauptziel einer *dauerhaften* Eingliederung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Akademieinstituten wurde bis auf wenige Ausnahmen nicht erreicht: „In Berlin haben während der Laufzeit des WIP insgesamt 16 WIPianer eine dauerhafte Eingliederung erreicht. Einige wurden an Hochschulen außerhalb Berlins berufen. Anfang 1994 gab es in Berlin etwa 540 WIPianer. Die Erfolgsquote des WIP in Berlin lag also bei etwa 4%“ (WIP-Rat 2002:4).²⁷

²⁴ „in den Hochschulen (ist) das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen... Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die [also nicht *ein Teil der*] Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlegt“ (Wissenschaftsrat 1990:24).

²⁵ Hierzu sei etwa auf ein von Weingart et al. (1991) im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Wissenschaftsrates erstelltes Gutachten zum ‚Bibliometrischen Profil der DDR‘ (lies: der DDR-Wissenschaft in ausgewählten Disziplinen) verwiesen. Die Autoren ermitteln (unter Verwendung der Datenbanken des Science Citation Index) z.B., daß 54,7% der Publikationen in den DDR-Natur- und medizinischen Wissenschaften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6% aus den Akademieinstituten (Beispieljahr 1984) (ebd.:26).

²⁶ So findet sich etwa in einer ambitionierten Bestandsaufnahme des ostdeutschen Hochschulumbaus (Mayntz 1994) in jedem dritten der dort versammelten Artikel, verfasst von zwölf teilnehmenden Beobachtern, eine entsprechende Aussage: vgl. Neidhardt (1994:34), Hall (1994:166), Krull (1994:210), Schimank (1994:264, 275). Noch während des „10 Jahre danach“-Symposiums 2002 wurde das Missverständnis erneut aktualisiert: „Die Bemerkung ..., dass die Forschung im Ergebnis der Transformation endlich wieder an die Universität heimgekehrt sei, veranlasste den Sächsischen Staatsminister Hans Joachim Meyer ... zu dem gereizten Einwand, man sollte endlich die Legende beerdigen, es habe an den Universitäten und Hochschulen der DDR keine Forschung gegeben, alle Forschung wäre an der Akademie der Wissenschaften konzentriert. Was wiederum ... Wilhelm Krull ... zu dem apodiktischen Bekenntnis trieb: ‚Ich sehe das anders‘“ (Wegelin 2002, 13f.).

²⁷ „Man wird wohl sagen müssen, dass dieses Programm ein Flop war. Viele haben sich ein paar Jahre in diesem Programm halten können und sind dann rausgeflogen.“ (Mittelstraß)

Die Ursachen dafür sind die fehlerhafte Zieldefinition des Programms und mangelnder politischer Wille bzw. mangelnde Durchsetzungskraft früherer Landesregierungen zur Umsetzung. Denn das WIP konnte zwar sehr wohl auf die Unterstützung durch die Senatsverwaltung bauen, es wurde aber keine politische Gesamtlösung angestrebt, so dass der Umfang des WIP und seiner Nachfolgeprogramme beständig abnahm. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Geförderten wurde mit jeder neuen Förderungsperiode geringer, ohne dass die (dann nicht weiter) Geförderten nun mit festen Stellen in wissenschaftlichen Institutionen ausgestattet worden wären.

Zum Scheitern beigetragen habe daneben auch der Umstand, dass man „nie ernsthaft versucht hat, sie [die ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – r.b.] durch ein wirklich realistisches Programm in die westdeutschen Universitäten hineinzubringen“ (Kocka). Zudem kommt hier auch die besondere Wissenschaftskonzentration in beiden Teilen Berlins zum Tragen, so dass in Berlin 1990 „massenhaft hochqualifizierte, abgewickelte Akademikerinnen und Akademiker“ aufeinander prallten (Nickel). Überdies sind, trotzdem „gleichzeitig [mit der Reduzierung von Arbeitsplätzen im außeruniversitären Bereich und Strukturveränderungen – r.b.] die Industrieforschung zum Erliegen kam, weder an den Universitäten, noch in der außeruniversitären Forschung noch in der Industrieforschung adäquate Stellen in ausreichender Menge entstanden“ (Bimmler).

Insofern erscheint vielen Befragten das WIP im nachhinein als „Tod auf Raten“ (ISO) oder als Sozialprogramm, das Solidarisierungseffekte unter den Betroffenen verhindern (Leibniz-Sozietät) bzw. durch Arbeitsplatzkonkurrenz ersetzen sollte (Laitko). Darüber hinaus sei es ein Problem, dass das WIP ein Sonderprogramm ist, das so nur in den ostdeutschen Ländern existierte. Diese Spezifik befördere auch Akzeptanzvorbehalte hinsichtlich einer weiteren Unterstützung ehemaliger ‚WIPianer‘.

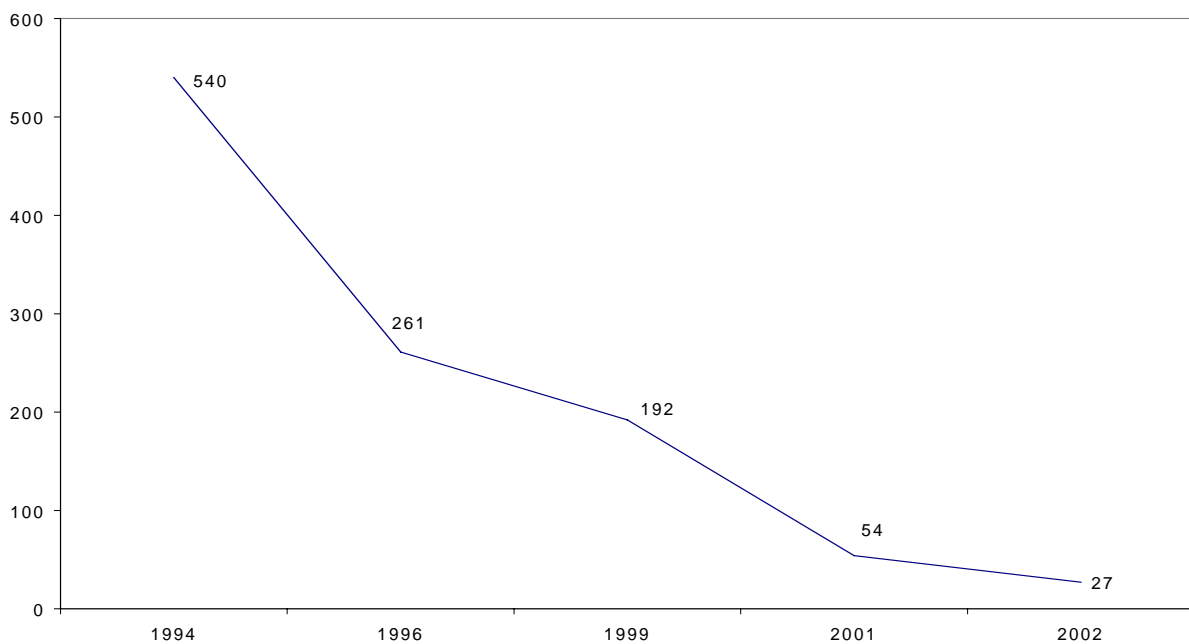


Abb. 1: Anzahl der in Berlin durch WIP, HSP III, HWP 3 Geförderten²⁸

²⁸ Angaben aus WIP-Rat (2002). Die Zahl von 261 Geförderten für 1996 ist eine Schätzung auf folgender Basis: 436 Berliner WIPianer konnten bis 1996 nicht integriert werden. Von diesen wurden

Heute wird ein Teil der früheren Berliner WIPianer über Nachfolgeprogramme (HWP3), Projektstellen o.ä. zeitlich befristet und somit prekär finanziert. Ein anderer Teil ist entweder arbeitslos oder inzwischen in nicht-wissenschaftlichen Bereichen tätig. Auf eine Umfrage des WIP-Rat (2002) meldeten sich 70 ehemals durch das WIP geförderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin, auf die die geschilderte prekäre Situation zutrifft.

Wenn nun die Hochschulen auch nicht erst durch die ‚WIPianer‘ zu Forschungseinrichtungen geworden sind, so seien sie gleichwohl durch die WIP-Geförderten forschersich gestärkt worden (vgl. GEW 1995). Zudem sei in den meisten Fällen die inhaltliche Integration von ehemaligen ‚WIPianern‘ am Arbeitsplatz gelungen; dieser Platz müsse nur dauerhaft gesichert werden (WIP-Rat). In diesem Zusammenhang finden sich auch die meisten positiven Wertungen über das WIP und Nachfolgeprogramme: Trotz Zielverfehlung habe das WIP einen „hervorragenden Dienst beim Erhalt des wissenschaftlichen Potentials und der Abfederung negativer sozialer Folgen“ (IGAFa, auch ver.di, Akademikerverband BRH) geleistet. Das zeigt an, dass solche Sonderprogramme genau dann erfolgreich waren, wenn sie „strukturell untersetzt“ (IGAFa) wurden. Während die Hochschulen dies in Form fester Stellen nicht leisten konnten, so konnten doch einige der geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Anstellungen in der außeruniversitären Forschung finden, etwa an den Standorten Adlershof und Buch. Es handelt sich also durchaus um wissenschaftlich qualifiziertes Personal, das vermittelbar sind. Allerdings sind auch hier wieder die Geistes- und Sozialwissenschaften übermäßig betroffen, da diese Disziplinen stärker auf öffentliche Unterstützung (s.u.) angewiesen sind. So bedauert ein Interviewpartner, dass es nicht gelungen sei, westdeutsche Teilsysteme wie die Max-Planck-Gesellschaft für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Ostdeutschland zu gewinnen (Mittelstraß).

(c) Individuelle Berufungsfälle

Das Hochschulpersonal-Übernahmegesetz (HPersÜG) vom 11. Juni 1992 hatte die bis zum 30. März 1994 befristete Möglichkeit eröffnet, bisherige Ost-Berliner Hochschulangehörige zu übernehmen, u.a. durch die Möglichkeit der Hausberufung (§ 2 Abs. 1). Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden seinerzeit als sog. Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben (LkbA) übernommen, andere wurden auf C2-Stellen berufen, obgleich C3 oder C4 fachlich ebenso gerechtfertigt gewesen wäre. Es wird vorgetragen, so vom Landesvorsitzenden des Hochschullehrerbundes, dass bei einer Reihe der LkbAs einer Berufung keine namhaften Gründe entgegen gestanden, sondern schlichte Einschätzungsunsicherheiten zu den vorgenommenen Eingruppierungen geführt hätten. Seit längerem jedenfalls leisteten die betreffenden KollegInnen – an der FHTW z.B. mittlerweile als „Dozenten“ geführt – die gleiche Arbeit wie die berufenen Professoren und Professorinnen. Hier sollte, so wird angeregt, eine Möglichkeit geschaffen werden, hausinterne Berufungen durchführen zu können.

60% weiter gefördert, 40% hingegen arbeitslos. 2001 meldeten sich auf eine Umfrage des WIP-Rats 85 ehemalige Berliner WIPianer, von denen aber nur 54 durch HWP 3 gefördert wurden.

(d) Die Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur der o.g. ostspezifischen Kompetenzen

Wie bereits in Bezug auf die Osteuropakompetenzen erwähnt, hat sich eine sogenannte Zweite Wissenschaftskultur im Ostteil Berlins etabliert. Sie umfasst neben den oben genannten zahlreiche weitere, insbesondere sozial- und geschichtswissenschaftliche Vereine. Diese Zweite Wissenschaftskultur werde größtenteils weder von den etablierten wissenschaftlichen Institutionen noch der Wissenschaftspolitik wahrgenommen. Gleiches gelte für die Fach-Communities. Die Arbeit dort werde hauptsächlich ehrenamtlich geleistet (siehe detaillierter 3.4). Zu sichern und zu verbessern seien deren Tätigkeit nicht zuletzt wegen der dort auf Grund der speziellen Kompetenzen betriebenen „Nischen-Arbeit“ (isda), die andernorts keinen Platz finde.

(e) Die Situation der ‚mittleren Generation‘

Eine andere Problemgruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist die sogenannte ‚mittlere Generation‘, auch „die Übersprungenen“ (Bollinger 2002). Damit sind diejenigen gemeint, die 1989/90 zwischen 30 und 45 Jahre alt waren. Charakteristisch ist für die ‚mittlere Generation‘, dass „diese Personen zu alt sind, um sich radikal neu zu qualifizieren, aber auch noch zu jung, um in den Ruhestand zu gehen“ (Kocka).²⁹ Ihre Gesamtsituation kann wie folgt skizziert werden:

„Neben den Evaluationen von Instituten Anfang der 90er Jahre hat es auch noch eine andere Evaluation gegeben: die durch das Leben. Deren Kriterien waren und sind die Anforderungen, die heute üblicherweise an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin gestellt werden: originell und zugleich nicht völlig inkompatibel zum Mainstream soll er oder sie sein, zugleich flexibel, mobil und innovativ, im weiteren eifrig publizierend, fremdsprachig und polyzentriert, nicht zu vergessen sind Kommunikationsfähigkeit wie ein gewisses Talent für Präsentation und Projektmanagement, und schließlich möge man multitasking-fähig sowie stressstabil wirken. Davon nun, so war die landläufige Auffassung, fehle den Ost-WissenschaftlerInnen meist einiges, und das war nicht immer falsch. Allerdings: inzwischen gibt es im Osten eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, die all diese Qualifikationen hat und es nachgewiesen hat. Das sind Angehörige der mittleren Generation, die seit zehn Jahren, ohne unterwegs einzuknicken, von einem Projekt zum nächsten geturnt sind – damals zwischen 35 und 45 Jahre alt, heute entsprechend zwischen 45 und 55. Manche konnten durch ihre Projektaktivitäten nicht habilitieren, andere konnten es, aber sie haben, wie es aussieht, ebenso wenig eine Chance auf Berufung, denn: Auch die Ostdeutschen stoßen an die ... gläserne Decke.³⁰ [...]

Dafür scheint es zwei Gründe zu geben. Die Ostdeutschen gehören nicht zu den etablierten Netzwerken, und sie gehören bis heute nicht dazu, weil sie den Netzwerkern eigentümlich

²⁹ „Für den Westen waren sie noch nicht zu alt, für den Osten waren sie zu alt. Man hat dann exerziert, was man auch im Westen predigte, ohne dem dort zu folgen“ (Mittelstraß).

³⁰ Ein aus der Frauenforschung bekanntes Phänomen: „Vielfach ist dort das Phänomen beschrieben worden, dass Männer vorzugsweise Männer fördern, und dies auch dann, wenn sie – da inzwischen aufgeklärt und eigentlich guten Willens, sich geschlechtsblind zu verhalten – von sich selbst meinen, keineswegs frauendiskriminierend zu agieren. Dennoch gelingt es Männern in konkreten Konkurrenzsituationen immer wieder, den Zuschlag vor vergleichbar oder besser qualifizierten Frauen zu bekommen. Frauen stoßen an eine gläserne Decke, die nicht sichtbar, aber umso fühlbarer ist.“ (Paster-nack 2001b, 137f.)

fremd sind. Es läuft da ein vergleichsweise simples Schema ab (ohne dass dies denjenigen, die es ablaufen lassen, bewusst sein muss): Wer nicht so ist wie wir, der/die ist anders; wer aber anders ist, könnte u.U. mal Schwierigkeiten machen oder schlicht Reibungen verursachen; wer Schwierigkeiten machen oder Reibungen verursachen könnte, muss nicht unbedingt bei uns integriert werden – jedenfalls nicht solange noch andere zur Verfügung stehen, die mit ziemlicher Sicherheit keine Schwierigkeiten machen, weil sie schon von vornherein so sind wie wir. Natürlich gibt es Gegenbeispiele, aber: dass diese zu Stande kommen, setzt eine bewusste Ausschaltung der Gegenmechanismen voraus. Diese bewusste Ausschaltung von Gegenmechanismen müsste politisch organisiert werden. Der Wissenschaftsbetrieb leistet dies nicht von allein“ (Pasternack 2001b:138f.).

Es handelt sich hier also um Probleme der Arbeits- und Lebensumstände, die als Resultat der politischen Steuerung der Transformation, namentlich der Sicherung einer Dominanz West und eines Ausschlusses Ost (vgl. Bollinger/van der Heyden 2002:8), gesehen werden:³¹ Im Zuge der Neustrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft sei ein radikaler Elitentransfer vorgenommen worden, der nicht nur in der Besetzung der jetzigen Professuren und Leitungsfunktionen, sondern auch in der näheren Zukunft in den davon abhängigen Mitarbeiterpositionen diese westdeutsche Dominanz sichern werde. Hier funktionierten Netzwerke, die im Unterschied zu den viel beschworenen Seilschaften mindestens auch noch die nächste Generation ostdeutscher Intellektueller fast durchweg ausgrenzen werde. Deswegen sei gerade hier eine politische Gegensteuerung notwendig, heißt es bei den Initiatoren von ISO (ebd.).

Hinzu kommt, dass der Mittelbau, dem die ‚mittlere Generation‘ 1989/90 angehört(e), eine zahlenmäßig sehr große Gruppe im DDR-Wissenschaftssystem war. Folgen des Umbaus mussten hier also am deutlichsten spürbar werden. Unter ihnen waren wiederum überproportional Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler betroffen. Diese sind außerhalb wissenschaftlicher Institutionen nur eingeschränkt arbeitsmarktfähig, wenn sie weiterhin wissenschaftlich tätig sein wollen. Der Staat spielt hier also als Arbeitgeber eine wichtigere Rolle als etwa für Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Zudem gehören dieser Gruppe überdurchschnittlich viele Frauen an, die so ihrer wissenschaftlichen Chancen beraubt würden (WiSoS e.V). Der Statusaufstieg wiederum ist nur ein ausnahmsweise begehrter Ausweg aus dieser Situation, da die „sehr asymmetrischen Prozesse der Auswahl, der Bewerbung und Rekrutierung“ zu einer immanenten Bevorzugung westdeutscher Kandidaten und Kandidatinnen führten (Kocka).

Die Situation der ‚mittleren Generation‘ war Thema der Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“ am 30.11.2002 im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Veranstalter war die „Initiative Sozialwissenschaftler Ost“ (ISO), die bereits über eine u.a. von Eric Hobsbawm und Wilma und Georg Iggers unterzeichnete Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“ auf ihre Situation aufmerksam gemacht hatte:

³¹ Deutlich in der Minderheit in der empirischen Erhebung ist die Ansicht, dass die Chancen im Hochschulbereich für die ‚mittlere Generation‘ durchaus vorhanden gewesen wären; es sei lediglich die Frage gewesen, „wie sie sich selbst orientiert hatten. Und die, die einigermaßen fit waren, sind durchaus auf die Füße gefallen“ (Nickel).

„Wir, die Unterzeichner, mit der deutschen Kultur und Wissenschaft verbundene Forscher und Universitätslehrer, wenden uns an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und an Verantwortliche für Wissenschaftspolitik in den deutschen Bundesländern, um diese zu schnellstmöglicher Hilfeleistung im Interesse der wenigen, sich noch in der deutschen Wissenschaftslandschaft – auf befristeten Stellen, in Vereinen oder als Privatgelehrte – behauptenden Forscherinnen und Forscher der früheren DDR zu veranlassen. Elf Jahre nach der staatlichen, von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich gewünschten, aber auf gleichberechtigter Basis erhofften Vereinigung des Landes ist die intellektuelle ‚Infrastruktur‘ in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher, als sie es je in der Zeit der Teilung war. Trotz Umbaus und Neugründungen von Hochschulen und anderen Einrichtungen ist in den neuen Bundesländern eine die Zivilgesellschaft tragende intellektuelle Bevölkerungsschicht kaum mehr wahrnehmbar. [...] Ohne ostdeutsche Intellektuelle in qualifizierten Berufen kann aber der in der früheren DDR sich ausbreitenden Enttäuschung über den als Anschluss empfundenen Prozess der Überstülpung westdeutscher Strukturen und Denkweisen, vor allem aber über die wirtschaftlichen Zerstörungen und damit der Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden.“ (Anzeige 2002).

Unter dem Eindruck des Transfers westdeutschen Personals nach 1990 erscheint den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der ‚mittleren Generation‘ der Stellenhorizont als geschlossen (vgl. Bollinger 2003:52f.). Der genaue Umfang des betroffenen Personenkreises ist allerdings bislang noch nicht genau bestimmbar. Nach Angaben von ISO handele es sich um 200 bis 220 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ganz Ostdeutschland. Umgerechnet auf den Umstand, dass ca. 25-30% des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials in Ost-Berlin konzentriert war, hieße dies: In Berlin sind noch ca. 60 Personen wissenschaftlich tätig, deren Situation durch die spezifischen Betroffenheiten der ‚mittleren Generation‘ gekennzeichnet ist. Dieser Personenkreis überschneidet sich z.T. mit den ehemaligen WIPianern, die unterdessen nicht mehr gefördert werden. Eine genauere Untersuchung wäre hier notwendig, auch in bezug auf eine mögliche generelle strukturelle Ungleichheit zwischen Ost und West bei Stellenbesetzungen.³²

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass hier auch nicht unterschiedliche, sich aber teilweise überschneidende Betroffenengruppen gegeneinander ausgespielt, sondern auf politische Prioritätensetzungen Einfluss genommen werden sollte, worauf der zuständige Staatssekretär auf der Tagung im WZB hinwies:

„Wir sichern diejenigen, die im System sind. Wir bemühen uns darum, Kompetenzen, die gerade nicht im System drin sind, wieder hereinzuholen. Und wir sind dabei auch auf Druck von außen angewiesen, damit innerhalb der Politik auch eine hinreichende Akzeptanz für dieses Thema erzeugt wird. Denn angesichts der immensen Konkurrenzen zwischen den einzelnen Politikfeldern, die sich dann auch immer in Konkurrenzen zwischen den einzelnen Ressorts niederschlagen, ist nicht von vornherein davon auszugehen, dass etwa Sozial- oder Arbeitsmarktpolitiker es für ein vordringliches Problem halten, z.B. spezifisch ostdeutsche Deutungskompetenz zu sichern.“ (Pasternack 2002a)

³² In diese Richtung zielen nämlich Vorschläge zur Einführung einer Ost-Quote von ISO, um eine dem ostdeutschen Anteil an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung angemessene Repräsentanz ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu erreichen (siehe 3.2.2).

(f) Probleme materieller Ungleichheit zwischen West und Ost

Zwei Probleme materieller Ungleichheit zwischen West und Ost wurden häufig von den Befragten genannt. Erstens wird die Ungleichheit der Rentenbezüge zwischen Ost und West abgelehnt. Die Situation ist hier so, dass noch in der DDR in den Ruhestand versetzte ProfessorInnen heute etwa 50% der Altersbezüge erhalten, die ihre gleichaltrigen KollegInnen in Westdeutschland bekommen. Noch geringer fällt es bei ProfessorInnen aus, die erst in den letzten Jahren verrentet wurden: Sie erhalten nur etwa 30% der Altersbezüge ihrer gleichaltrigen westdeutschen KollegInnen.

Zweitens existieren nach wie vor unterschiedliche Tarife im öffentlichen Dienst (BAT-West vs. BAT-Ost). Teilweise verläuft die Trennlinie zwischen unterschiedlichen Bezügen in ein und demselben Institut (Akademikerverband BRH, ver.di, IGAFa). Zwar hatte das Land Berlin seinen Landesdienst frühzeitig bereits angeglichen, so dass es etwa an den Hochschulen keine Tarifunterschiede gibt. Doch in den von Bund und Ländern gemeinschaftsfinanzierten Forschungsinstituten gelten andere tarifrechtliche Regelungen. Diese stellen einen Wettbewerbsnachteil bspw. für Institute dar, die in Adlershof, also im Ostteil Berlins angesiedelt sind (IGAFa).

3.4. Symbolische und Anerkennungsprobleme

Vor dem Hintergrund des Bildes, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘, wurden im Rahmen der Befragung die innerwissenschaftlichen sozialen Beziehungen in dreierlei Richtungen problematisiert:

- (a) Eine Mehrheit der Befragten diagnostizierte eine fehlende Integration von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern West-Berliner bzw. westdeutscher Herkunft im Sinne eines Sich-Einlassens auf die spezifische Ost-Situation. Dieser Umstand behindere in der wissenschaftlichen Gemeinschaft gegenseitige, gleichberechtigte Anerkennung. Dies habe auch soziokulturelle Folgen: West-Berliner entzögen sich z.B. der Integration in das Ost-Berliner Alltagsleben. Insgesamt verzögere sich dadurch der Integrationsprozess erheblich: „Das ändert sich ganz langsam, und es ändert sich eben mit den Sozialisierungsmöglichkeiten. Im Moment sieht es so aus, als würde sich die Annäherung enorm verlangsamen. Das bedeutet auch, dass die Integration sehr viel länger dauern wird als ursprünglich angenommen. Auch bei der jetzigen Studentengeneration sieht man noch deutlich Unterschiede je nach Herkunft“ (Will).
- (b) Gleichzeitig gebe es im Westteil Berlins eine deutliche Unterrepräsentanz ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Dies sei durch die Personalpolitik der wissenschaftlichen Institutionen begründet: „Es ist so, dass die Einheit in Ostberlin stattfindet, und Westberlin ist Westberlin“ (Laitko).³³

³³ Obendrein würde eine Reihe personengebundener Stellen älterer ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach deren Pensionierung wegfallen (Leibniz-Sozietät).

(c) Schließlich seien die Leitungspositionen in den wissenschaftlichen Institutionen überproportional mit westdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt.³⁴ Ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien zudem in wissenschaftlichen Gremien und Akademien unterrepräsentiert. Daraus folgten auch für mittlerweile etablierte ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Einschränkungen in ihren Möglichkeiten der Nachwuchsförderung, dem Zugang zu exponierten Positionen allgemein und in den Möglichkeiten der Einwerbung von Fördermitteln z.B. bei der DFG.

Diese quantitativen Grundlagen und qualitativen Charakteristika der sozialen Beziehungen zwischen Ost und West in den etablierten Institutionen führten nun dazu, dass es kaum wissenschaftliche Projekte in Berlin gebe, an denen Ost- und West-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam arbeiten würden. Zwar arbeite man zusammen in einem Institut oder Fachbereich, aber lebe unterschiedlich: „Ostdeutsche haben ein ‚zweites Gesicht‘ – man erkennt sich und kommuniziert anders miteinander“ (Will):

„Suchen Sie die Felder im sozialwissenschaftlichen Bereich, in denen es tatsächlich eine Zusammenarbeit von ost- und westdeutschen Wissenschaftlern auf regulären oder dauerhafteren Projektstellen als gemeinsame Projekte gegeben hat. Sie werden das ZZF in Potsdam (!) finden, einige wenige Projekte an der FU ... und ansonsten einige Dutzend ostdeutsche WissenschaftlerInnen, die an den Institutionen einen Job gefunden haben, vielleicht sich mit der DDR beschäftigen, aber oft genug auch nur das fortzusetzen haben – inhaltlich wie methodisch –, was die westdeutschen Kollegen und Chefs vorgeben. In anderen Institutionen, wie dem Zentrum Moderner Orient, wurden ostdeutsche Wissenschaftler zum Auf- und Ausbau benötigt, denn diese Institution ist für positiv evaluierte Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften errichtet worden, die später ‚durchmischt‘ werden sollte. Nachdem sich die Institution in der international *scientific community* etabliert hatte, wurden die ostdeutschen Mitarbeiter mit fadenscheinigen Begründungen verdrängt, so daß sich heute etwas das Zentrum Moderner Orient fast vollständig in ‚westdeutscher Hand‘ befindet. Eine ‚Werkstatt der Einheit‘ wird nur kolportiert, um die massenhafte Verdrängung ostdeutscher Wissenschaftler, bis auf wenige Alibi-Akademiker, zu kaschieren“ (ISO).

Viele ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin haben deshalb, um weiter wissenschaftlich tätig sein zu können, den Weg in die sogenannte Zweite Wissenschaftskultur gewählt.

Exkurs:

Die Situation der Zweiten Wissenschaftskultur³⁵

Mit den personellen Umgruppierungen vollzog sich zugleich auch eine Entinstitutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen. Es gehört zur Geschichte der ostdeutschen Wissenschaftstransformation, dass zahlreiche AkademikerInnen dies nicht passiv geschehen ließen, sondern aktiv Ausweichstrategien entwickelten. Stefan Berger (2002) beschreibt diese Aktivitäten an Hand der DDR-Geschichtswissen-

³⁴ „personelle Durchmischung bei deutlicher Westdominanz in Führungspositionen“ (Leibniz-Sozität)

³⁵ Nachfolgendes basiert wesentlich auf der Darstellung in Pasternack (2001d:162ff.)

schaft. Die Motivation dafür, weiterhin wissenschaftlich aktiv zu bleiben, ergibt sich wesentlich aus der oben beschriebenen Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus (vgl. 3.1): Nach 1989 wurde aus der DDR-Wissenschaft ein „Kuriositätenkabinett“ (Berger 2002:1017), mit deren Personal z.B. westdeutsche Historiker nichts mehr tun haben wollten.

„Die vor 1989 zunehmende Bereitschaft einer westdeutschen Anerkennung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, der man z.T. einen hohen Grad von theoretischer und methodologischer Unabhängigkeit von politischer Gängelung bescheinigte, wich nun einer Pauschalverdammung. Zahlreiche Arbeiten zur DDR-Geschichtswissenschaft, die nach 1990 erschienen, gingen von der Grundannahme eines qualitativen Grabens aus, der die Wissenschaftssysteme beider Deutschlands trenne“ (ebd.:1016).

Die Summe der Aktivitäten, die im Rahmen der Ausweichstrategien nach 1989 entfaltet wurden, führte zum Entstehen der sog. Zweiten Wissenschaftskultur. Nicht alle, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich einfach mit diesem Umstand abfinden. Sie schritten zu Vereinsgründungen: als quasi-institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung. Zu den historio-graphisch arbeitenden Vereinen merkt Berger an: „In den Überresten der alten DDR-Geschichtswissenschaft macht es sich seit Anfang der 1990er Jahre eine alternative historische Kultur gemütlich, die, von der westlichen Universitätshistorie z.T. unbeachtet oder auch bewußt ignoriert, erhebliche Arbeit leistet“ (ebd.:1017).

Bei dieser Arbeit falle auf, „wie verbissen sie an ihrem Selbstverständnis als Wissenschaftler festhalten“ (ebd.:1020). Inhaltlich bemühen sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in der Zweiten Wissenschaftskultur engagieren, wesentlich darum, einer Delegitimierung der DDR-Wissenschaft entgegen zu treten. Sie tun dies einerseits durch wissenschaftliche Arbeit, andererseits auch durch das Festhalten an traditionellen akademischen Formen, wie etwa der Festschriftkultur oder Preisausschreibungen.

Die so entstandenen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.³⁶ In den Vereinen wurde und wird ein reges und anhaltendes Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Ihr Integrationsmodus funktioniert über Gemeinsamkeiten der thematischen Interessen, die Ablehnung einer Delegitimierung der DDR (was als Delegitimierung der eigenen Lebensleistungen wahrgenommen wird), die Bezugnahme auf Forschungsergebnisse der DDR-Wissenschaft (die ansonsten häufig als ‚nicht zitationsfähig‘ betrachtet werden) sowie Referenten- und Autorennetzwerke.

Freilich werden die Veranstaltungen in wie die Publikationen aus den Vereinszusammenhängen vom etablierten Wissenschaftsbetrieb nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. Die Ausnahmen sind meist sozialwissenschaftlich tätige e.V.s, die stärker als geisteswissenschaftliche Zusammenschlüsse sozialtechnologisch verwertungsrelevantes Wissen zu produzieren vermögen. Zugleich weisen diese Ausnahmen auf den Umstand hin, dass sich zwei verschiedene Gruppen von Vereinen typisieren lassen:

- (a) Zum einen können die Vereine derjenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammengefasst werden, die gleichsam abschließend abgewickelt sind, also eine Re-

³⁶ Vgl. als erste diesbezügliche Übersicht: Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (1992); eine neuere Übersicht für den zeitgeschichtlichen Bereich enthält Mählert (2002).

Integration ins etablierte akademische System kaum zu erwarten haben. Deren Vereine lassen sich als Not-Institutionalisierungen charakterisieren, da andere Institutionalisierungsformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus ihnen werden kaum wirkungsmächtige wissenschaftliche Strömungen, Schulen oder dergleichen hervorgehen: Sie sind soziale Rückzugsfelder aller Voraussicht nach endgültig marginalisierter Wissenschaftler. Inhaltlich beschäftigen sich diese Vereine vornehmlich mit der DDR-Geschichte und aktuellen Fragestellungen politischer Analyse. Entsprechend sind dort auch die Historiker überdurchschnittlich vertreten.

Zugleich unterscheiden sich diese Zusammenschlüsse deutlich von sonst üblichen Vereinen. So sind sie etwa keine Geschichtsvereine im hergebrachten Sinne, denn in den ostdeutschen e.V.s haben sich nicht Laienhistoriker zur historiographischen Freizeitgestaltung versammelt; vielmehr ist ihre Arbeit durch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft von vornherein professionalisiert. Infolgedessen erfüllen die dort entstehenden Produkte auch vielfach die herkömmlichen Standards.³⁷ Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung – Entinstitutionalisierung – stehen die Vereine am Ende von Berufsbiographien, Forschungsrichtungen oder -perspektiven und repräsentieren insoweit ausgelaufene bzw. auslaufende Modelle.

- (b) Zum anderen gibt es die Gruppe der in engerem Sinne sozialwissenschaftlich ausgerichteten Vereine. Sie suchen aktiv empirische Sozialforschung zu betreiben und dadurch bzw. dafür Drittmittel zu akquirieren. Ihre Mitglieder sind vielfach im jüngeren oder mittleren Erwerbsalter, nutzen die Vereinskonstruktion häufig lediglich aus pragmatischen Gründen als berufsbiographische Zwischenstation und streben ausdrücklich die Rückkehr in Universitäten oder Forschungsinstitute an. In diesem Bereich nicht erfolgreiche Vereine waren bzw. sind etwa das Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS), Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin (WiSoS) oder Institut für Sozialdatenanalyse e.V. (isda). Solche Beispiele hängen und hängen allerdings existentiell an ABM-Stellen und/oder öffentlichen Forschungsaufträgen (vgl. Kollmorgen 1995; Lohr/Simon/Sparschuh/Wilsdorf 1996).

Das Hauptproblem beider Gruppen besteht in ihrer unzulänglichen Anerkennung, sowohl hinsichtlich ihrer Akzeptanz im Wissenschaftsbetrieb und damit ihrer öffentlichen Wahrnehmung als auch im Hinblick auf ihre Förderfähigkeit aus öffentlichen Mitteln. Daraus folgen konkrete Probleme im wissenschaftlichen Alltag: Die Arbeit ist größtenteils ehrenamtlich, Publikationen bleiben oft ‚graue Literatur‘, Tagungen können aus finanziellen Gründen häufig nicht selbst veranstaltet werden, adäquate Räumlichkeiten fehlen ebenso wie sonstige für wissenschaftliches Arbeiten notwendige infrastrukturelle Bedingungen.

³⁷ Vgl. z.B. die Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen oder die Veröffentlichungen der Berliner Alternativen Enquête-Kommission „Deutsche Zeitgeschichte“ e.V. Deren Publikationen wurden denn auch in der Fach- und Qualitätspresse rezensiert. Auffallend ist dabei, dass diese Vereine am ehesten dann breitere Aufmerksamkeit zu erlangen vermögen, wenn sie sich in wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen kommunistischen Häretikern widmen.

Folgende Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur existieren in Berlin:³⁸

Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur in Berlin	Weitere genannte Vereine ³⁹
<ul style="list-style-type: none"> – Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V. – Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU) – Deutsch-Russischer Austausch e.V. – Deutsch-Russisches Forum e.V. – Helle Panke e.V. – Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS – Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. – Johannes Sassenbach Gesellschaft e.V. – Gemeinschaft für Sozialökologie e.V. – Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. Berlin – Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V. – Leibniz-Sozietät e.V. – Luisenstädtischer Bildungsverein e.V. – MitOst e.V. - Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – OWEN e.V. – Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk – Social Data GmbH/ isda * Institut für Sozialdatenanalyse e.V. – Verein für Angewandte Konfliktforschung e.V. – WiSoS e.V. - Verein für Wissenschaftssoziologie und Statistik 	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitskreis der Militärhistoriker in Potsdam – Arbeitskreis zur Geschichte der Berliner Universitäten – Berliner Alternatives Geschichtsforum (Fortsetzung der Alternativen Enquete-Kommission) – Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung – BISS e.V. - Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien – Fortbildungsakademie der Volkssolidarität – Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung – Marxistisches Forum bei der PDS – Unabhängiges Institut für Friedensforschung

Tab. 1: Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur in Berlin

Mehrheitlich waren die Gesprächspartner der Auffassung, der ostdeutsche Wissenschaftsumbau habe deutlich gemacht, dass die DDR-Wissenschaft, zumal die Geistes- und Sozialwissenschaften, zum großen Teil nicht als Wissenschaft im eigentlichen Sinne anerkannt werde (siehe 3.1). In der Wahrnehmung der Betroffenen zeigt sich diese Nicht-Anerkennung bis heute in ihrem wissenschaftlichen Alltag: Hier werde ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ihre Lebensleistung aberkannt. Schlimmer als persönliches Unrecht seien „die Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl durch die Leichtfertigkeit, vielleicht auch Arroganz gegenüber den Leistungen ostdeutscher Wissenschaft“ (IGAFA). Ein Experte für die DDR-Wissenschaft stellte fest, dass die spezifischen DDR-Wissenschaftsbiografien generell nicht hinlänglich zur Kenntnis genommen würden. Besonders die Produktionsbedingungen wissenschaftlichen Arbeitens in der DDR würden unzureichend in Rechnung gestellt (Burrichter).⁴⁰

³⁸ soweit zur Kenntnis gelangt

³⁹ Vereine, die bei Berger (2002) und von der Leibniz-Sozietät genannt wurden, aber im Rahmen der schriftlichen Anhörung nicht geantwortet haben bzw. deren Adressen nicht recherchierbar waren.

⁴⁰ Einige vermuten dahinter gezielte politische Motivationen: „Es zeigt sich vielmehr deutlich, dass die gesamte Wissenschaftsgeschichte der DDR verdrängt und der einzelne Wissenschaftler totgeschwiegen werden sollen“ (VHW).

Diese Nicht-Anerkennung zeige sich nun im wissenschaftlichen Alltag, nämlich im Verhalten insbesondere der Hochschulen bzw. einige ihrer Institute. Letztere z.B. lüden ihre ehemaligen, mittlerweile berenteten Angehörigen nicht zu Jubiläen, Festveranstaltungen oder Tagungen ein. Briefe würden, statt weitergeleitet zu werden, mit dem Vermerk „Hier unbekannt“ an die Absender zurückgeschickt (was mitunter daran liegen mag, dass in den Sekretariaten tatsächlich unbekannt ist, wer früher alles zum Institut gehörte: ein Zustand, der abstellbar erscheint).⁴¹ Ein Beispiel für die Nicht-Anerkennung durch die etablierten wissenschaftlichen Institutionen sei darüber hinaus insbesondere die prekäre Stellung der Leibniz-Sozietät im wissenschaftlichen Leben der Stadt als dem größten Verein der Zweiten Wissenschaftskultur (und im Selbstverständnis die, neben der BBAW, zweite Wissenschaftsakademie in Berlin⁴²).

Exkurs:

Die Situation der Leibniz-Sozietät

Die Leibniz-Sozietät sieht sich als Nachfolgerin der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR. Diese wurde zusammen mit der AdW abgewickelt. Darüber, ob diese Abwicklung auch für die damalige Gelehrtensozietät korrekt war, gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Denn parallel wurde die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) gegründet, die für sich eine widersprüchliche Geschichte in Anspruch nimmt: Die BBAW sieht sich nicht in der Nachfolge der Akademie der Wissenschaften der DDR, sondern in der unmittelbaren Nachfolge der nach 1945 aufgelösten Preußischen Akademie der Wissenschaften, pflegt aber zugleich auch das Erbe der DDR-Akademie.⁴³ Es gibt hier zunächst eine Differenz zwischen der rechtlichen und faktischen Situation. Darüber hinaus gibt es zwei mit Zweifeln behaftete Rechtsfragen:

- (a) die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Nichtweiterführung der AdW-Gelehrtengesellschaft durch das Land Berlin;

⁴¹ „1999 passierte es, daß sich ein ausländischer Wissenschaftler schriftlich an die Humboldt-Universität mit der Bitte wandte, über den DAAD einen Aufenthalt bei dem Professor gewährt zu bekommen, bei dem er 1994 (!) seine Diplomarbeit angefertigt hatte, um sich weiter qualifizieren zu können. Die Leiterin des Akademischen Auslandsamtes antwortete ihm, der Betreffende sei nicht im Mitarbeiterverzeichnis der HU enthalten und daher unbekannt.“ (VHW)

⁴² In Deutschland sind Akademien der Wissenschaften durch Gesetz errichtet und haben die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. In diesem Sinne ist die Leibniz-Sozietät keine Akademie. Allerdings ist der Name „Akademie“ nicht geschützt, wie daran erkennbar wird, dass es auch Evangelische Akademien, Singakademien und dergleichen gibt. Der Akademie-Anspruch der Leibniz-Sozietät wird historisch und einigungsvertraglich begründet: vgl. genauer den nachfolgenden Exkurs.

⁴³ Hans Schadewaldt: „Ich könnte mir vorstellen, daß Präsident Simon vielleicht gar nicht unglücklich gewesen wäre, wenn er in irgendeiner Form diese alte Akademie übernommen hätte, die er ja jetzt doch übernommen hat, da ja sowohl das Wappen als auch die anderen Symbole weiter verwendet werden“ (Podiumsdiskussion 2002:358).

(b) die Frage der Rechtmäßigkeit der Übernahme der Stiftungen, die nach 1945 der AdW-Gelehrtenengesellschaft zugekommen waren, durch die BBAW.

Zu (a): Der Einigungsvertrag (EV) verfügte in Art. 38 Abs. 2 erstens, dass die Akademie „als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt“ wird, und zweitens: „Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.“ In einem Brief an die Mitglieder der Gelehrtensozietät informierte der damalige Wissenschaftssenator im Juli 1992 über diesen Staatsvertrag und schrieb: „Eine Fortführung der Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in ihrer bisherigen Gestalt oder eine Überführung der annähernd vierhundert Mitglieder sieht der Staatsvertrag nicht vor ... Mit der Beendigung der früheren Gelehrtensozietät ist auch Ihre Mitgliedschaft erloschen.“⁴⁴

Der Hintergrund war, dass Berlin und Brandenburg unterdessen beschlossen hatten, in Gestalt der BBAW eine neue Akademie zu gründen. Dass die BBAW zwar das DDR-AdW-Vermögen übernehmen, aber dennoch nicht in Kontinuität zur AdW, sondern zur Preußischen Akademie stehen sollte, wird durch ein entsprechendes Rechtsgutachten gestützt (Thieme 1992). Ein anderes Gutachten kommt zu einer gegenteiligen Auffassung (Schneider 1991). Darin wird vertreten, dass die DDR-AdW die Preußische Akademie fortgesetzt habe, und dass die Berliner Landesregierung durch den Einigungsvertrag von 1990 verpflichtet war, landesrechtlich darüber zu entscheiden, *in welcher Form*, nicht aber *ob* die Gelehrtensozietät überhaupt weitergeführt werden sollte.

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes (WPD) des Berliner Abgeordnetenhauses vom 18.7.2002 sieht den Vorgang der Auflösung der Gelehrtenengesellschaft als rechtmäßig an. Denn Art. 38 Abs. 2 EV müsse zusammen mit dessen Anlage II, Kapitel XV, Abschnitt II, Nr. 1 gewertet werden. Dort heißt es: „Folgendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik wird aufgehoben: 1. Beschluß über die weitere Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. Juni 1990 in Verbindung mit der Verordnung über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 27. Juni 1990.“

Hintergrund dieser Anlage ist, dass „durch die förmliche Aufhebung der Verordnung vom 27. Juni 1990 die Akademie der Wissenschaften der DDR ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts verloren hat“ (WPD 2002:6), denn dieser war der AdW erst zu diesem Zeitpunkt verliehen worden. Der Einigungsvertrag hätte, so das WPD-Gutachten, nun die Gelehrtensozietät erst einmal neu schaffen müssen, aber ein dahingehender Wille sei in den Regelungen des Einigungsvertrages nicht erkennbar. Zur festgeschriebenen landesrechtlichen Regelung kommt das WPD-Gutachten zu dem Schluss, dass der Landesgesetzgeber nicht insofern gebunden werden könne, als ihm nur die Entscheidung über die Form, nicht aber über die Existenz von Institutionen übertragen würde:

„Nach alledem ist festzustellen, dass Art. 38 Abs. 2 Satz 2 EV den Landesgesetzgeber dazu verpflichtet, die Konsequenzen aus der Auflösung der Akademie der Wissenschaften

⁴⁴ dok. in: *leibniz intern* 12/2002, S. 11

der DDR durch den Einigungsvertrag zu ziehen und eine eigene landesrechtliche Entscheidung darüber zu treffen, wie mit der Gelehrtensozietät zu verfahren sei. Der jeweilige Landesgesetzgeber hat, da Wissenschaft und Forschung grundsätzlich Ländersache ist, dafür einen weiten Ermessensspielraum. Er kann daher alle hier auftauchenden Fragen, wie Rechtsform, Vermögen, personelle Ausstattung uneingeschränkt regeln“ (ebd.:9).

Damit sei auch der Staatsvertrag über die Gründung und den Betrieb der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) vom 18.7.1992 nicht nur rechtmäßig, sondern auch eine landesrechtliche Regelung im Sinne von Art. 38 Abs. 2 EV:

„Nachdem die Akademie der Wissenschaften (...) durch den Einigungsvertrag aufgelöst worden war, konnte der Gesetzgeber ohne weiteres an die Tradition der im Jahre 1700 gegründeten Preußischen Akademie anknüpfen. (...) Die Länder Berlin und Brandenburg haben entschieden, es bei der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR als öffentlich-rechtliche Körperschaft zu belassen, anknüpfend an die Tradition der Preußischen Akademie eine Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ‚neu zu konstituieren‘ und insoweit die Gelehrtensozietät ‚fortzuführen‘“ (ebd.:11).

Die Leibniz-Sozietät verweist hingegen in ihrer Stellungnahme zu dem WPD-Gutachten auf die „innere Logik aller Bestimmungen des Einigungsvertrages“: Denn warum sollte eine Einrichtung landesrechtlich geregelt werden, wenn sie bereits aufgelöst worden sei? So argumentiert die Leibniz-Sozietät,

„dass die Gelehrtensozietät der AdW der DDR als Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgelöst wurde, jedoch die Auslegung dieser Bestimmung durch den Parlamentarischen Dienst, dass damit automatisch auch die Gelehrtensozietät als Vereinigung natürlicher Personen aufgelöst sei, zurückzuweisen ist. Bei dieser Auslegung hätte der Satz 2 in Artikel 38 mit dem Gebot, dass ‚landesrechtlich zu entscheiden ist, wie die Gelehrtensozietät der AdW der DDR weiterzuführen ist‘, keinen Sinn.“ (Leibniz-Sozietät 2003:2)

Die landesrechtliche Regelung stünde daher nach wie vor aus und sei auch nicht durch den Staatsvertrag über die BBAW getroffen worden. Vielmehr sei die Leibniz-Sozietät Nachfolgerin der Preußischen Akademie. Denn die DDR-AdW und damit auch die Gelehrtenengesellschaft der AdW sei durch den SMAD-Befehl 187 in der Nachfolge der Preußischen Akademie wiedergegründet worden. Dieser Befehl könne durch den Einigungsvertrag nicht rückgängig gemacht werden, da die gemeinsame Erklärung der Vier Mächte den Vorbehalt für den Einigungsvertrag formuliere, dass dieser nicht Entscheidungen ebenerer ändern könne.

Zu (b): Der Gelehrtenengesellschaft der DDR-AdW waren seit 1945 insbesondere Nachlässe gestiftet worden, die dann ins Akademie-Archiv eingingen. Ungeklärt ist aus Sicht der Leibniz-Sozietät deren Eigentum. In der Tat mutet es merkwürdig an, wenn die BBAW einerseits nicht die Fortsetzung der DDR-AdW und ihrer Gelehrtenengesellschaft ist, dass sie andererseits aber Vermögen übernommen hat, das zweifelsohne weder den Hinterlassenschaften der Preußischen Akademie noch dem Forschungskombinat AdW (der mit seinen 24.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von der Gelehrtenengesellschaft zu trennen ist) zugerechnet werden kann. Auch das WPD-Gutachten sieht diesen Umstand als nicht abschließend geklärt. Zwar

„dürfte die BBAW grundsätzlich berechtigt sein, die Zuwendungen zu übernehmen. Entscheidend ist allerdings der Wille des Schenkers bzw. des Erblassers. Es wäre durchaus denkbar, dass eine Zuwendung allein der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Verfügung gestellt wurde. Dies müsste ggf. durch Auslegung der testamentarischen Verfügungen im Einzelfall geklärt werden“ (WPD 2002:12).

So weit die rechtliche Situation. Ungeachtet dessen hat die Leibniz-Sozietät seit 1992 existiert (was in ihrer Sicht heißt: die Gelehrtengesellschaft der Leibnizschen Akademie hat fortexistiert) und wissenschaftlich gearbeitet. Der Leibniz-Sozietät gehören zunächst die bis 1990 gewählten Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR an, die seinerzeit ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärten. Seit 1994 wurden in jedem Jahr neue Mitglieder zugewählt, von den gegenwärtig etwa 250 Mitgliedern wurde die Hälfte nach 1994 zugewählt. In der Mitgliederliste finden sich z.B. Ernst Engelberg, Hermann Haken, Walter Jens, Friedhart Klix, Hubert Laitko, Roswitha März, Günter Mühlpfordt, Ruth Reiher, Helga Schultz und Lothar Sprung.⁴⁵

Die Außenwirkung der wissenschaftlichen Aktivitäten der Leibniz-Sozietät ist naturgemäß begrenzt, da zwar einzelne Mitglieder als Personen, aber nicht die Sozietät als solche Ausstrahlung in die wissenschaftliche Gemeinschaft haben. Das ist kein spezifisches Problem der Leibniz-Sozietät, sondern der gesamten Zweiten Wissenschaftskultur; überdies ist in Rechnung zu stellen, dass Gelehrtenvereinigungen generell vornehmlich interne Wirkungen erzielen, indem sie ihre Mitglieder miteinander vernetzen, und externe Wirkungen typischerweise indirekt zu Stande kommen oder aber der besonderen Eloquenz des Führungspersonals geschuldet sind (wie z.Z. bei der BBAW).

Was an der Leibniz-Sozietät auffällt, ist ein beträchtlicher Aktivitäts- und Publikationsumfang.⁴⁶ Von Gewicht sind dabei die dokumentarischen Bemühungen um die DDR-Akademie- und -Wissenschaftsgeschichte. Naturwissenschaftliche Aktivitäten der Sozietät kranken daran, dass der Großteil ihrer naturwissenschaftlichen Mitglieder keinen Zugang zu angemessener apparativer Ausstattung hat. Daher werden auch in der naturwissenschaftlichen Klasse vornehmlich wissenschaftstheoretische und -geschichtliche Fragen behandelt.

Das Verhältnis zwischen der BBAW und der Leibniz-Sozietät ist gespannt. Die Forderungen der Leibniz-Sozietät zielen dabei (abgesehen von den rechtlichen Meinungsverschiedenheiten) in erster Linie auf wissenschaftliche Anerkennung und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen:

„Wie lange kann es sich die Berliner Obrigkeit leisten, in ihrem Bereich zwei so große und wissenschaftlich potente Akademien wie die BBAW und die Leibniz-Sozietät nebeneinander zu haben, davon die eine halbherzig zu unterstützen (mehr ist das nicht), die andere aber, die ja die Leibnizsche Sozietät gegen die Auflösungsabsichten verteidigt und im Grunde gerettet hat, in jeder Hinsicht zu mißachten? ... Wir erwarten ... von dieser Landesregierung, dass sie Rahmenbedingungen schafft, die es gestatten, zumindest und vielleicht vorerst eine sinnvolle Wissenschaftskooperation beider Einrichtungen zu entwickeln. ... Was sich unterhalb dieses Niveaus bewegt, ist inakzeptabel und kann von uns nicht ernst genommen werden“ (Eichhorn 2003:4).

Die BBAW wiederum sieht in der Leibniz-Sozietät einen „privatrechtlichen Idealverein“, „zu dem sich die BBAW kollegial verhält“ (Simon 1999:14). Auffällig ist, dass sich lediglich 14 ehemalige AdW-Angehörige unter den Mitgliedern der BBAW finden (neun or-

⁴⁵ vgl. das vollständige Mitgliederverzeichnis unter http://www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietat/st_mit_a.htm (Zugriff 16.12.2003)

⁴⁶ vgl. <http://www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietat/publikationen.htm>

dentliche, drei korrespondierende und zwei auswärtige Mitglieder der AdW).⁴⁷ Dieser Umstand wird gelegentlich zu entkrampfen versucht. So überbrachte kürzlich BBAW-Vizepräsident Paul B. Baltes bei der Festveranstaltung, die von der Leibniz-Sozietät zum 75. Geburtstag von Friedhart Klix ausgerichtet wurde, Grüße der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und ihres Präsidenten Dieter Simon und setzte fort:

„In einer gewissen Weise sind diese Grüße von der Berlin-Brandenburgischen Akademie kontrafaktisch und verwirrend, denn diese Akademie zählt Friedhart Klix nicht zu ihren Mitgliedern. ... Bedeutsam heute ist mir vor allem der persönliche Bezug zum Geburtstag eines herausragenden Gelehrten, der jedweder Berliner Akademie als Mitglied gut anstehen würde. Für mich, und auch für Dieter Simon, ist also die Tatsache, dass Friedhart Klix in den neunziger Jahren nicht als Mitglied in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften aufgenommen wurde, ein historisches Missgeschick, das einer Erklärung bedarf. Sie hängt einzig mit den politischen Unsicherheiten zusammen, die das Zusammenführen zweier politischer Systeme im Einigungsprozess mit sich brachten und diesen gelegentlich verteufelten. Einzelne Personen erlitten dabei Schaden und erhielten nicht den wohl verdienten Ehrenplatz. Friedhart Klix gehört dazu.“ (Baltes 2003:6f.)

Solchen Entkrampfungsversuchen stehen freilich auch gelegentliche rhetorische Zuspitzungen entgegen, etwa wenn der BBAW-Präsident zum Leibniz-Tag der BBAW 2003 ausführte:

„Es kam zur Ausrufung einer bedeutungslos gebliebenen Leibniz-Sozietät Ehemaliger, die sich vergeblich der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bald als Konkurrent entgegenstellte, bald als Partner anzudienen suchte. Mangels bemerkenswerter Themen wob sie eifrig an der beliebten Legende von der angeblichen Verdrängung angeblicher Eliten aus dem Osten mit, eine Legende, die auch nicht dadurch an Realität gewann, daß sie am Ende noch in den Reihen des rot-roten Senats auf Glauben mit budgetären Folgen stieß.“ (Simon 2003:2)

Schließlich wird verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass der Umgang mit dem spezifisch DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbe an einzelnen Einrichtungen von mangelnder Sensibilität gekennzeichnet sei. So habe die Humboldt-Universität noch keine zureichenden Anstrengungen unternommen, um das Rudolf-Bahro-Archiv angemessen abzusichern und der Forschung zugänglich zu halten. Auch das Wolfgang-Heise-Archiv befindet sich in einer Situation, die mehr Engagement seitens der Universität verlange. Gleichzeitig sind in diesem inhaltlichen Segment der Sicherung des überkommenden Erbes aber auch aktive Aufarbeitungsanstrengungen zu verzeichnen. Beispielsweise gibt es am Standort Adlershof intensivere Bemühungen um eine Wiederaneignung der Geschichte des Geländes (vgl. Ciesla/Karlsch 2003).

⁴⁷ Eines der wenigen AdW-Mitglieder, das dann auch BBAW-Mitglied wurde, Manfred Naumann, äußerte sich damit unzufrieden, indem es an seine eigenen Erfahrungen in der AdW anknüpfte: „... in der Klasse jedenfalls, in der ich Mitglied war, existierten personenbezogene informelle Netzwerke. Sie wurden durch Mitglieder geknüpft, von denen ich gern gesehen hätte, daß sie einen Platz neben mir auch in der 1993 entstandenen neuen Akademie gefunden hätten; sie hätten das Bild dieser Akademie nicht verunziert“ (Naumann 2002, 136).

3.5. Einigungsbezogene Bewertungen der Berliner Wissenschaftspolitik⁴⁸

Die diagnostizierten Probleme sind Teil der wissenschaftspolitischen Struktur Berlins. Im Rahmen der praktischen Umsetzung politischer Willenserklärungen wie etwa der propagierten ‚Werkstatt der Einheit‘ oder der Stärkung des Wissenschaftsstandortes Berlin wären diese Probleme dann auch (wissenschafts)politisch zu bearbeiten.

Gerade das Bild der ‚Werkstatt der Einheit‘ ist bei nahezu allen Befragten auf Unverständnis gestoßen. Vielmehr sei die Auseinandersetzung als wechselseitige Konkurrenz in Berlin am intensivsten. Dies zeige sich nicht nur an unterschiedlichen Tarifen in einer Stadt, sondern auch bei Konflikten: Bei Zusammenlegungen von Institutionen etwa „brechen wieder alte Gräben Ost/West auf. Politische Entscheidungen werden/wurden auf Seiten der Beteiligten häufig wieder zu einem Ost/West-Konflikt interpretiert, überlagern dadurch eine inhaltliche Auseinandersetzung“ (ver.di). ‚Werkstatt der Einheit‘ sei Berlin allein bei den Studierenden (Gesellschaftswissenschaftliches Forum).

Insgesamt hätte der Wissenschaftsstandort Berlin profitieren können (Nickel), nun aber herrsche ein deutliches Ungleichgewicht zwischen West und Ost (Leibniz-Sozietät, isda). Dieses Ungleichgewicht werde durch das Fehlen eines realistischen institutionellen Rahmens für ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verstärkt (isda). Die „zersplitterte Wissenschaftslandschaft Berlins“ (IGAFa) sei nicht in der Lage, Spitzenkräfte in der Wissenschaft anzuwerben.⁴⁹

Zudem würde sich die fortgesetzte Nicht-Wahrnehmung der Zweiten Wissenschaftskultur nachteilig auswirken: „Kenner der Szene fürchten, daß dies [das Verschwinden des Ost-Berliner Wissenschaftlermilieus - r.b.] zu einer geistig-kulturellen Verengung von Blickwinkel und Perspektive des wissenschaftlichen Denkens nicht nur in der Stadt führen könnte.“⁵⁰ Schärfer formuliert es Stefan Bollinger, wenn er zudem Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs vermutet: „Bislang sind intellektuelle Debatten des vereinten Deutschland westdeutsche Debatten“ (2003:51). Bei der Betrachtung der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ darf also nicht vergessen werden, dass sich hier einerseits immer auch ein Bild der Gegenwartsgesellschaft gemacht wird, andererseits dafür aber symbolische Gesten durchaus große Wirkung entfalten könnten.

⁴⁸ Dieser Punkt wertet insbesondere die Antworten zu drei Fragen aus der schriftlichen Anhörung und den Experteninterviews aus: „Können Sie in drei Punkten beschreiben, was für Sie die dringlichsten Probleme der ‚Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin‘ sind?“ (schriftliche Anhörung); „Ein gängiges Bild lautet, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘. Wenn wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Blick nehmen: Was spricht dann Ihres Erachtens für diese Diagnose bzw. was spricht dagegen?“ (schriftliche Anhörung und Experteninterviews); „Können Sie sich vorstellen, dass der ‚Wissenschaftsstandort Berlin‘ von einer Lösung der genannten Probleme profitieren könnte? Wenn ja, wie?“ (Experteninterviews)

⁴⁹ Eine Aussage, die in dieser Allgemeinheit gleichwohl zu hinterfragen ist: Ohne diese angeblich in Berlin nicht anwerbenden Spitzenkräfte wäre es für Berlin kaum möglich, z.B. im neuesten DFG-Forschungsranking (DFG 2003) neben der Region München den Spitzenplatz zu erlangen.

⁵⁰ Frage an den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Flierl 2003)

Als einer von wenigen konnte in unserer Erhebung Jürgen Mittelstraß der ‚Werkstatt der Einheit‘ etwas abgewinnen: „Wenn man in der Werkstatt an die Werkbänke geht, denke ich, gibt es viel Positives zu berichten.“ Als Beispiele nannte er Projekte an der Humboldt-Universität, das ZZF Potsdam (als dem Großraum Berlin zugehörige Einrichtung) und den Standort Adlershof. Insbesondere letzterer habe, zusammen mit Berlin-Buch, sich positiv entwickelt⁵¹, so dass dort inzwischen wieder so viele Menschen beschäftigt sind wie 1989 (ca. 3.500). Zudem hätten die dort neu gegründeten Einrichtungen eine gute Stellung im deutschen Wissenschaftssystem. Weitere positive Beispiele seien das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) oder das Informationszentrum Sozialwissenschaften. Dort wurden frühzeitig und aktiv ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler integriert.

Insgesamt hat Berlin neben Sachsen den Hauptanteil daran, dass ca. 50% des früheren Akademiepersonals nach wie vor in wissenschaftlichen Einrichtungen tätig sind, nämlich in Blaue-Liste-Einrichtungen, Fraunhofer-Instituten, Großforschungszentren, Max-Planck- und Landesinstituten. Vereinzelt wird auch darauf hingewiesen, dass das im übrigen durch Zielverfehlung gekennzeichnete WIP in zweierlei Hinsicht auch positive Effekte hatte: Vielen habe es die Weiterführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit ermöglicht (auch wenn am Ende nicht die politisch versprochenen festen Arbeitsplätze herausgekommen sind). Hilfreich sei es zudem für Firmengründungen gewesen, die aus WIP-Beschäftigungen heraus erfolgten (Akademikerverband im BRH).

Über aktuelle positive Entwicklungen wurden die Teilnehmer des Rundtischgesprächs am 28.10.2003 durch den Wissenschaftssenator in Kenntnis gesetzt: So sei erneut für die Zeit ab 2004 die Anschlussfinanzierung der ehemals WIP-Geförderten aus dem Hochschulwissenschaftsprogramm (HWP) sichergestellt worden. Ebenso habe die Stabilität der Finanzierung der außeruniversitären Berliner Forschung durchgesetzt werden können, d.h. es konnten insbesondere auch die Potentiale abgesichert werden, die aus früheren AdW-Instituten Anfang der 90er Jahre in Fraunhofer-Gesellschaft, Blaue Liste, Helmholtz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft überführt worden waren, etwa in Adlershof oder Buch. Im Zuge der Neugestaltung der Berliner Hochschulmedizin sei der Standort Mitte der Charité gegen massiven Druck, diesen zu Gunsten der beiden West-Berliner Standorte in Steglitz und Wedding aufzugeben, gesichert worden. Nach über 10 Jahren werde derzeit die seit langem überfällige zukunftsfähige Lösung für das ACA organisiert. Auch sei die Eigenständigkeit der drei Ost-Berliner Kunsthochschulen mit ihrer spezifischen, aus der DDR kommenden Ausbildungstradition erhalten worden. Intensiv gearbeitet werde an einer Lösung für den wirtschaftlich und sozial hochprekären Ost-Berliner Stadtteil Oberschöneweide, der durch die Teil-Ansiedlung der FHTW eine neue Zukunftsperspektive erhalten soll, wobei zugleich der – ebenfalls Ost-Berliner – FHTW-Standort Karlshorst gesichert werde. Mit Teilerfolgen habe die Berliner Politik gemeinsam mit der Humboldt-Universität an einer Entwicklungsperspektive für das

⁵¹ Auch andere Befragte (die aber negativ auf die ‚Werkstatt der Einheit‘ reagierten) stützen diese positive Sichtweise.

Museum für Naturkunde in Berlin-Mitte gewirkt. Überdies sei an einem zukunftssträchtigen Standortmanagement für den Wissenschaftsstandort Berlin-Buch gearbeitet worden – auch dies nicht zuletzt Arbeit daran zu verhindern, dass der Ost-Stadtteil Buch von der Gesamtberliner Entwicklung abgehängt werde. Schließlich habe eine finanzielle Unterstützung der Leibniz-Sozietät aus dem Berliner Landeshaushalt bewerkstelligt werden können, und es hätten einige problematische Personalentscheidungen, welche die Senatswissenschaftsverwaltung in den 90er Jahren so getroffen hatte, dass individuelle Gerechtigkeitslücken entstanden waren, bereinigt werden können (Flierl 2003).

3.6 Zusammenfassung

Die folgende Tabelle fasst die Problemlagen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ in Stichpunkten zusammen:

Unzulänglich genutzte Kompetenzen	Arbeits- und Lebensumstände	Symbolische und Anerkennungsprobleme
<ul style="list-style-type: none"> – Insiderwissen DDR/Ostdeutschland – ungleiche Verteilung von Deutungskompetenzen – Osteuropakompetenzen – marxistische Ansätze und Perspektiven – Lehrerfahrung und -orientierung – DDR-bezogene Lehre 	<ul style="list-style-type: none"> – Geisteswissenschaftliche Zentren (GWZ) – Folgen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) – nach HPersÜG nicht berufene DozentInnen – Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur spezifischer Kompetenzen – Situation der ‚mittleren Generation‘ – materielle Ungleichheiten zwischen West und Ost 	<ul style="list-style-type: none"> – fehlende Integration West-Berliner WissenschaftlerInnen in das Ost-Berliner Alltagsleben – Unterrepräsentanz ostdeutscher WissenschaftlerInnen im Westteil Berlins – Unterrepräsentanz ostdeutscher WissenschaftlerInnen in Leitungsfunktionen – defizitäre Zusammenarbeit zwischen west- und ostdeutschen WissenschaftlerInnen – Situation der Zweiten Wissenschaftskultur – Situation der Leibniz-Sozietät

Tab. 2: Problemlagen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“

4. Optionen der Problembearbeitung

Die hier verhandelten Problemsituationen sind wesentlich politisch verursacht. In Folge dessen setzen jegliche Bearbeitungen dieser Probleme einen politischen Willen voraus. Dieser hat zugleich gegebene Rahmenbedingungen diverser Art in Rechnung zu stellen. Daher werden zunächst die Rahmenbedingungen, welche für die Bearbeitung der oben (3.2-3.5) beschriebenen Problemlagen relevant sind, erörtert (4.1.). Anschließend werden die in den Erhebungen zusammengetragenen Problemlösungsvorschläge referiert und kommentiert (4.2.). Zum Schluss werden Handlungsempfehlungen formuliert (4.3).

4.1. Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen aktuellen politischen Handelns sind, soweit es um die Bearbeitung der hier zu verhandelnden Probleme geht, dreierlei: politische, finanzielle und juristische.

Die *politischen Rahmenbedingungen* sind insbesondere die Kräfteverhältnisse zwischen den relevanten Akteuren in Exekutive und Legislative sowie die Problemsensitivität in der lokalen Öffentlichkeit.

Die Berliner Landesregierung stellen SPD und PDS, letztere als Juniorpartner. Auch die Ost-West-Repräsentanz innerhalb des politischen Personals ist unausgewogen, was Folgen für die Tiefe des Verständnisses der an dieser Stelle in Rede stehenden Fragen hat. Das Ausmaß des Interesses am Zusammenführen von Ost und West in der zuvor geteilten Stadt lässt sich an der oben zitierten Koalitionsvereinbarung ablesen: Die relevanten Passagen sind erkennbar ein Kompromiss, was wiederum kaum verwundern kann. Immerhin war die SPD als Regierungspartei unter Rot-Grün bzw. in der Großen Koalition aus CDU und SPD mittragende Akteurin des städtischen Vereinigungsprozesses. Sie bewertet diesen als in wesentlichen Teilen gelungen und kann daher die nach wie vor sicht- und spürbaren Ost-West-Verwerfungen innerhalb der Stadt nicht der Gestaltung des städtischen Vereinigungsprozesses zurechnen.

Die PDS hingegen sieht in dem rot-roten Regierungsprojekt ausweislich sowohl verbaler Bekundungen wie ihres politischen Handelns ein Projekt, das „einen Wert an sich“ habe (Gysi), nämlich den des primären Nachweises von Regierungsfähigkeit. Im Verhältnis zu diesem prioritären Ziel scheint – soweit das von außen wahrnehmbar ist – die Bemühung um die Durchsetzung originär inhaltlicher politischer Anliegen sekundär zu sein. Inwieweit dies politisch rational ist, ist an dieser Stelle nicht zu bewerten: Hier interessiert lediglich, dass aus dieser Konstellation bislang ein gebremstes Interesse der PDS resultiert, sich allzu kämpferisch und konfliktorisch für Anliegen von – zum Beispiel – marginalisierten Ost-Berliner WissenschaftlerInnen zu verwenden.

Allerdings gibt es zu dieser Frage jedenfalls in der politisch interessierten Öffentlichkeit Berlins keine so verfestigten Polarisierungen mehr, dass sie noch Gegenstand öffentlicher Austragung wären. Dies ist eine deutliche Veränderung im Vergleich zur ersten Hälfte der 90er Jahre. Mittlerweile ist auch in Berlin selbst eine Nachdenklichkeit über die Ergebnisse der Wissenschaftstransformation zu spüren: Öffentlich wahrnehmbar gibt es lediglich noch zwei vereinzelte Akteure, die insofern eine dezidiert problemorientierte Sicht pflegen, als sie die Zementierung der Ergebnisse der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation für ausdrücklich wünschenswert halten. Dies sind die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft, wobei sich Erstere häufig auf Letzteren bezieht – etwa als sie am 30.10.2003 im Abgeordnetenhaus-Plenum den Präsidenten mit einer Charakterisierung der Leibniz-Sozietäts-Mitglieder als „Betonköpfe“ zitierte.⁵² Im übrigen hält es die Sprecherin für eine „anerkannte Praxis seit der Wende“, die „alten Ost-Wissenschaftler“ nicht zu fördern (Thomsen 2003). Dies ist allerdings insoweit als eine rollengebundene Auffassung zu identifizieren, als die Abgeordnete in einer früheren Eigenschaft – sie war Pressesprecherin des seinerzeitigen Wissenschaftssenators – die Modalitäten der Ost-Berliner Wissenschaftsneuordnung aktiv zu vertreten hatte. Die Ergebnisse dessen nun nicht in Frage stellen zu lassen, lässt sich als Bestandteil der Sicherung eines individuellen positiven Selbstkonzepts interpretieren. Der Akademie-Präsident hingegen handelt aus seiner Funktion heraus rational (während er sich als Person schon frühzeitig von seiner eigenen Mitwirkung an den Neuordnungsprozessen und ihren Ergebnissen distanziert hatte⁵³), wenn er insbesondere Ansprüche der Leibniz-Sozietät gegen seine Akademie abzuwehren sucht und hierfür rhetorische Deutlichkeit nicht scheut:

„Es kam zur Ausrufung einer bedeutungslos gebliebenen Leibniz-Sozietät Ehemaliger, die sich vergeblich der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bald als Konkurrent entgegenstellte, bald als Partner anzudienen suchte. Mangels bemerkenswerter Themen wob sie eifrig an der beliebten Legende von der angeblichen Verdrängung angeblicher Eliten aus dem Osten mit, eine Legende, die auch nicht dadurch an Realität gewann, daß sie am Ende noch in den Reihen des rot-roten Senats auf Glauben mit budgetären Folgen stieß.“ (Simon 2003:2)

Für die hiesige Betrachtung ist entscheidend: Weitere einflussreiche Vertreter ähnlicher Auffassungen, die sich gegen die Reparatur vereinigungsbedingter Fehlentwicklungen in der Berliner Wissenschaft richten, sind in der Berliner Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar.

Gleichgültig nun, wie stark die Bereitschaft zur Reparatur bei politischen Akteuren und Öffentlichkeit ausgeprägt ist, blieben die extrem limitierenden *finanziellen Rahmenbedingungen*. Berlin hat einen Gesamtjahreshaushalt von etwas über 20 Milliarden Euro. Davon werden

⁵² Abgeordnetenhaus Berlin: Plenarprotokoll 15/37, S. 2957, URL: http://www.parlament-berlin.de/parlamentb.nsf/4cc620050cd4cc11c1256841004c05b8/bf45576b297d77c7c1256dd50035f261?OpenDocument#_Section2

⁵³ vgl. Simon (1991; 1992; 1996; 1998)

jedes Jahr regelmäßig 2 Milliarden Euro der konsumtiven Ausgaben über Neuverschuldung finanziert – das sog. Primärdefizit, also die Negativdifferenz zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben. Weitere 2 Milliarden Euro neue Schulden werden für die laufenden Zinszahlungen aufgenommen; die aktuelle Verschuldung beträgt ca. 50 Milliarden Euro, also mehr als zwei komplette Haushalte.

Dennoch gibt Berlin viel Geld für die Wissenschaft aus: 1,4 Milliarden Euro. Allerdings ist der Berliner Wissenschaftshaushalt vollständig institutionell gebunden. Das heißt: Frei verfügbare Gelder, wie sie in anderen Ländern bspw. für Projektförderungen oder anderweitige Initiativen zur Verfügung stehen, sind seit 1996 systematisch bis auf Null reduziert worden. Daraus folgt, dass Lösungen irgendeines wissenschaftspolitischen Problems allein dann betrieben werden können, wenn sie finanzneutral sind. Dem stehen öffentliche Erwartungen entgegen, die mit dem Antritt einer jeden neuen Regierung verbunden werden. Eine dieser Erwartungen an die rot-rote Koalition war, dass jetzt einige Vorhaben umgesetzt würden, auf die man schon länger gewartet hatte, für die aber auf Grund politischer Prioritätensetzung immer vermeintlich kein Geld da gewesen sei. Im Widerspruch zu solchen Erwartungen war jedoch die bisherige haushaltspolitische Arbeit der gegenwärtigen Regierungskoalition vornehmlich durch die Gestaltung von Abbau und nicht von Aufbau geprägt. Um dies angemessen einordnen zu können, ist auf eines hinzuweisen: Die Berliner Haushaltskrise war nicht nur zufällige Begleiterscheinung der Koalitionsbildung gewesen, sondern sie war die zentrale konstitutive Bedingung dafür, dass die Koalition aus SPD und PDS in Berlin überhaupt zu Stande gekommen ist. Daher sind die finanziell extrem limitierten Rahmenbedingungen auch bereits in den zentralen Dokumenten der Regierungspolitik – Koalitionsvereinbarung (2002) und „Richtlinien der Regierungspolitik“ (Senat 2002) – formuliert, und partikulare Interessen müssen vor diesem Hintergrund bewertet werden.

Dennoch bleibt die komplette institutionelle Bindung des Wissenschaftsetats eine Ungeöhnlichkeit. Sie bewirkt, dass die Berliner Wissenschaftspolitik zunächst dazu verpflichtet ist, solche Ressourcen zu sichern, die bereits vorhanden sind. Das betrifft auch die Beschäftigten, die in den Strukturen sind, etwa – um zwei andere einigungsbedingte Probleme zu nennen – das Institut für Anorganische Chemie Adlershof (ACA) oder diejenigen früheren WIPianer, die mittlerweile über das HWP III finanziert werden. Beide sind nach wie vor nur prekär abgesichert und daher permanenter Gegenstand politischer Interventionen zu ihrer Absicherung.

Die vollständige institutionelle Bindung des Wissenschaftshaushalts produziert ein faktisch nur höchst schwierig auflösbares Problem: Um etwas Neues zu tun, müsste – einen entsprechenden politischen Willen im Gesamtsenat und in den Koalitionsfraktionen des Abgeordnetenhauses vorausgesetzt – zunächst an anderer Stelle etwas bisher Finanziertes eingestellt bzw. reduziert werden. Allerdings wäre selbst dann, wenn die Finanzierung einer (Teil-) Einrichtung oder Aktivität eingestellt würde, keineswegs gesichert, dass die dadurch freigesetzten Mittel an anderer Stelle für Wissenschaftsanliegen wieder verausgabt werden könnten. Denn es bestünde grundsätzlich die Gefahr, dass die eingesparten Mittel zur Haushaltskonsolidierung herangezogen, d.h. dem Wissenschaftsetat entzogen würden. Im übrigen ist darauf

hinzuweisen, dass „Abwicklungen“ bzw. Schließungen von Einrichtungen zunächst einmal Folgekosten hervorzubringen pflegen, so dass die derart eingesparten Mittel in der Regel nicht unmittelbar frei werden.

Ebenso restriktiv wie die finanziellen sind die *juristischen Rahmenbedingungen*. Nach verbreiteter Ansicht unter Ost-Berliner WissenschaftlerInnen, die im Zuge der Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft aus gesicherter Beschäftigung herausgefallen sind, war dieser Neuordnungsprozess in juristischer Hinsicht ausgesprochen fragwürdig. Auch hieran knüpften sich Erwartungen, der rot-rote Senat würde diesbezüglich Reparaturen durchführen. Diese Erwartungen müssen gedämpft werden. Hier ist dem zuständigen Staatssekretär für Wissenschaft im Berliner Senat zuzustimmen, der sich dazu auf dem Leibniz-Tag der Leibniz-Sozietät 2002 geäußert hatte:

„Der Senat von Berlin bewegt sich unabhängig von seiner politischen Zusammensetzung in einer bestimmten Rechtskontinuität. Politisch getroffene Entscheidungen der Vergangenheit, die bereits gerichtlich Bestand hatten oder juristisch nicht angefochten worden waren, gelten als korrekt – und zwar unabhängig davon, ob sie individuell als korrekt empfunden werden. Der Rechtsstaat hat nur zur Hälfte die Aufgabe, Gerechtigkeit in Einzelfällen zu schaffen. Die andere Hälfte seiner Aufgabe ist die überindividuelle Sicherung von Rechtsfrieden. Dazu dient wesentlich der abschließende Charakter von gerichtlichen Entscheidungen“ (Pasternack 2002:2).

4.2. Empirisch erhobene Lösungsvorschläge

Wir hatten drei Problemgruppen systematisch unterschieden (vgl. 3.):

- a. unzulänglich genutzte Kompetenzen,
- b. Probleme der Arbeits- und Lebensumstände,
- c. symbolische und Anerkennungsprobleme.

Diesen Problemgruppen werden nun Lösungsvorschläge, die im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens, der Experteninterviews, Dokumentenanalyse und des Rundtischgesprächs eruiert werden konnten, zugeordnet und kommentiert (4.2.1-4.2.3).

4.2.1 Zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen

Durchgreifende Lösungen zur (Re-)Integration von ostspezifischen Kompetenzen in das Wissenschaftssystem setzen die Mobilisierung von finanziellen Mitteln voraus. Dies erscheint jedenfalls in größerem Umfang kaum organisierbar. Daneben ist es jedoch auch ohne oder mit nur geringem Mitteleinsatz möglich, zumindest Kompetenz im Sinne von Deutungsfähigkeit zu integrieren – indem Partizipation an der Deutungszuständigkeit ermöglicht wird. Mit anderen Worten: Gerade in der Zweiten Wissenschaftskultur sind Arbeitszusammenhänge vorhanden, die mit geringer Unterstützung wesentlich effektiver als bisher nutzbar sind. In diesem

Sinne würde zunächst schon die *Wahrnehmung* dieser wissenschaftlichen Arbeit ein erster Schritt zur Lösung der in dieser Gruppe zusammengefassten Probleme sein. Im übrigen wäre in einer strategischen Perspektive auch zu berücksichtigen, dass der Charakter Berlins als Ost-West-Stadt eigentlich eine Ressource ist, mit der man nicht zuletzt im Ausland werben könnte (Kocka). Folgende Lösungen finden sich im einzelnen vorgeschlagen bzw. gefordert:

- Insbesondere um die Nutzung von unzulänglich genutzten Kompetenzen zu organisieren, wird vorgeschlagen, dass der Senat von Berlin ein Koordinierungsgremium beruft, das aus Vertretern des Senats, der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale zusammengesetzt ist und sich der Aufgabe widmet, die ehrenamtlichen – und, soweit reaktivierbar, auch die brachliegenden – wissenschaftlichen Kapazitäten wirksam in das Berliner Wissenschaftssystem zu integrieren. Hierbei soll ein Maßnahmenbündel vertraglich vereinbart werden (Leibniz-Sozietät, Verband Hochschule & Wissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliches Forum, WiSoS, Burrichter).
- Eine darüber hinausgehende Forderung ist die nach Gründung einer parteienunabhängigen Stiftung, die Projekte der Zweiten Wissenschaftskultur fördert (Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition).
- Die Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) ist zudem an themenbezogener Unterstützung interessiert, nämlich der „Förderung außeruniversitärer, zivilgesellschaftlich eingebundener Wissenschaftsstrukturen vorrangig ostdeutscher Wissenschaftler, die unmittelbar Analysen der ostdeutschen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft erstellen sowie zur DDR- und gesamtdeutschen Geschichte arbeiten“. Träger hierfür könnten nach Auffassung von ISO auch Institutionen der Politischen Bildung sein.
- Überdies könnte Berlin die besonderen Kompetenzen ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Lehre nutzen. So wird es sowohl gewünscht wie auch als Entlastungsmöglichkeit für die Hochschulen gesehen, wenn Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler problemloser, als dies heute der Fall ist, über Lehraufträge in den Lehrbetrieb der Berliner Hochschulen integriert und auch für die Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten zugelassen werden (Laitko).
- Eine deutliche Mehrheit der Befragten hat auf die besonderen Mittel-Ost-Europa-Kompetenzen ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hingewiesen. Diese könnten systematisch für die Entwicklung Berlins zu einer tatsächlichen „Ost-West-Drehscheibe“ genutzt werden.

4.2.2 Zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände

Was auf der Systemebene unzulänglich genutzte Kompetenzen sind, erscheint auf der Sozial- und Invidualebene als Probleme der Arbeits- und Lebensumstände. Die diesbezügliche Grundlinie der Wissenschaftspolitik des Berliner Senats ist, zunächst diejenigen zu sichern,

die im System sind – etwa die ehemals durch das WIP, nun im HWP Geförderten oder die Beschäftigten des Instituts für Anorganische Chemie Adlershof (ACA).⁵⁴ Dies wäre durch Bemühungen zu ergänzen, nicht im System befindliche Kompetenzen wieder hereinzuholen, indem ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als Trägern dieser Kompetenzen eine Arbeitsgrundlage gegeben würde. Genau das wird auch von den bereits unter 3.2.1 genannten Vorschlägen zur Förderung von Projekten außerhalb des etablierten Wissenschaftsbetriebs erwartet. Folgende Lösungen finden sich im einzelnen vorgeschlagen bzw. gefordert:

- Zuvörderst geht es um die finanziell wenig aufwändige Förderung ehrenamtlicher wissenschaftlich tätiger Vereine. Darunter wird Unterstützung für Publikationstätigkeit, Tagungen, Räumlichkeiten etc. verstanden (Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition, Burrichter, Laitko).
- Zudem sollen die aus dem WIP und Nachfolgeprogrammen geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin personengebundene feste Stellen bekommen. Speziell der WIP-Rat vertritt hier den Standpunkt, zumindest die HWP-Mittel für diese Gruppe so lange zu verlängern, bis durch Zeitablauf ohnehin Verrentungen anstünden. In einem Schreiben an den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur schlug der WIP-Rat einen „kreativen Schlußstrich“ vor:

„Die Kosten für die Beschäftigung von etwa 70 Personen in der Berliner Forschungslandschaft betragen rund 4,2 Mio. Euro/Jahr. Beträge dieser Größenordnung erscheinen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen zunächst relativ hoch. Auf der anderen Seite stehen aber die sozialen Leistungen, die bei Arbeitslosigkeit gezahlt werden müssen. Wenn man weiter berücksichtigt, dass erstens die erforderlichen Mittel zeitlich degressiv sind, zweitens von den weiterbeschäftigten WIPianern wie in der Vergangenheit umfangreiche Drittmittel (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Industrie, Europäischer Regional- und Strukturfonds usw.) eingeworben werden, drittens bisher geleistete Förderung (WIP, HSP III, HWP3) und getätigte Investitionen ihren Sinn behalten und schließlich ein nicht in Geld aufzuwiegender Verlust von Know-how vermieden wird, dann wird deutlich, dass es um eine Netto-Finanzierung in Höhe von etwa 2 Mio. Euro/Jahr geht und dass der Einsatz dieser Mittel sinnvoll ist“ (WIP-Rat 2002a).

- Ähnliches wird in bezug auf individuelle Ausgrenzungsfälle gefordert. Hier haben sich mehrere ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon direkt an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewandt. Häufig können sie eindrucksvolle Referenzen ihrer wissenschaftliche Arbeit vorweisen. Hier könnten Erleich-

⁵⁴ Der zuständige Staatssekretär für Wissenschaft im Berliner Senat erläuterte dies auf der Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“, veranstaltet am 30.11./1.12.2002 von der Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): „Wir haben das Problem, dass wir bestimmte Leute haben, die im System drin sind. Gerade in dieser Woche haben wir wieder – ich glaube, es war zum vierten oder fünften Mal in seiner Geschichte – das Institut für Anorganische Chemie in Adlershof gerettet, auch dies ein ehemaliges Akademieinstitut. Das vierte oder fünfte Mal wurde also eine Rettungsaktion veranstaltet für die mittlerweile dort noch arbeitenden rund 120 Beschäftigten, es waren mal fast 300 am Anfang. Diese haben natürlich denselben Anspruch auf politische Zuwendung“ (Pasternack 2002a).

terungen, etwa im Umgang mit Arbeitsämtern⁵⁵ oder dem Zugang zu Förderungsmöglichkeiten, geprüft werden. Wünschenswert, aber unrealistisch erscheinen materielle Kompensationen für ungerechtfertigt erlittene Nachteile. Diesbezüglich muss die oben zitierte Position der Senatswissenschaftsverwaltung bestätigt werden: „Politisch getroffene Entscheidungen der Vergangenheit, die bereits gerichtlich Bestand hatten oder juristisch nicht angefochten worden waren, gelten als korrekt – und zwar unabhängig davon, ob sie individuell als korrekt empfunden werden“ (Pasternack 2002:2).

- Im Hinblick auf zwischen 1992 und 1994 nach Hochschulpersonal-Übernahmegesetz (HPersÜG) übernommene Hochschulangehörige, die auf fachlich nicht adäquaten Stellen sitzen (an Fachhochschulen als sog. Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben, an anderen Hochschulen auf C2-Stellen), wird vorgeschlagen, eine Möglichkeit hausinterner Berufungen zu schaffen (Kolbe 2002). Es schaffe anhaltenden Unmut, dass es zurzeit keine Möglichkeit gebe, aus den damaligen Transformationswirren entstandenen Einstufungen zu reparieren, zumal es sich faktisch ‚lediglich‘ um eine symbolische Anerkennung handele. In der Tat scheint es sich hier um eine – überschaubare – Gerechtigkeitslücke zu handeln. Bei der personengebundenen Umwidmung von LkbA-Stellen zu C2-Professuren im Angestelltenverhältnis würden keine Mehrkosten entstehen. Bei der personengebundenen Umwidmung einer C2- in eine C3-Stelle müsste die Bewertungsspitze durch die jeweilige Hochschule aus ihrem Personaletat erwirtschaftet werden. Da das geltende Berliner Hochschulgesetz eine entsprechende Möglichkeit nicht vorsieht, wäre hier eine Gesetzesänderung erforderlich. Die Überschaubarkeit des Problems ließe es aber durchaus als möglich erscheinen, eine entsprechende befristete Regelung in die ohnehin anstehende BerlHG-Novellierung aufzunehmen.
- Eine weitere Gruppe, für die Unterstützung gefordert wird, ist die ‚mittlere Generation‘. Träger der Forderungen ist hier insbesondere die Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO), die zu diesem Thema die Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“ im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) veranstaltete. Ohne eine politische Initiative seien deren Anliegen ohne Realisierungschancen.
- Ein Vorschlag von ISO ist die Einrichtung eines Stellenpools (kw-Stellen) beim Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, aus dem zwischen Ende 30 bis Ende 50 Jahre alte Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (befristete) Stellen erhalten können. Die Stellen sollen sowohl von Universitäten als von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Anspruch genommen werden können: „Die Aufnahme in das Programm verpflichtet die Wissenschaftler, sich für die Einwerbung von Sachkosten (Rei-

⁵⁵ „So wurde einem zeitweilig arbeitslosen Professor der Antrag auf Teilnahme an einer wissenschaftlichen Tagung in Großbritannien, zu der er als international renommierter Wissenschaftler eine Gasteinladung als Vortragender erhalten hatte, nur unter der Bedingung stattgegeben, dass sein Arbeitslosengeld gestrichen wird. Es sei darauf hingewiesen, dass Tagungen zunehmend zum Forum werden, wo Wissenschaftler neue Arbeitgeber finden können, wohingegen der vorgeschriebene Gang zum Arbeitsamt für diesen Personenkreis reine Zeitverschwendung und dazu frustrierend und entwürdigend ist.“ (VHW)

sekosten, Druckkostenzuschüsse u.dgl.m.), wie alle anderen Wissenschaftler auch, einzusetzen. Es ist lediglich an ein einmalig zu zahlendes geringes Sachmittel-Startkapital von ca. 3.000 € pro Geförderten gedacht, was zugleich ein finanzieller Anreiz für die sich um den Wissenschaftler bewerbenden Universität/Institut darstellen soll“ (ISO).⁵⁶

- Des Weiteren fordert ISO die Einführung einer ‚Ost-Quote‘ für die Personalpolitik wissenschaftlicher Institutionen sowie eine Mindestzugangsregelung für ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu westdeutschen Einrichtungen. Jürgen Kocka wies dagegen darauf hin, dass eine Kollektivlösung nicht wünschenswert sei, da sie positive Diskriminierung implizieren und auf Widerstand stoßen würde. Zu berücksichtigen ist überdies, dass der Vorschlag, eine ‚Ost-Quote‘ oder Mindestzugangsregelung für Ostdeutsche an westdeutschen bzw. West-Berliner Einrichtungen einzuführen, faktisch Forderungen nach einer Änderung des Hochschulgesetzes beinhaltet – mit der entsprechenden Notwendigkeit, dafür politische Mehrheiten zu organisieren. Auch würde eine solche ‚affirmative action‘ beträchtliche praktische Probleme aufwerfen, da sich 13 Jahre nach der Vereinigung die Zuordnungen akademischer Biografien zu Ost und West auch zunehmend verwischen. Es müsste also eine Regelung gefunden werden, die nicht nur auf regionale Herkunft, sondern auch auf generationelle Zugehörigkeit abstellt. Da es sich bei WissenschaftlerInnen nicht um eine allzu sanktionsstarke Personengruppe handelt, erscheint es als sehr unrealistisch, für eine so differenzierte und einen hohen Legitimationsaufwand erfordernde Regelung politische Mehrheiten organisieren zu können.
- Weitere Vorschläge und Forderungen benennen bestimmte Finanzierungsnotwendigkeiten, wie sie von den jeweiligen AutorInnen gesehen werden:
 - Die Mittel für die Hochschulen dürften nicht weiter zurückgefahren werden (ver.di), bzw. sollten Finanzmittel dahingehend umgesteuert werden, dass abgeschlossene Verträge durch die Berliner Landesregierung erfüllt werden können (Deutscher Hochschulverband).
 - Mittel aus dem Europäischen Strukturfond sollten stärker zur bedarfsorientierten Qualifizierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingesetzt werden (ver.di).
 - Das Land Berlin müsse stärker Übergangsfinanzierungen für Forschung-KMU gewährleisten, da die Einführung neuer Produkte häufig länger dauere als veranschlagt (ver.di).
- Für einen Teil der zweiten Wissenschaftskultur, nämlich die als Vereine organisierten, ostdeutschen sozialwissenschaftlichen Institute, wird ein seit längerem vorliegender Vorschlag in Erinnerung gerufen: Bereits 1998 hatten Rainer Land und Rolf Reißig festgestellt, dass nach Auslaufen von spezifischen Programmen (WIP, KSPW⁵⁷, DFG-Forschungsschwerpunkte) unabhängigen ostdeutschen Instituten der Übergang zur ‚Normali-

⁵⁶ Der Vorschlag wird in ähnlicher Weise auf vom Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition, dem Gesellschaftswissenschaftlichen Forum und Hubert Laitko vertreten.

⁵⁷ Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)

tät‘ verwehrt bleibe. Diese ‚Normalität‘ bestünde für (sozialwissenschaftliche) Institute in der Bereitstellung einer Sockelfinanzierung ab 20% des Institutsbudgets. Eine ausschließliche Drittmittel- bzw. Projektfinanzierung dagegen beeinträchtigt die Arbeit stark:

„Ohne Zeit und Geld für die Entwicklung neuer Forschungsprojekte, die nur dann eine Bewilligungschance haben, wenn sie originelle Fragen auf dem aktuellen Forschungsstand bearbeiten, sind die Chancen ostdeutscher Institute gegenüber den westdeutschen Bewerbern [für Drittmittel – r.b.] aus mehreren Gründen schlechter, nicht zuletzt, weil die Mehrzahl der in diesem Bereich tätigen westdeutschen Institute über eine Sockelfinanzierung durch das jeweilige Bundesland verfügen und sie oft als sogenanntes ‚An-Institut‘ vom Image und der Infrastruktur einer Universität profitieren können“ (Land/Reißig 1998).

Deswegen schlagen Land/Reißig eine leistungsbezogene Sockelfinanzierung vor: Die außeruniversitären ostdeutschen Institute sollen eine Sockelfinanzierung in Höhe von 20% der eingeworbenen Projektmittel bekommen. Ein solches Vorgehen hätte den Vorteil, a priori wettbewerbsfähig zu sein und keine zusätzlichen Evaluationen zu benötigen. Denn für das Einwerben der zu Grunde gelegten Drittmittel wurden solche Verfahren bereits durchlaufen. Diese Sockelfinanzierung sollte „neben der Finanzierung der Infrastruktur und der Projektentwicklung auch für die Kooperation mit Universitäten, die Nutzung von Ressourcen der Universitäten oder die Verbindung als An-Institut verwendet werden können“ (ebd.). Ein Fonds, der gemeinsam von Bund und Ländern getragen wird, soll dieses Vorhaben finanzieren.⁵⁸ Rainer Land hat diesen Vorschlag während des Rundtischgesprächs am 28.10.2003 in Richtung eines allgemeinen Innovationsfonds erweitert. Auch dieser soll eine Sockelfinanzierung auf Basis der eingeworbenen Mittel garantieren, nur sollen um die Mittel aus diesem Innovationsfonds sowohl etablierte als auch freie Institutionen konkurrieren.

- Viele Befragte erhoffen sich eine Lösung des Problems der ungleichen Rentenbezüge. Die Leibniz-Sozietät schlägt etwa vor, dass – solange das nur auf Bundesebene realisierbare Ziel einer Angleichung der Altersvorsorge zwischen Ost und West nicht erreicht sei – sich das Land Berlin auf mögliche Regelungen für Aufwandsentschädigungen bzw. Kostenerstattungen verständigen sollte, die pensionierte ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ihre wissenschaftlichen Arbeiten in Anspruch nehmen können. Denn die Teilnahme an Kongressen oder Archivaufenthalte scheiterten vor allem daran, dass derartige Aktivitäten aus den geringen Rentenbezügen nicht finanzierbar seien. Der Deutsche Hochschulverband, der Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) und der Akademikerverband im BRH wiederum fordern die Ost-West-Angleichung der Renten. Wenn dies – wie anzunehmen – nicht unmittelbar möglich sei, so könne das Land Berlin zumindest eine Regelung der Rentenproblematik im Bundesrat anstoßen (VHW, Deutscher Hochschulverband).

⁵⁸ Dabei handelt es sich keineswegs um große Beträge. Schon 1998 stellten Land/Reißig fest: „Nach unseren derzeitigen Kenntnissen käme ein Betrag von maximal 100 TDM pro Institut und Jahr zusammen. Selbst wenn alle 14 uns bekannten Institute diese Summe ausschöpften, wäre der Gesamtbeitrag – verteilt auf Bund und sechs Bundesländer – u.E. kein wirkliches Problem.“

- Die Leibniz-Sozietät fordert eine verstetigte Grundfinanzierung ihrer Tätigkeit. Dies erscheint aus mehreren Gründen nicht unplausibel: Zu berücksichtigen sind die oben beschriebenen rechtlichen Ungeklärtheiten, inwieweit die BBAW die Nachfolge der DDR-AdW zugleich ausschlagen und antreten kann; ebenso die Frage nach den Stiftungen, die der AdW-Gelehrtenengesellschaft zugekommen waren (und die bei aller unzulänglichen Klarheit über ihre Eigentümer selbst für den hypothetischen Fall, dass sie der Leibniz-Sozietät zugesprochen würden, von dieser nicht angemessen betreut werden könnten, weshalb auf eine abschließende rechtliche Klärung dieser Frage auch zu Gunsten einer öffentlichen Unterstützung der Leibniz-Sozietät verzichtet werden könnte). Berücksichtigungsfähig erscheint es daneben, dass die Leibniz-Sozietät nie während ihrer bisherigen Existenz über die Ressourcen verfügte, um eine gerichtliche Klärung der von ihr erhobenen Ansprüche aussichtsreich betreiben zu können. Zu bedenken ist schließlich, dass die Leibniz-Sozietät in einem inhaltlichen Segment eine absichernswerte Arbeit leistet, die so nur dort geleistet werden kann: die Sicherung von Dokumenten und deren Aufbereitung zur DDR-Akademie- und -Wissenschaftsgeschichte.

4.2.3 *Zu symbolischen und Anerkennungsproblemen*

Lösungen für symbolische und Anerkennungsprobleme der Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssten – auf Grund ihres wenig finanzintensiven Charakters – noch am ehesten umsetzbar sein, jedenfalls aus der Perspektive der Politik. Schwieriger mag sich die Mitwirkungsbereitschaft bei einzelnen Akteuren gestalten, etwa wenn es darum geht, eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen früheren und heutigen Angehörigen eines Hochschulinstituts zu organisieren. Entscheidend ist auch hier, wie eine Lösung zusammen mit den etablierten Institution des Berliner Wissenschaftsbetriebs gefunden werden kann, denn die Problemdiagnosen (siehe 3.4) bezogen sich ja häufig auch auf das Verhalten der Hochschulen. Folgende Lösungen finden sich im einzelnen vorgeschlagen bzw. gefordert:

- Zu erinnern ist zunächst an den Vorschlag nach Einrichtung eines Abstimmungsgremiums (siehe 4.2.1⁵⁹), das die Re-Integration wissenschaftlicher Potenziale in das Berliner Wissenschaftssystem zum Ziel haben soll. Allgemein wird von der Berliner Politik gewünscht, die Interessen der Zweiten Wissenschaftskultur gegenüber den etablierten Institutionen zu artikulieren (Laitko).

⁵⁹ Dort heißt es: „Insbesondere um die Nutzung von unzulänglich genutzten Kompetenzen zu organisieren, wird vorgeschlagen, dass der Senat von Berlin ein Koordinierungsgremium beruft, das aus Vertretern des Senats, der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale zusammengesetzt ist und sich der Aufgabe widmet, die ehrenamtlichen – und, soweit reaktivierbar, auch die brachliegenden – wissenschaftlichen Kapazitäten wirksam in das Berliner Wissenschaftssystem zu integrieren.“

- Ein ohne finanziellen Aufwand zu realisierender Vorschlag wäre die „Emeritierung“⁶⁰ inzwischen berenteter Hochschullehrer und deren nachträgliche Verabschiedung. Mit dieser symbolischen Anerkennung könnte das Land Berlin beispielgebend sein (Leibniz-Sozietät, Gesellschaftswissenschaftliches Forum). In der Tat verhält es sich so, dass die allerwenigsten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in den 90er Jahren wegen IM-Tätigkeit oder mangelnder fachlicher Kompetenz die Ost-Berliner Hochschulen verlassen mussten. Vielmehr wurden sie im Zuge von Stellenabbau und flächendeckenden Stellenneubesetzungen (etwa weil sie in Neubesetzungsverfahren nicht auf den ersten Listenplatz kamen) in den Vorruhestand genötigt oder die Arbeitslosigkeit gedrängt.⁶¹ Durch Zeitablauf ist ein Großteil dieser ‚durch die Umstände‘ vorzeitig aus der Hochschule ausgeschiedenen ProfessorInnen und DozentInnen im Rentenalter angekommen. Da die Verbindungen zur früheren Hochschule häufig vollständig gekappt sind, kam an der 60- bzw. 65-Jahres-Schwelle in der Regel auch keinerlei angemessene In-Ruhestand-Versetzung zu Stande.
- Aus der spezifischen Perspektive der sog. ‚mittleren Generation‘ heraus wird die Anregung formuliert, dass der Wissenschaftssenator Mitglieder der Leibniz-Sozietät, die bislang keine Professur haben, zu Titular-Professoren ernennt (ISO). Das Anliegen erscheint vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Schwierigkeiten ostdeutscher SozialwissenschaftlerInnen, im kartellierten Wissenschaftsbetrieb auf Professuren zu gelangen, durchaus einleuchtend: Der Professorentitel ist nach wie vor mit einem hohen Sozialprestige verbunden, und im akademischen Betrieb spendet er symbolisches Kapital, das auf dem Wissenschaftsmarkt in ökonomisches Kapital umwandelbar sein kann. Für Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen kann dieses ökonomische Kapital gleichbedeutend sein mit der Chance, überhaupt weiter wissenschaftlich tätig sein zu können. Allerdings hat das Anliegen im derzeitigen Berliner Hochschulrecht keine Grundlage (vgl. BerlHG Abschn. 11 und 12). Die Möglichkeit der Berufung von Titular-Professoren und -Professorinnen setzte mithin Änderungen des Hochschulrechts voraus, die auch die Möglichkeit außerhochschulischer berufungsähnlicher Qualifikationsfeststellungsverfahren (Vorschlag von ISO: die Aufnahme in die Leibniz-Sozietät) vorsehen müsste. Dafür eine politische Mehrheit gewinnen zu können, erscheint unrealistisch – nicht zuletzt, da insbesondere das vorgeschlagene Qualifikationsfeststellungsverfahren das Land Berlin hochschulrechtlich bundesweit extrem isolieren würde.
- Die Leibniz-Sozietät schlägt desweiteren vor, dass der Senat von Berlin eine Analyse in Auftrag geben sollte, „die an den wichtigen auf Berliner Territorium befindlichen Wissen-

⁶⁰ Die traditionelle Emeritierung, d.h. Entpflichtung von HochschullehrerInnen unter Beibehaltung des Mitgliedsstatus an der Hochschule, ist eine auslaufende Regelung aus der Zeit vor dem Hochschulrahmengesetz. Das Berliner Hochschulrecht kennt diese folglich nicht mehr. HochschullehrerInnen werden statt dessen nach den Regelungen des Beamtenrechts pensioniert.

⁶¹ vgl. oben unter 3.1 den Exkurs „Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft“

schaftseinrichtungen die personelle Ost-West-Durchmischung und ihre Veränderung während der letzten zehn Jahre quantitativ ausweist“ und auf dieser Basis Empfehlungen einschließlich Instrumentarien zu deren Durchsetzung erarbeitet. Eine allgemeinere Forderung, deren Durchsetzung nicht weiter spezifiziert wird, ist die „Veränderung des ostfeindlichen Klimas in wissenschaftlichen Einrichtungen“ (VHW). Eine Bedingung für Maßnahmen in diese Richtung wäre die vorgeschlagene Analyse.

- Als Notwendigkeit wird es angesehen, die – sehr ungleich verteilten – Kosten des Vereinigungsprozesses bewusst zu halten und öffentlich zu diskutieren (Kocka). Hierfür könnte eine Untersuchung durchgeführt werden, die zentrale Elemente der Geschichte des Transformationsprozesses in der Berliner Wissenschaft skizziert und dabei sowohl seine positiven Ergebnisse würdigt als auch seine Defizite benennt. Eine solche Untersuchung sollte allerdings nicht allein vergangenheitsorientiert sein, sondern auf Wirkungen in Gegenwart und Zukunft zielen. So auch Jürgen Mittelstraß, der „eine erneute Betrachtung von Konzeptionen und Programmen, die nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten, bzw. eine Analyse von Folgen, die nicht beabsichtigt waren“, vorschlug (Mittelstraß 2002a:10).⁶²
- Ein ähnlicher Vorschlag geht dahin, eine „sachlich-kritische Untersuchung und Darstellung der DDR-Wissenschaftsgeschichte unter Einbeziehung von Beteiligten“ zu ermöglichen (Gesellschaftswissenschaftliches Forum). Das könnte auch ein Projekt zur Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte sein. In diese Richtung geht auch die Forderung nach der Sicherung des spezifisch DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes, etwa des Rudolf-Bahro-Archivs und des Wolfgang-Heise-Archivs (beide derzeit an der Humboldt-Universität).
- Erwartet wird, dass der Senat von Berlin eine Erklärung zu Verlauf und Ergebnissen des Vereinigungsprozesses in der Berliner Wissenschaft verabschiedet, so etwa vom VHW: „Der Berliner Senat möge als erste Regierung der neuen Bundesländer feststellen, dass den DDR-Wissenschaftlern im Vereinigungsprozeß Unrecht geschah“. Dies erscheint nicht realistisch: Es würde zum einen eine breite politische Akzeptanz des Anliegens voraussetzen. Zum anderen müssten der Senat und die ihn tragenden politischen Kräfte eine gemeinsame Position zur Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft entwickeln und formulieren können.
- Über das engere Feld der Wissenschaftsgeschichte hinaus wird es als misslich empfunden, dass die DDR-Geschichte insgesamt an den Berliner Hochschulen nur schwach verankert ist. Immerhin sei Ost-Berlin auch Hauptstadt des untergegangenen Staates gewesen, und z.B. für ausländische Studierende sei es nur schwer verständlich, an keiner der drei Uni-

⁶² Mittelstraß hatte auch direkt den Wissenschaftsrat angesprochen: Dieser „könnte ... durchaus noch einmal tätig werden, etwa so, daß er entweder selbst eine Arbeitsgruppe bildet, die der Entwicklung in den letzten 10 Jahren und einmal, insbesondere im Blick auf eingetretene ‚Verluste‘ und unbeabsichtigte Folgen, nachgeht oder ein entsprechendes Unternehmen in Projektform (etwa getragen durch eine sozialwissenschaftliche außeruniversitäre Forschungseinrichtung) anregt“ (2002a:10). Zur (abschlägigen) Reaktion des Wissenschaftsrates auf diese Anregung vgl. Einhäupl (2002).

versitäten ein komfortabel ausgestattetes Institut vorzufinden, das vorrangig oder ausschließlich Forschungen zur DDR betreibt und entsprechende Lehrangebote offeriert. Auch sollten Mittel für Sonderforschungsbereiche bereit gestellt werden, „in denen eine gründliche Aufarbeitung wichtiger, bislang nur unzureichend analysierter sozial-kultureller Einrichtungen der DDR erfolgen kann“ (Fritz Vilmar, ISO).

4.3 Handlungsempfehlungen

Die nachfolgenden Empfehlungen haben drei Adressaten:

- die Berliner Wissenschaftspolitik, d.h. den Senat von Berlin, insbesondere den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, sowie das Abgeordnetenhaus;
- die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin;
- die wissenschaftliche Gemeinschaft einschließlich der Forschungsförderorganisationen.

Tabelle 3 (siehe 4.3.5) ordnet die einzelnen Empfehlungen den Adressaten zu.

Die Empfehlungen sind nach ihrer inhaltlichen Zuordnung (K = Kompetenzen, A = Arbeits- und Lebensumstände, S = Symbolische und Anerkennungsprobleme) kodiert und durchnummeriert, um die Rückkopplung der resümierenden Tabellen unter Punkt 4.3.5.⁶³ in den Fließtext zu erleichtern.

4.3.1 Voraussetzungen der Empfehlungen und ihrer Umsetzung

Vorab ist auf drei grundsätzliche Punkte hinzuweisen, die vor dem Hintergrund zu berücksichtigen sind, dass die (Wissenschafts-)Politik in besonderer Weise initiativ auftreten muss, wenn einige der Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ gelöst werden sollen. Denn die meisten der Probleme sind so strukturiert, dass sie ohne politischen Anstoß keiner Lösung zugeführt werden:

(1) Wesentliche der hier verhandelten Probleme sind zwar auf die Modalitäten der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft in den 90er Jahren zurückzuführen. Sie sind jedoch nicht durch eine Umkehrung dieses Prozesses lösbar. Unabhängig davon, ob dies in Einzelfragen politisch wünschbar, rechtlich durchführbar und finanzierbar wäre: Die negativen Effekte wären voraussichtlich größer als die positiven, da die neuen Strukturen auf Grund der unterdessen abgelaufenen Zeit eigene funktionale Qualitäten gewonnen haben.

(2) Das Handeln der Berliner Wissenschaftspolitik hat bei den hier in Rede stehenden Problemen eine doppelte Relevanz. Es ist sowohl für die Stadt Berlin und deren innere Vereini-

⁶³ Tab. 3: Die Empfehlungen und ihre Adressaten; Tab. 4: Umschichtungserfordernisse im Wissenschaftshaushalt bei Umsetzung der an die Politik adressierten Empfehlungen; Tab. 5: Themen der Beratungen im Abstimmungsgremium

gung wichtig, wie es auch eine überlokale Bedeutung hat. Durch den Umstand, dass ca. 30% des DDR-Wissenschaftspotentials in Berlin konzentriert waren, ist dem Land Berlin eine größere Verantwortung als anderen ostdeutschen Bundesländern zugewachsen, mit der es umgehen muss.

Die Wissenschaftspolitik der 90er Jahre hat diese Verantwortung durchaus auch wahrgenommen, indem etwa zahlreiche Institutsum- und -neugründungen politisch durchgesetzt wurden oder für vormals im WIP Geförderte auch nach Auslaufen des WIP Anschlussmöglichkeiten gesichert wurden (wenn auch mit stetig abnehmender Fallzahl). Gleichzeitig indes wurde eine Reihe von Problemen produziert bzw. deren Entstehen nicht verhindert, so wenn bspw. zwölf Jahre lang für das ACA weder eine mittelfristige Finanzierungsperspektive noch eine Schließungsentscheidung zu Stande gekommen ist.

Die überlokale Bedeutung wissenschaftspolitischen Handelns in Berlin, soweit es Vereinigungsprobleme betrifft, ist vornehmlich im symbolischen Bereich angesiedelt. Die Berliner Wissenschaftspolitik muss entscheiden, ob sie gleichsam stellvertretend für die ostdeutsche Wissenschaft bestimmte Aktivitäten unternimmt, weil alle anderen ostdeutschen Ländern jedenfalls in geringerem Maße verpflichtet sind, diese zu unternehmen, da ihr Anteil an der wissenschaftlichen Erbmasse der DDR geringer war. Einige der nachfolgenden Empfehlungen müssen vor diesem Hintergrund gelesen werden.

(3) „Der Wissenschaftsstandort Berlin hat jetzt so viele Probleme, unter denen das hier diskutierte nur ein sehr kleines ist. Man muss das leider so sehen“ – so eine Interviewäußerung, die sich auf die Berliner Haushaltssituation bezog (Kocka). Dem ist nur schwer zu widersprechen. Es lässt sich allerdings auch umformulieren: Wenn ohnehin viele große Probleme zu bearbeiten sind, ließe sich durch nichts weiter als eine entsprechende Präzisierung des Handlungsprogramms auch die Lösung eines vergleichsweise kleinen Problems integrieren und gleichsam nebenher mit erledigen. Was heißt dies hinsichtlich der Berliner Haushaltssituation?

Völlig unabhängig von den Problemen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ erzwingt die Haushaltssituation eine Grundsatzentscheidung über die Struktur des Berliner Wissenschaftsetats. Dieser Etat ist durch die oben beschriebene Ungewöhnlichkeit gekennzeichnet, nahezu vollständig aus gebundenen Mitteln zu bestehen (siehe 4.3.1). Zugleich sind auf längere Sicht neuartige Zuflüsse aus externen Finanzquellen nicht zu erwarten. In einer solchen Situation sind wissenschaftspolitische Initiativmöglichkeiten, die Ressourceneinsatz erfordern, nur dadurch zu gewinnen, dass aus bislang gebundenen Mitteln disponible Mittel werden.

Die augenblickliche Situation der Berliner Wissenschaftspolitik hinsichtlich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten ist bundesweit ausgesprochen untypisch. Denn abseits von EU-Förder- und GA-Mitteln – die fortwährend das Problem der Gegenfinanzierungen aufwerfen – kann Wissenschaftsstrukturpolitik in Berlin allein dadurch stattfinden, dass mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Einvernehmen über eine einzige Frage hergestellt wird: Welche

Finanzierungen der vorhandenen Potentiale werden (a) nicht, (b) geringer, (c) stärker oder (d) vollständig gekürzt?

Profilbildungen und Innovationen unabhängig von institutionellen Egoismen sind aber allein dadurch realisierbar, dass die Wissenschaftspolitik Anreize setzen kann. Damit sie dies tun kann, wird es notwendig sein, aus dem gegebenen institutionell gebundenen Haushalt Mittel freizusetzen, um diese dann disponibel einsetzen zu können. Für die einzelnen Institutionen bedeutet dies zunächst, dass sich ohnehin zu bewältigende Kürzungen nochmals erhöhen. Jedoch entstehen für die einzelnen Institutionen damit zugleich die Chancen, durch Beteiligung an wissenschaftspolitisch initiierten Innovationen an den zu diesem Zweck verflüssigten Mitteln zu partizipieren.

Es geht also, um es praktisch zu formulieren, um die Bildung eines Innovationsfonds innerhalb des Wissenschaftshaushalts. Aus diesem ließen sich bspw. Anreize finanzieren, um die Berliner Universitäten in Einzelgebieten zu stärkerer Kooperation zu bewegen. Und in diesem Zusammenhang könnten dann auch Spezialmaßnahmen finanziert werden, die zur Lösung einiger der hier beschriebenen Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ führen.⁶⁴

Wird indes auf die Freisetzung von bislang gebundenen Mitteln des Wissenschaftsetats verzichtet, dann scheidet die Realisierung aller derjenigen nachfolgenden Empfehlungen aus, die zur Umsetzung – wenn auch in der Regel nur geringe – finanzielle Mittel benötigen (siehe 4.3.5, Tab. 4).

4.3.2 Empfehlungen zum Problemen unzulänglich genutzter Kompetenzen

Einerseits liegen bei zahlreichen Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Wissen und Forschungs-Knowhow mehr oder weniger brach – ‚mehr oder weniger‘ vornehmlich in Abhängigkeit davon, wieweit Ressourcenzugriff, etwa auf apparative Ausstattungen oder Reisemittel, benötigt wird. Andererseits wird auf Deutungskompetenz verzichtet, die genuin ostspezifisch ist: Deutungskompetenz in Bezug auf die Geschichte des sozialistischen Systems und der sozialistisch durchherrschten Gesellschaften, auf die heutige ostdeutsche Teilgesellschaft und in Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse. Dem abzu- helfen, kann – neben unten (4.3.3) formulierten Empfehlungen zur Verbesserung von Arbeitsmöglichkeiten – folgendes empfohlen werden:

⁶⁴ Dies wäre vergleichbar mit finanzbewehrten Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung: Bei allen Akzeptanzschwierigkeiten, die solche Maßnahmen in Zeiten angespannter öffentlicher Kassen haben, sind dennoch immer wieder einzelne Erfolge dergestalt zu verzeichnen, dass trotz Sparauflagen Umschichtungen innerhalb des verbleibenden Finanzvolumens zu Gunsten gleichstellungsfördernder Aktivitäten stattfinden.

K1. Senatsseitige Informationsoffensive zur Zweiten Wissenschaftskultur:

Grundlage für eine offensive Integration der Zweiten Wissenschaftskultur in die gesamtberliner Öffentlichkeit sind entsprechende Informationen. Daher wird vorgeschlagen, im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur gegenüber der Öffentlichkeit die Zweite Wissenschaftskultur als spezifischen, aber auch integrierten Bestandteil der Berliner Wissenschaftslandschaft zu dokumentieren und so der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Dies sollte auf zwei Wegen passieren:

- (a) Zum einen sollte analog zur Broschüre „Forschung in Berlin“ (Senatsverwaltung 1999), in der die öffentlich finanzierte Forschung vorgestellt wird, durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur ein entsprechendes *Kompendium zur Zweiten Wissenschaftskultur* publiziert werden.
- (b) Zum anderen sollte *auf der Website www.science.berlin.de ein Webauftritt der Zweiten Wissenschaftskultur* mit den Links zu den je eigenen Homepages integriert werden.
- (c) Ein solcher Web-Auftritt der Zweiten Wissenschaftskultur wiederum sollte verbunden werden mit einer *Literaturdatenbank* mit komfortablen Recherchemöglichkeiten, in der die Publikationen aus der Zweiten Wissenschaftskultur recherchiert werden können. Damit ließe sich das Problem, dass die dort produzierte „Graue Literatur“ unzulänglich bekannt ist und daher im Wissenschaftsbetrieb nur eingeschränkt wahrgenommen wird, wenigstens teilweise bearbeiten. Der finanzielle Aufwand für eine solche Lösung bliebe überschaubar, wenn lediglich die Datenbank mit entsprechender Eintragungs- und Suchmaske bereitgestellt und diese im übrigen mit einer Selbsteintragungsfunktion versehen wird. Für die Aktualisierung der Datenbank wären dann die Akteure Zweite Wissenschaftskultur eigenverantwortlich zuständig.

K2. Initiative des Wissenschaftssenators zur Bildung eines Abstimmungsgremiums aus Vertretern des Senats, der Universitäten, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale:

Dieses Gremium soll sich der Aufgabe widmen, die ehrenamtlichen wissenschaftlichen Kapazitäten wirksam in das Berliner Wissenschaftssystem zu integrieren und dazu ein entsprechendes Maßnahmenbündel vertraglich vereinbaren. Selbstredend kann ein solches Gremium nur dann zu Stande kommen, wenn die genannten Akteure sich freiwillig daran beteiligen, was wiederum voraussetzt, dass sie sich davon Vorteile versprechen können. Die Wahrnehmung solcher Vorteile wird freilich um so stärker ausfallen, je nachdrücklicher sich der Wissenschaftssenator für ein solches Gremium verwendet. Aufhänger der Initiative sollten die Problemdiagnosen sein, wie sie im Zusammenhang mit dem eingangs erwähnten „10 Jahre danach“-Symposium formuliert worden waren.⁶⁵

⁶⁵ zu den möglichen Themen der Beratungen siehe die Übersicht in Tab. 5 unter 4.3.5

K3. Erstellung eines Angebotskatalogs für Lehraufträge und die Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten durch nicht hauptamtlich an Hochschulen beschäftigte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

Ein solcher Angebotskatalog sollte im Rahmen des o.g. Abstimmungsgremiums zusammengestellt werden. Da es prinzipiell auch heute schon möglich ist, nebenberuflich oder ehrenamtlich Lehraufgaben wahrzunehmen, wären im weiteren spezifische Hürden (etwa solche der Kommunikation) zu klären und auszuräumen. Die Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten ergibt sich in der Regel aus Lehraufträgen, und auch hier sollten im Rahmen des Abstimmungsgremiums etwaige Hürden benannt und ausgeräumt werden.

K4. Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR-Geschichte in Forschung und Lehre durch einen institutionell wahrnehmbaren und auf diese Weise verstetigten Ort:

Ost-Berlin war Hauptstadt der untergegangenen DDR gewesen, und z.B. für ausländische Studierende ist es nur schwer verständlich, an keiner der drei Universitäten ein vergleichsweise komfortabel ausgestattetes Institut vorzufinden, das vorrangig oder ausschließlich Forschungen zur DDR betreibt und entsprechende Lehrangebote offeriert. Eine Neugründung lässt die gegebene Haushaltssituation kaum zu. Angesichts dessen wird vorgeschlagen, die einzige Institution, die aus Berliner öffentlichen Mitteln in diesem Bereich mitfinanziert wird, zumindest mittel-, möglichst langfristig abzusichern: den „Forschungsverbund SED-Staat“ an der Freien Universität. Um die Akzeptanz dieser Einrichtung und ihrer Entwicklung zu stärken, müsste sie zunächst von ihrer politisch umstrittenen Gründungsgeschichte befreit werden. Hierzu sollte eine Kommission eingesetzt werden, die in Auswertung der extensiven DDR-Forschung seit 1990 und ihrer Ergebnisse⁶⁶ eine zukunftsweisende Forschungsprogrammatische entwirft und eine interne Pluralisierung über totalitarismustheoretische Ansätze hinaus ermöglicht.

K5. Durchführung eines Kongresses, der sich der Sicherung ostdeutscher Deutungspotentiale widmet:

Dort müssten zum einen in fachlich überzeugender Weise diejenigen spezifischen Kompetenzen, die ostdeutsche WissenschaftlerInnen in fachliche und gesellschaftliche Debatten einzubringen haben, präsentiert werden. Zum anderen wären dort Strategien zu entwickeln und zu diskutieren, wie diese Deutungspotentiale gesichert werden können.

K6. Ausschreibung und regelmäßige Verleihung eines „Berliner Wolfgang-Heise-Preises für Beiträge zur Deutung sozialistischer und postsozialistischer Gesellschaften“:

Ein solcher Preis, verliehen durch den Senat von Berlin resp. den Wissenschaftssenator, hätte in der vormaligen Doppel-Frontstadt Berlin eine unmittelbare Plausibilität. Eine entsprechende Zusammensetzung der Jury böte die Chance, ein sichtbares Zeichen dafür zu setzen, dass in Berlin verschiedene Wissenschaftlermilieus miteinander kommunikationsfähig sind. Zu-

⁶⁶ vgl. die Bilanzierung in Eppelmann et al. (2003)

gleich ließe sich über die Zusammensetzung der Jury eine gleichgewichtige Aufmerksamkeit gegenüber potentiellen PreisträgerInnen jeglicher fachlicher, generationeller und regionaler Herkunft herstellen.

Die vorgeschlagene Namensgebung des Preises würde nicht allein das Andenken an denjenigen Kulturphilosophen – Professor an der Humboldt-Universität – wach halten, der nach Heiner Müller der wahrscheinlich einzige DDR-Philosoph sei, der es nicht verdient habe, „in der aktuellen Inszenierung des Vergessens zu versinken“. Die Namensgebung hätte auch sowohl ironischen Witz wie tiefere Bedeutung dadurch, dass Heise ein DDR-Philosoph war, dessen Deutungen der DDR-Gesellschaft in ausgreifenden kulturgeschichtlichen und ästhetischen Entwürfen und Texten versteckt waren, die das, was zu sagen war, in der Interpretation künstlerischer Verdichtung und historischer Entgrenzung kontextualisierte.

Der Preis sollte aus Akzeptanzgründen nicht völlig undotiert, müsste aber auch nicht mit einer exorbitanten Preissumme verbunden sein. 5000 Euro wären wohl ein angemessener und realisierbarer Kompromiss zwischen den Zwängen der Haushaltslage einerseits und dem Willen, dennoch politische Zeichen zu setzen, andererseits.

K7. Ergänzung der MOE-Initiative des Berliner Senats durch einen expliziten Strang „zivilgesellschaftliche Aktivitäten“:

Ausgehend davon, dass auch internationale Kontakthanbahnung und -pflege wesentlich über personengebundene Beziehungen läuft und dass nichtstaatliche Initiativen in der Regel eine höhere Flexibilität aufweisen als staatliche Apparate, sollten die Berliner MOE-Aktivitäten durch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure gestärkt werden. Hierbei handelt es sich im übrigen um einen der typischen Bereiche, in die heute trotz Haushaltskonsolidierung Mittel investiert werden müssen, wenn morgen Effekte eintreten sollen – welche dann, sofern erfolgreich, in einer Rendite-Betrachtung die heutigen Ausgaben einnahmenseitig weit übertreffen werden.

4.3.3 Empfehlungen zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände

Eine nachträgliche Korrektur der Ergebnisse der Übernahme des Hochschulpersonals ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Gleichwohl wäre es gewiss denkbar, über ein Sonderprogramm – und damit einen anderen als den nicht begehbaren rechtlichen Weg – korrigierende Maßnahmen zu initiieren. Die desolante Haushaltssituation des Landes Berlin wird allerdings die Auflage eines zielgerichteten Programms kaum zulassen. Die Berliner Anteile an überregional finanzierten Programmen wie dem HWP hingegen sind vollständig absorbiert durch die Absicherung des Ost-Berliner Personals, das bis 1996 im Rahmen des WIP gefördert worden war. Obgleich diese Antworten nicht befriedigen können, kann auch die Politik weder außerhalb des rechtlichen noch des Haushaltsrahmens handeln. Die erste der nachfolgenden Empfehlungen formuliert, was getan werden könnte, wenn der politische Gestaltungswille so intensiv ist, dass auch größere Verteilungskonflikte nicht gescheut werden. Die weiteren

Empfehlungen beziehen sich auf das, was unter weitgehender Vermeidung von Verteilungskonflikten und trotz des eng begrenzten rechtlichen und Haushaltsrahmens getan werden könnte:

A1. Einrichtung eines Stellenpools beim Wissenschaftssenator:

Unter der Voraussetzung, dass eine solche politische Problemsensitivität zu erzeugen ist, dass haushaltsinterne Umschichtungen in Höhe von minimal 2 Millionen, maximal 4 Millionen Euro möglich werden, wird die Einrichtung eines Stellenpools beim Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur empfohlen. Ein solcher Stellenpool wäre ein sehr deutlicher Beitrag zur Reparatur von Gerechtigkeitslücken, die durch die Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 90er Jahren gerissen worden waren. Aus diesem Stellenpool sollen Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zwischen 40 und 60 Jahre alt sind, befristete Stellen erhalten können. Die Verlängerung von Befristungen soll an die Einwerbung von Drittmitteln geknüpft werden. Die Stellen wären an Personen in einem wettbewerblichen Verfahren ohne institutionelle Bindung zu vergeben; gleichzeitig bestünde die Verpflichtung der StelleninhaberInnen, sich mit der Stelle an einer selbstgewählten Berliner Hochschule anzusiedeln. Der Stellenpool böte die Möglichkeit, die Realisierung mehrerer Anliegen zu bündeln: Es ließe sich damit etwas tun für die Re-Integration von Angehörigen der ‚übersprungenen Generation‘, die Sicherung ost-spezifischer Kompetenzen, die Stärkung eines neu organisierten „Forschungsverbunds DDR“ (bisläng „Forschungsverbund SED-Staat“) und die Kooperation von unabhängigen sozialwissenschaftlichen Instituten und Hochschulen etwa in An-Instituts-Konstruktionen.

A2. Die Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur ost-spezifischer Kompetenzen sichern:

Dies sollte zum einen Teil breiter angelegter wissenschaftspolitischer Strategien sein. So erscheint es aus übergreifenden Gründen als unabdingbar, über einen Innovationsfond den wissenschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zurückzugewinnen, der durch die gegenwärtige fast vollständige Bindung der Mittel des Berliner Wissenschaftshaushalts nicht vorhanden ist.

Zum anderen wird – neben der oben (4.3.2) angeregten Informationsoffensive – vorgeschlagen, eine Akkreditierungsliste der Zweiten Wissenschaftskultur beim Wissenschaftssenator zu führen, in der die entsprechenden Vereine und Institute sich eintragen lassen können. Ähnlich wie studentische Vereinigungen, die bei den jeweiligen Hochschulleitungen gemeldet sind, die Hochschulräumlichkeiten für ihre Veranstaltungen kostenfrei nutzen können, sollte es für die beim Wissenschaftssenator akkreditierten Vereine das Recht auf mietfreie Nutzung von Räumlichkeiten in öffentlich geförderten Berliner Wissenschaftseinrichtungen geben. Einzelheiten wären in dem oben (4.3.2) vorgeschlagenen Abstimmungsgremium zu vereinbaren.

A3. Die HWP-Förderung der früheren WIPianer auch in einer etwaigen nächsten HWP-Verlängerungsrunde sicherstellen bzw. im Rahmen der Vertragsverhandlungen mit den Hochschulen die verbliebenen WIPianer final absichern:

Innerhalb der Kürzungen, die den Hochschulen auferlegt sind, müssen Prioritäten gesetzt werden. Naturgemäß begünstigen diese Prioritätensetzungen einige und schlagen zum Nachteil anderer aus. Dabei erschiene es nicht nachvollziehbar, wenn die verbliebenen und im letzten Jahrzehnt beträchtlich gebeutelten WIPianer zu denjenigen gehören sollten, die von erzwungenen Prioritätensetzungen (erneut) negativ betroffen sind. Hier sollte ein positiver Schlussstrich gezogen werden, zumal die Alterspyramide des betreffenden Personenkreises verdeutlicht, dass die Ressourcenbindung überschaubare Zeiträume umfasst.

A4. Schaffung einer befristeten gesetzlichen Regelung, um Hausberufungen für verbliebene Problemfälle der Hochschulpersonalübernahme 1992-1994 zu ermöglichen:

Für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben an Fachhochschulen, die faktisch Professorentätigkeiten ausüben, und C2-besoldete ProfessorInnen an anderen Hochschulen, die auf Grund der Unsicherheiten der Personalübernahme Anfang der 90er Jahre nicht adäquat eingruppiert wurden, sollte eine befristete Hausberufungsmöglichkeit geschaffen werden. Das Problem zeichnet sich durch Überschaubarkeit aus, und die Lösung wären nahezu kostenneutral; die Stellen könnten personengebunden sein, so dass sie sich nach dem Ausscheiden der InhaberInnen wieder in die ursprüngliche Stellenkategorie zurückverwandeln ließen. Eine entsprechende Regelung müsste in das Berliner Hochschulgesetz eingefügt werden. Dafür könnte die ohnehin anstehende BerLHG-Novellierung genutzt werden.

A5. Weitergehende Untersuchung zur Präzisierung von Problembeschreibungen:

- (a) *zur sog. Mittleren Generation bzw. „übersprungenen Generation“:* In Berlin sind noch ca. 60 Personen wissenschaftlich tätig, deren Situation durch die spezifischen Betroffenheiten der ‚mittleren Generation‘ gekennzeichnet ist – also derjenigen, die in prekären Positionen im Wissenschaftssystem geblieben sind, denen aber ohne eigenes Verschulden die Einmündung in typische westdeutsche Karrierepfade versagt geblieben ist.
- (b) *Zu Ost-West-Aspekten:* Untersuchung, inwieweit es strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost und West bei Stellenbesetzungen gibt. Das Problem ist bislang nicht hinreichend analysiert; es gibt hierzu nur mehr oder weniger plausible Hypothesen.⁶⁷ Verbunden werden sollte eine solche Analyse mit der empirischen Erfassung der ost-west-spezifischen Besetzungen von Positionen der funktionalen Wissenschaftselite (Professuren, Institutsdirektionen, Abteilungsleitungen usw.).

Gegenstand des Untersuchungsauftrages sollte hierbei auch sein, dass eine Bedingungsanalyse und ein Handlungsprogramm entworfen wird, wie identifizierte Probleme politisch und innerwissenschaftlich bearbeitet werden könnten. Die fachlich besten Voraussetzungen für eine

⁶⁷ Systematische Ansätze liefert hier lediglich die qualitative Untersuchung von Zimmermann (2000), die das Problem in geschlechtsspezifischer Perspektive analysiert.

solche Untersuchung hat in Berlin das WZB, weshalb sich dessen Beauftragung anböte, zumal es nachdrücklich bekundet hat, an der Durchführung derartiger Studien interessiert zu sein.⁶⁸

A6. Sockelfinanzierung unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute:

Für einen Teil der zweiten Wissenschaftskultur, nämlich die als Vereine organisierten sozialwissenschaftlichen Institute, wird ein Programm zur Sockelfinanzierung empfohlen, um Chancengleichheit mit anderen Anbietern sozialwissenschaftlicher Forschungsleistungen herzustellen. Diese Chancengleichheit bezieht sich vornehmlich darauf, dass Projektentwicklungen finanziert werden müssen, *bevor* Projekte beantragt und dann ggf. bewilligt werden können.

Im Rahmen eines solchen Programms sollen die unabhängigen Institute eine Sockelfinanzierung in Höhe von 20% der eingeworbenen Projektmittel bekommen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass das Verfahren strikt wettbewerblich ist: Es wäre an den Erfolg auf dem Drittmittelmarkt gebunden. Es müsste auch nicht regional eingegrenzt sein, sondern könnte für vergleichbar außerhalb der etablierten Wissenschaftsstrukturen agierende Institute mit West-Berliner Hintergrund ebenso zugänglich sein. Zudem würde keine zusätzliche Bewertung der Institute benötigt, da für das Einwerben der zu Grunde gelegten Drittmittel bereits solche Verfahren durchlaufen wurden.

Finanziell benötigt ein solches Programm vergleichsweise – vor dem Hintergrund des Gesamtwissenschaftshaushalts und den zu erzielenden Effekten – überschaubare Beträge: 500.000 € pro Jahr würden sicherstellen, dass 10 und 15 Institute in der beschriebenen Weise gefördert werden können. Das finanzielle Programmvolumen müsste gedeckelt sein, so dass bei etwaiger Zunahme der teilnahmeberechtigten Institute ggf. der Prozentsatz der Sockelfinanzierung unter die vorgeschlagenen 20% abzusenken wäre.

A7. Anbindungen ausgewählter unabhängiger Institute an Hochschulen in Form von An-Instituten:

Es sollte einer der Beratungsgegenstände in dem oben angeregten Abstimmungsgremium zwischen Senatsverwaltung, wissenschaftlichen Einrichtungen und Zweiter Wissenschaftskultur sein, die Bedingungen zu eruieren, welche der unabhängig operierenden Institute als An-Institute den Hochschulen assoziiert werden könnten. Kosten verursacht dies nicht, gibt aber den Instituten die Möglichkeit, am Image und der Infrastruktur (etwa Nutzung des Intra- und des Internets) der Hochschule zu partizipieren. Auch eine Integration in den Lehrbetrieb ist aus einer An-Instituts-Position leichter.

⁶⁸ vgl. *Berliner Zeitung*, 19.9.2003

A8. Verstetigung einer Förderung der Leibniz-Sozietät:

Die Leibniz-Sozietät ist die größte Einrichtung der Zweiten Wissenschaftskultur und verfügt durch ihre Neuaufnahmen – mehr als die Hälfte ihrer heutigen Mitglieder gehörten nicht der seinerzeitigen AdW-Gelehrtengesellschaft an – über intensive personelle Verbindungen in die ‚erste Wissenschaftskultur‘. Soweit keine disponiblen Mittel im Haushalt dafür vorhanden ist, erscheint es – da die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die Leibniz-Sozietät aus der selben Quelle stammen, nämlich der Preußischen resp. DDR-Akademie – sachlich richtig, von den fünf Millionen Euro, die Berlin zum Acht-Millionen-Euro-Etat der BBAW beiträgt, die vergleichsweise bescheidene Summe von 30.000 € für die Schließung einer einigungsbedingten Gerechtigkeitslücke zu verwenden.⁶⁹ Inhaltlicher Zweck der Förderung sollte es sein, das zu sichern, was nur durch eine Unterstützung der Leibniz-Sozietät zu sichern ist: die auf authentischer Innenkenntnis beruhende Dokumentation und analytische Aufbereitung von DDR-Akademie- und -Wissenschaftsgeschichte.

A9. Synchronisierung von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, um Forschungsunternehmen in der Anlaufphase eine Finanzierung zu sichern, die den Markterfolg nicht durch zeitweilige Unterkapitalisierung verhindert:

Diese Empfehlung wird vor dem Hintergrund gegeben, dass die Ausgründung von Forschungsunternehmen für Ost-Berliner WissenschaftlerInnen häufig eine naheliegende Möglichkeit der gleichzeitigen Knowhow-Anwendung und Existenzsicherung ist, dass die Einführung neuer Produkte häufig länger dauert als in bisherigen Förderprogrammen veranschlagt, und dass erfolgversprechende unternehmerische Aktivitäten nicht an fehlenden Überbrückungsfinanzierungen scheitern sollten.

4.3.4 Empfehlungen zu symbolischen und Anerkennungsproblemen

Symbolische und Anerkennungsprobleme der Ost-Berliner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssten – auf Grund ihres vornehmlich symbolischen und weniger finanzintensiven Charakters – noch am ehesten umsetzbar sein, jedenfalls aus der Perspektive der Politik. Schwieriger mag sich die Mitwirkungsbereitschaft bei einzelnen Akteuren gestalten, etwa wenn es darum geht, eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen früheren und heutigen Angehörigen eines Hochschulinstituts zu organisieren. Hier wird eine moderierende Funktion der Senatswissenschaftsverwaltung von Nöten sein. Empfohlen wird:

⁶⁹ Durch die Brandenburger Mitfinanzierung der Akademie und die dann automatische Zuschussminderung auch durch das Land Brandenburg ergäbe sich ein Realverlust von ca. 50.000 € für die BBAW.

S1. Nachträgliche Verabschiedung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die neuordnungsbedingt vorzeitig aus dem Hochschulleben ausgeschieden sind:

Die allerwenigsten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer haben in den 90er Jahren wegen IM-Tätigkeit oder mangelnder fachlicher Kompetenz die Ost-Berliner Hochschulen verlassen. Vielmehr wurden sie im Zuge von Stellenabbau und flächendeckenden Stellenneubesetzungen (etwa weil sie in Neubesetzungsverfahren nicht auf den ersten, sondern ‚nur‘ auf den zweiten Listenplatz kamen) in den Vorruhestand genötigt oder in die Arbeitslosigkeit entlassen. Durch Zeitablauf ist ein Großteil dieser ‚durch die Umstände‘ vorzeitig aus der Hochschule ausgeschiedenen ProfessorInnen und DozentInnen im Rentenalter angekommen. Da die Verbindungen zur früheren Hochschule häufig vollständig gekappt sind, kam an der 60- bzw. 65-Jahres-Schwelle in der Regel auch keinerlei angemessene In-Ruhestands-Versetzung zu Stande. Dies sollte der Wissenschaftssenator durch eine entsprechende Veranstaltung symbolisch nachholen.

S2. Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Berliner Hochschulen und ihren früheren Angehörigen, die im Zuge der 90er-Jahre-Neuordnung die Hochschulen verlassen mussten:

Eine Reihe von Hochschulen bzw. Hochschulinstituten hat noch nicht (wieder) zu einem entkrampften Umgang und Kontakt mit ihren früheren Angehörigen gefunden. Da der größte Teil des heute an den Hochschulen tätigen Personals die seinerzeitigen Entwicklungen nicht mitgestaltet hat, entspringt die Kontaktlosigkeit häufig schlichter Unkenntnis, nicht zuletzt Unkenntnis darüber, dass der Vorruhestand in den 90er Jahren größtenteils den Stellenreduzierungen geschuldet war. Hier knüpft die Anregung an, seitens der Institute und Fachbereiche den Kontakt zu früheren Angehörigen zu suchen. Diese sollten genauso wie andere, in Folge ‚normaler‘ Pensionierung im Ruhestand befindliche HochschullehrerInnen auch in das Instituts- bzw. Fachbereichsleben einbezogen werden. Insbesondere Einladungen zu Tagungen und akademischen Festakten sollten selbstverständlich sein. Nahe läge auch die Einbindung in historiografische Aktivitäten zur Hochschul- bzw. Institutsgeschichte. Keine Probleme sollte es verursachen, dass frühere, heute verrentete Institutsangehörige über das Institut von außen kontaktiert werden können, also eingehende Briefe und Telefonate an sie weitergeleitet werden. Ebenso wäre es eine angemessene Geste, wenn die früheren Angehörigen Instituts-eMail-Adressen erhalten können.

S3. Sicherung des spezifisch DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:

(a) *Erarbeitung einer Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte:* Ein solches Projekt erscheint insofern als naheliegend, als der heutige Charakter Berlins als hochverdichteter Wissenschaftsstandort vornehmlich aus der Parallel-Entwicklung West- und Ost-Berlins resultiert. Zugleich könnten damit die immanenten Grenzen rein institutionell ausgerichteter Universitätshistoriografie – durchaus auch exemplarisch – aufgebrochen wer-

den. Der Umstand, dass es an der Humboldt-Universität eine Professur für Universitätsgeschichte gibt, könnte ein solches Projekt zusätzlich befördern.

- (b) *Erhalt und Sicherung von Archiven:* Dieser Vorschlag zielt vorrangig darauf, das Rudolf-Bahro-Archiv und das Wolfgang-Heise-Archiv, beide derzeit an der Humboldt-Universität, langfristig abzusichern. In Zeiten von Einsparungen benötigen solche Projekte ausdrückliche Protektion, um nicht gleichsam ‚aus Versehen‘, nämlich auf Grund einer im Vergleich zu anderen Anliegen schwachen Lobby, in den Kürzungsstrudel zu geraten. Gegebenenfalls erscheint auch eine Übernahme der beiden Archive durch das Archiv der BBAW als Option, um die sachgerechte Sicherung, Aufbereitung und Bereitstellung zu gewährleisten.

S4. Wissenschaftliche Dokumentation und Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren:

Die als Bestandteil der ostdeutschen Wissenschaftstransformation sich vollziehende Neuordnung in Ost-Berlin war sowohl in struktureller, inhaltlicher wie personeller Hinsicht ein Umgestaltungsvorgang, für den es kaum einen adäquaten Vergleichsfall gibt. Dieser Prozess ist bislang nur in Einzelaspekten bzw. in Bezug auf einzelne Institutionen beschrieben und analysiert worden. Es erscheint dem Ziel, die innere Einheit der Stadt auch auf die verschiedenen Wissenschaftlertmilieus zu erstrecken, außerordentlich dienlich, eine entsprechende Gesamtdokumentation und -analyse zu erarbeiten. Eine solche Untersuchung sollte unter Anhörung aller Beteiligten zu Stande kommen, die zentralen Elemente der Geschichte des Transformationsprozesses in der Berliner Wissenschaft skizzieren und dabei mit Hilfe einer präzisen Kosten-Nutzen-Betrachtung sowohl die positiven Ergebnisse würdigen wie auch die Defizite benennen. Im Rahmen des o.g. (3.3.2) Abstimmungsgremiums könnte geklärt werden, wer die Initiative für eine solche Analyse übernimmt bzw. ggf. einen entsprechenden Auftrag erteilt.

4.3.5 Zusammenfassungen

Nachfolgend werden die unter 4.3.2-4.3.4 entwickelten Empfehlungen in Stichworten zusammengefasst und ihren jeweiligen Adressaten zugeordnet. Einzelne Empfehlungen richten sich an mehrere Adressaten und sind dementsprechend mehrfach verzeichnet.

Empfehlungsadressaten	Problemgruppen		
	unzulänglich genutzte Kompetenzen	Arbeits- und Lebensumstände	symbolische und Anerkennungsprobleme
Politik	<p>K1. Informationsoffensive zur Zweiten Wissenschaftskultur:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kompendium zur Zweiten Wissenschaftskultur, • integrierter Webauftritt bei www.science.berlin.de, • Literaturdatenbank <p>K2. Abstimmungsgremium zwischen etablierten Institutionen und Zweiter Wissenschaftskultur</p> <p>K4. Institutionelle Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre</p> <p>K6. Ausschreibung eines Preises für Beiträge zur Deutung sozialistischer und post-sozialistischer Gesellschaften</p> <p>K7. Ergänzung der Berliner MOE-Initiative um Strang „Zivilgesellschaftliche Aktivitäten“</p>	<p>A1. Stellenpool beim Wissenschaftssenator</p> <p>A2. Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur spezifischer Kompetenzen sichern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Innovationsfond • Akkreditierung beim Wissenschaftssenator mit Recht zur Ressourcennutzung <p>A3. Förderung der ehemaligen WIPianer final sichern</p> <p>A4. Befristete gesetzliche Regelung zu Hausberufungen für verbliebene Problemfälle der Hochschulpersonalübernahme 1992-1994</p> <p>A5. Untersuchungsauftrag:</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur ‚mittleren Generation‘ • zu Ost-West-Aspekten (Stellenbesetzungen, Elitenverteilung) <p>A6. Programm zur drittmittelabhängigen Sockelfinanzierung unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute</p> <p>A8. Verstetigung einer Förderung der Leibniz-Sozietät</p> <p>A9. Synchronisierung von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung bzgl. ausgegründeter Forschungsunternehmen</p>	<p>S1. Nachträgliche Verabschiedung von Ost-Berliner Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern in den Ruhestand</p> <p>S3. Ggf. politische Initiativen zur Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, • Bahro- und Heise-Archiv an der HU <p>S4. Ggf. Untersuchungsauftrag: Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren</p>
Hochschulen und Forschungsinstitute	<p>K2. Abstimmungsgremium zwischen etablierten Institutionen und Zweiter Wissenschaftskultur</p> <p>K3. Angebotskatalog für Lehraufträge und Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten durch nicht hauptamtlich tätige WissenschaftlerInnen</p> <p>K4. Institutionelle Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre</p>	<p>A7. An-Instituts-Lösungen für ausgewählte Institute der Zweiten Wissenschaftskultur</p>	<p>S2. Neugestaltung der Beziehungen zwischen Ost-Berliner Hochschulen und ihren früheren Angehörigen</p> <p>S3. Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, • Bahro- und Heise-Archiv an der HU <p>S4. Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren</p>
Wissenschaftliche Gemeinschaft und Forschungsförderer	<p>K5. Kongress zur Sicherung ost-deutscher Deutungspotentiale</p>		<p>S3. Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, <p>S4. Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren</p>

Tab. 3: Übersicht: Die Empfehlungen und ihre Adressaten

Tab. 4 sortiert die an die Politik adressierten Empfehlungen danach, wie weit ihre Umsetzung den Einsatz von Haushaltsmitteln erfordern würde:

hoch	mittel	gering	keine
<p>A1. Stellenpool beim Wissenschaftssenator</p> <p>A2. Innovationsfond</p> <p>A6. Programm zur drittmitelabhängigen Sockelfinanzierung unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute</p>	<p>A5. Untersuchungsauftrag:</p> <ul style="list-style-type: none"> zur ‚mittleren Generation‘ zu Ost-West-Aspekten (Stellenbesetzungen, Elitenverteilung) <p>S4. Ggf. Untersuchungsauftrag: Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren</p> <p>A8. Verstetigung einer Förderung der Leibniz-Sozietät</p>	<p>K1. Informationsoffensive zur Zweiten Wissenschaftskultur:</p> <ul style="list-style-type: none"> Kompodium zur Zweiten Wissenschaftskultur, integrierter Webauftritt bei www.science.berlin.de, Literaturdatenbank <p>K6. Ausschreibung eines Preises für Beiträge zur Deutung sozialistischer und postsozialistischer Gesellschaften</p> <p>A9. Synchronisierung von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung bzgl. ausgegründeter Forschungsunternehmen</p>	<p>S1. Nachträgliche Verabschiedung von Ost-Berliner Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern in den Ruhestand</p> <p>A2. Akkreditierung von Einrichtungen der Zweiten Wissenschaftskultur beim Wissenschaftssenator mit Recht zur Ressourcennutzung</p> <p>A3. politische Initiative zur finalen Sicherung der Förderung der ehemaligen WIPianer</p> <p>A4. Befristete gesetzliche Regelung zu Hausberufungen für verbliebene Problemfälle der Hochschulpersonalübernahme 1992-1994</p> <p>K2. Abstimmungsgremium zwischen etablierten Institutionen und Zweiter Wissenschaftskultur</p> <p>K4. politische Initiative zur institutionellen Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre</p> <p>S3. Ggf. politische Initiativen zur Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:</p> <ul style="list-style-type: none"> Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, Bahro- und Heise-Archiv an der HU <p>K7. Ergänzung der Berliner MOE-Initiative um Strang „Zivilgesellschaftliche Aktivitäten“</p>

Tab. 4: Umschichtungserfordernisse im Wissenschaftshaushalt bei Umsetzung der an die Politik adressierten Empfehlungen

Tab. 5 fasst die Gegenstände zusammen, die in dem vorgeschlagenen Abstimmungsgremium aus Vertretern des Senats, der Universitäten, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale behandelt werden sollten:

unzulänglich genutzte Kompetenzen	Arbeits- und Lebensumstände	symbolische und Anerkennungsprobleme
<p>K4. Institutionelle Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre</p> <p>K3. Angebotskatalog für Lehraufträge und Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten durch nicht hauptamtlich tätige WissenschaftlerInnen</p>	<p>A1. Stellenpool beim Wissenschaftssenator</p> <p>A2. Akkreditierung von Einrichtungen der Zweiten Wissenschaftskultur beim Wissenschaftssenator mit Recht zur Ressourcennutzung</p> <p>A3. Förderung der ehemaligen WIPianer final sichern</p> <p>A7. An-Instituts-Lösungen für ausgewählte Institute der Zweiten Wissenschaftskultur</p>	<p>S4. Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren</p> <p>S3. Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:</p> <ul style="list-style-type: none"> Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, Bahro- und Heise-Archiv an der HU <p>S2. Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Ost-Berliner Hochschulen und ihren früheren Angehörigen</p>

Tab. 5: Themen der Beratungen im Abstimmungsgremium

Literatur

- Abbott, Alison (1999): Tough measures bring a scarred back to the world stage, in: *Nature* 401 (1999), S. 635-639.
- Anzeige [o.T.] in: *Frankfurter Rundschau*, 11.9.2002, S.11.
- Baltes, Paul B. (2003): Grußworte und Laudatio für Friedhart Klix, in: *Leibniz intern* Nr. 16/15.1.2003, S. 6f.
- Berger, Stefan (2002): Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11/2002, S. 1016-1034.
- BerlinStudie (2000) = Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei (Hg.): Die BerlinStudie. Strategien für die Stadt, Regioverlag, Berlin.
- Bierwisch, Manfred (1998): Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Versuch einer Bilanz, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung*, Berlin, S. 485-507.
- Bollinger, Stefan (2002): Die Übersprungenen, in: ders./U. v. d. Heyden (Hg.), *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*, Berlin, S. 11-13.
- (2003): Grundsatzentscheidung gegen Intellektuelle. Deutschland braucht die ostdeutschen SozialwissenschaftlerInnen, in: *Forum Wissenschaft* 1/2003, S. 51-55.
- /Ulrich van der Heyden (Hg.) (2002): *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*, trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin.
- /—/Mario Keßler (2000): Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 195-203.
- Böttcher-Ilal, Tatjana (1998): Identitäten im Umbruch. Eine empirische Untersuchung zu Voraussetzungen der sozialen Interaktion zwischen ost- und westdeutschen Professoren an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II Berlin, unveröff.
- Brentjes, Sonja/Peer Pasternack (1994): Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost* 4/1994, S. 28-43.
- Bretschneider, Falk/Peer Pasternack (Hg.) (1999): *Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen*, Leipzig.
- Buck-Bechler, Getraude/Heidrun Jahn (1992): Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Situationsbericht, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1995): „Besser als befürchtet – schlechter als erhofft“. Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost* 2/1995, S. 107-121.
- (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg.
- (2000): Wissenschaftlerinnen – Stiefkinder der ostdeutschen Hochschulerneuerung?, in: Beate Kraus (Hg.), *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*, Frankfurt/New York, S. 171-194.
- Bürklin, Wilhelm/Hilke Rebenstorf (Hg.) (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Leske + Budrich, Opladen.
- Ciesla, Burghard/Rainer Karlsch (2003): „Traditionslinien“. Kontinuität und Brüche in der jüngeren Adlershofer Geschichte/Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: *Adlershof Aktuell* Jan./Febr. 2003, S. 6; März 2003, S. 13; April 2003, S. 11.
- Daxner, Michael (1992): [Schreiben] An das Abgeordnetenhaus von Berlin, Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Oldenburg, 29.4.1992, unveröff.
- DFG = Deutsche Forschungsgemeinschaft (2003): Förder-Ranking 2003. Institutionen – Regionen – Netzwerke. DFG-Bewilligungen und weitere Basisdaten öffentlich geförderter Forschung, Bonn (URL: www.dfg.de/ranking).
- Eichhorn, Wolfgang (2003): Bericht des Präsidiums [der Leibniz-Sozietät] an die Geschäftssitzung. Auszüge, in: *Leibniz intern* Nr. 17/5.4.2003, S. 3-5.

- Einführung (2001), in: Jahresbericht 2001 der Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin, hrsg. vom Vorstand des Vereins Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin, Berlin, S. 9-13.
- Einhäupl, Karl Max (2002): Antwort des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates auf eine Anfrage von „Leibniz Intern“, Köln, 5.12.2002, dok. in: *Leibniz Intern* 16/15.1.2003, S. 11.
- Eppelmann, Rainer/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hg.) (2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn.
- Flemming, Bert (1995): Bericht über die Arbeit des Ehrenausschusses, in: *Humboldt Universität* 8-1994/95, 9.6.1995, S. 3.
- Flierl, Thomas (Iv.) (2003): Mit Sympathie, aber ohne Aussicht auf Förderung. Ost-West-Kommission in der Warteschleife. Interview mit dem Berliner Wissenschaftssenator, in: *Leibniz intern* 19/2003, S. 17.
- (2003a): Begrüßungsworte an die TeilnehmerInnen des Rundtischgesprächs „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“, Berlin, 28.10.2003, unveröff.
- Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler/Netzwerk Wissenschaft (Hg.) (1992): Informationen über Vereine und Projekte, Berlin.
- Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (1993): Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin.
- GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.) (1995): Projekte und Leistungen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms. Vorgestellt anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des WIP-Rates „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5. Dezember 1995 im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin, Frankfurt a.M.
- Gilbert, Lutz (2000): Zu Arno Hecht: „Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländern“, hso 1-2/2000, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 307-309.
- Gräfe, Sebastian/Peer Pasternack (Hg.) (2001): Abweichungen. Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft, Leipzig.
- Hall, Karl-Heinrich (1994): Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: R. Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a.M./New York, S. 165-189.
- Hecht, Arno (2000): Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 210-221.
- (2002): Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Verlag Faber & Faber, Leipzig.
- Heyden, Ulrich van der (2002): Was ist zu tun? Möglichkeiten der Re-Integration ostdeutscher Geisteswissenschaftler, in: St. Bollinger/U. v. d. Heyden (Hg.), *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*, Berlin, S. 245-253.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (1992): Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln.
- Kaschuba, Wolfgang (1993): Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin, S. 255-301.
- Kehm, Barbara M./Peer Pasternack (2001): Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels, Beltz Verlag, Weinheim/Basel.
- Koalitionsvereinbarung (2002) = Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006, Berlin.
- Kocka, Jürgen (1998): Einleitung, in: ders./R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung*, Berlin, S. 7-19.
- (Hg.) (2002): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990*, hrsg. unt. Mitarb. v. Peter Nötzoldt und Peter Th. Walter, Akademie-Verlag, Berlin.
- /Renate Mayntz (Hg.) (1998): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Akademie-Verlag, Berlin.
- Kolbe, Peter (2000): Schreiben an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, 14.6.2003, unveröff.
- Kollmorgen, Raj (1995): Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost* 5-6/1995, S. 9-23.

- Kreckel, Reinhard (1995): Soziologie an den ostdeutschen Universitäten. Abbau und Neubeginn, in: B. Schäfers (Hg.), *Soziologie in Deutschland*, Opladen, S. 219-236.
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: R. Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a.M./New York, S. 205-225.
- Land, Rainer/Rolf Reißig (1998): Rundbrief an die betroffenen ostdeutschen Institute vom 23.11.98, unveröff.
- Lang, Sabine/Birgit Sauer (Hg.) (1997): *Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin*, Frankfurt a. M./New York.
- Leibniz-Sozietät (2003): Gelehrtensozietät wurde durch Einigungsvertrag nicht aufgelöst. Präsidium der Leibniz-Sozietät zum Gutachten zu Art. 38 (2) EV, in: *Leibniz intern* 16, S. 2.
- Lewin, Dirk (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- Lohr, K./D. Simon/V. Sparschuh/St. Wilsdorf (1996): Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem „freien Markt“? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 2/1996, S. 100-121.
- Lommatzsch, Klaus (Iv.) (1992): Ein Schritt zur inneren Erneuerung. Interview mit dem Vorsitzenden der Anhörungskommission, in: *Humboldt Universität 2-1992/93*, 9.12.1992, S. 6.
- (1992a): Übersicht über die Tätigkeit der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin (14. Juli 1992), in: *Humboldt Universität 2-1992/93*, 9.12.1992, S. 6.
- Mählert, Ulrich (2002) (Hg.): *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, Ch. Links Verlag, Berlin.
- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*, Frankfurt a. M./New York.
- (1994a): Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies. (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a.M./New York, S. 283-312.
- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- (2001): Wissenschaft in Ostdeutschland. Eine ambivalente Zwischenbilanz des deutsch-deutschen Einigungsprozesses nach 10 Jahren, in: F. Bretschneider/G. Köhler (Hg.), *Autonomie oder Anpassung? Die Dokumentation der 20. GEW-Sommerschule*, Frankfurt a.M./Paris, S. 249-274.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Meyer, Hans Joachim (1993): Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 296-298.
- Mittelstraß, Jürgen (2002): Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* (Hg.), *10 Jahre danach*, Essen, S. 29-32.
- (2002a) (Iv.): „Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ...“, in: *Leibniz intern* Nr. 12, 30.4.2002, S. 10f.
- Nature (1994) = German academics find career boost in east, in: *Nature* 370 (1994), S. 240.
- Naumann, Manfred (2002): Kommentar zum Beitrag von Peter Th. Walther, in: J. Kocka (Hg.), *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990*, Berlin, S. 133-137.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993, in: Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a. M., S. 33-60.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 133-148.
- (1997): Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulerneuerung, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 247-255.
- Nowak, Kurt (1991): Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, S. 371-381.
- Olbertz, Jan (1992): Standpunkte zur Personalerneuerung, in: G. Buck-Bechler/H. Jahn, *Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern*, Berlin, 28f.
- Ordnung der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin, o.J. [1991], S. 0, unveröff.

- Ostdeutsches Memorandum (1993), dokumentiert in: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde: Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin, S. 10.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Universitätsverlag Leipzig, Leipzig.
- (1996a): Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: *Deutschland Archiv* 3/1996, S. 371-380.
- (1996b): Osthochschulen. Eine Wegbeschreibung mit kurzweiligen Abschweifungen, in: *Prokla* 104=3/1996, S. 357-369.
- (1997): Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 214-246.
- (1997a): Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 116-143.
- (Hg.) (1998): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (=hochschule ost special), Leipzig.
- (1998a): Demokratische Erneuerung und Kolonialisierung. Prüfung zweier Klischees, in: A. Söllner/R. Walkenhaus (Hg.), Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern, Opladen/Wiesbaden, S. 146-173.
- (1999): Die demokratische Qualität der demokratischen Erneuerung. Humboldt-Universität zu Berlin und (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989-1995, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 2, S. 95-120.
- (1999a): Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- (1999b): „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- (1999c): Der Umbau des ostdeutschen Hochschulsystems 1989ff. Literaturfeld und Forschungsstand, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 2, S. 231-237.
- (2001): Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, in: ders. (Hg.), DDR-bezogene Hochschulforschung, Weinheim/Basel, S. 219-238.
- (Hg.) (2001a): DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg, Beltz Verlag, Weinheim/Basel.
- (2001b): Innerdeutsche Beziehungen. Ost und West an den Ost-Hochschulen, in: S. Gräfe/P. Pasternack (Hg.), Abweichungen. Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft, Leipzig, S. 114-143.
- (2001c): Der ostdeutsche Transformationsfall. Hochschulerneuerung als Geschichte einer Komplexitätsreduktion, in: B. M. Kehm/P. Pasternack, Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem, Weinheim/Basel, S. 33-64.
- (2001d): Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern. Die geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft in der DDR und in Ostdeutschland nach 1989, in: ders. (Hg.), DDR-bezogene Hochschulforschung, Weinheim/Basel, S. 141-180.
- (2001e): Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990 – 2000. Unter Mitarb. v. A. Glück, J. Hüttmann, D. Lewin, S. Schmid und K. Schulze. HoF Wittenberg, Wittenberg.
- (2002): Grußwort zum Leibniz-Tag, in: *Leibniz intern* Nr. 14, 15.8.2002, S. 1-2.
- (2002a): Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“, veranstaltet am 30.11./1.12.2002 von der Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), Wortprotokoll, unveröff.
- (2004): Wozu die DDR lehren?, in: J. Hüttmann/U. Mählert/P. Pasternack (Hg.), DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Hochschullehre, Unterricht und politischer Bildung [im Ersch.].
- Pfeiffer, Christian (1999): Untertanengeist zählte mehr als Individualität, URL: <http://home.t-online.de/Gplatzdasch/nd04.htm> (Zugriff: 24.2.2003).
- Podiumsdiskussion (2002) = Vergangenheit und Zukunft der Wissenschaftsakademie. Ein Blick ins 21. Jahrhundert, in: J. Kocka (Hg.), Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin, S. 341-361.

- Raiser, Thomas (1998): Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994, Berlin Verlag Arno Spitz/Nomos Verlag, Berlin/Baden-Baden.
- Reinschke, Kurt (1992) (Iv.): Selbsterneuerung ist unvorstellbar, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.), Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln, S. 68-77.
- Richter, Edelbert/Joachim Wipperfürth (o.J. [1992]): Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern, o.O. [Strasbourg].
- Rüttgers, Jürgen (1996): Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind im überall im Kommen, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 182-186.
- Schäfers, Bernhard (Hg.) (1995): Soziologie in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen.
- Schimank, Uwe (1994): Die Rolle der Westdeutschen Rektorenkonferenz/Hochschulrektorenkonferenz bei der Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen, in: R. Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt a.M./New York, S. 259-281.
- Schlögel, Karl (2003): Wie man einen Plan erfüllt und dabei die Geschichte entsorgt. Die Ausstellung „Berlin-Moskau“ als Lehrstück der neuen deutsch-russischen Kulturbegegnungen, in: *F.A.Z.*, 21.10.2003, S. 39.
- Schluchter, Wolfgang (1993): Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, Teil 2, in: *hochschule ost* 9/1993, S. 5-18.
- (1996): Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- Schneider, Hans-Peter (1991): Die Akademie der Wissenschaften als Gelehrtensozietät. Rechtliche Bemerkungen zu einem politischen Thema, hrsg. von der Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Senat von Berlin (2002): Richtlinien der Regierungspolitik, URL: <http://www.berlin.de/rbmskzl/landesregierung/richtlinien/index.html> [Zugriff: 12.12.2003].
- (o.J. [2003]): Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Mittel- und Osteuropa. Grundsätze und Schwerpunkte, URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbmskzl/europareferat/52.pdf> [Zugriff: 3.12.2003].
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin (Hg.) (1999): Forschung in Berlin. Politik Potenziale Projekte, Berlin.
- Simon, Dieter (1991): Evaluationssplitter, in: *Rechtshistorisches Journal* Bd. 10, Frankfurt a.M. 1991.
- (Iv.) (1992): „Nackte Verzweiflung“. Dieter Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sieht Trümmer in der Forschungslandschaft, in: *Wochenpost* 27/1992, S. 26.
- (1996): Westliche Theorie – östliche Realität. Zur Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft im wiedervereinigten Deutschland, in: G. Köhler/A. Köpke (Hg.), „Wissenschaft als Beruf“. Die Dokumentation der 15. GEW-Sommerschule '95, Frankfurt a.M., S. 207-216.
- (1998): Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin, S. 509-523.
- (1999): Akademie der Wissenschaften. Das Berliner Projekt. Ein Brevier, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin.
- (2003): De mortuis nihil nisi bene, URL: <http://www.bbaw.de/termine/2003/06/bericht.html> [Zugriff: 27.8.2003]
- Söllner, Alfons/Ralf Walkenhaus (Hg.) (1998): Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden.
- Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 308-310 und 6/1993, S. 387.
- Standke, Klaus-Heinrich (2002): Die Berliner MOE-Kompetenz. „Die Mittel- und Osteuropakompetenz der Stadt Berlin – Chancen und Herausforderungen“. Tagungsbericht, URL: <http://www.berlinews.de/archiv-2002/1773.shtml>
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.) (2002): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus, Essen.
- StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.) (1999): 1989-1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach (=UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität Nr. 106/November 1999), Berlin.

- Thieme, Werner (1992): Fortbestand und Erneuerung der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Carl Heymanns Verlag, Köln/Berlin/Bonn/München.
- Thomsen, Jan (2003): CDU wirft Kultursenator Klientelpolitik vor, in: *Berliner Zeitung*, 20.9.2003
- Vorstand der GWZ Berlin (2002): Konzept für Geisteswissenschaftliche Forschungszentren in Berlin, November 2002, unveröff.
- Wegelin, Jakob (2002): Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: *Leibniz Intern* Nr. 12, 30.4.2002, S. 13-15.
- Weingart, Peter/Jörg Strate/Matthias Winterhager (1991): Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld, unveröff.
- WIP-Rat (2002): Anhang zur „Denkschrift des WIP-Rates Berlin“, Berlin.
- (2002a): Schreiben an den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin, 5.7.2002, unveröff.
- Wissenschaftsrat (1990): Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990, in: ders., Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S. 7-28.
- (1991): Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln.
- (1992): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, in: ders., Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, Köln, S. 5-192.
- Wöltge, Herbert (2000): Die Leibniz-Sozietät im Jahr 300 der Berliner Akademie, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 195-209.
- Wolter, Henner (1992): Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern, Baden-Baden.
- Zimmermann, Karin (1997): Wissenschaftliche Netzwerke im deutsch-deutschen Wissenschaftstransfer, in: S. Lang/B. Sauer (Hg.), *Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin*, Frankfurt a.M./New York, S. 247-262.
- (1999): Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Am Beispiel der Reorganisation ostdeutscher Universitäten, in: F. Bretschneider/P. Pasternack (Hg.), *Akademische Rituale*, Leipzig, S. 171-194.
- (2000): *Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen*, Berlin.

Anhang 1

Fragebogen für das schriftliche Anhörungsverfahren

1. Nach der deutschen Einheit wurde das DDR-Hochschulwesen strukturell dem westdeutschen Hochschulsystem angepasst. Diese Transformationsphase wurde durch den Einigungsvertrag reguliert und beinhaltete auch die ‚personelle Erneuerung‘ des ostdeutschen Hochschulsystems. Dieter Simon hat dies als „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“ zusammengefasst. Könnten Sie bitte beschreiben, wie Sie rückblickend diesen Prozess beurteilen? Welche positiven und/oder negativen Folgen sind dabei aus Ihrer Sicht noch heute virulent?
2. Für eine Übergangszeit wurden Sonderprogramme wie etwa das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), das die Finanzierung positiv evaluierter ostdeutscher Wissenschaftler bis zum Erhalt einer festen Stelle gewährleisten sollte, initiiert. Lässt sich aus Ihrer Sicht sagen, dass Programme dieser Art die sozialen Folgen des Transformationsprozesses erfolgreich abgedeckt haben?
3. Ein gängiges Bild lautet, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘. Wenn wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Blick nehmen: Was spricht dann Ihres Erachtens für diese Diagnose bzw. was spricht dagegen?
4. Meinen Sie, dass es spezifische Kompetenzen gibt, die ostdeutsche Wissenschaftler einbringen bzw. einbringen könnten? Wenn ja: Können sie diese heute in das wissenschaftliche Leben einbringen?
5. Der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß forderte auf dem im Februar 2002 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dem Wissenschaftsrat und der Volkswagenstiftung veranstalteten Symposium „10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin“: „Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.“ Ist diese Forderung für Sie nachvollziehbar?
6. Können Sie in drei Punkten beschreiben, was für Sie die dringlichsten Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ sind?
7. Haben Sie Lösungsvorschläge für diese Probleme?

Anhang 2

Leitfaden für die Experteninterviews

1. Einschätzung des Transformationsprozesses (Ursachenforschung)

- 1.1 Der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß forderte auf dem im Februar 2002 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dem Wissenschaftsrat und der Volkswagenstiftung veranstalteten Symposium „10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin“: „Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.“ Ist diese Forderung für Sie nachvollziehbar?
- 1.2 Welche Ziele wurden bei dem ostdeutschen Wissenschaftsumbau verfolgt?
 - 1.2.1 Würden Sie sagen, dass in diesen Zielen Konflikte lagen, die auftreten mussten bzw. dann auch aufgetreten sind?
 - 1.2.2 Wie beurteilen Sie im besonderen das Ziel der ‚personellen Erneuerung‘?
- 1.3 An welche Instrumente, die zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt wurden, erinnern Sie sich noch?
 - 1.3.1 Würden Sie sagen, diese Instrumente waren im großen und ganzen dazu geeignet, die Ziele zu erreichen?
 - 1.3.2 Wie sehen Sie speziell die eingesetzten Instrumente und Verfahren, die die ‚personelle Erneuerung‘ gewährleisten sollten?
- 1.4 Spielten in diesem Prozess auch (Ost-)Berliner Besonderheiten gegenüber den sonstigen ostdeutschen Bundesländern eine Rolle?
- 1.5 Welche Folgen hatte dieser Prozess insgesamt für die Wahrnehmung des Umbaus durch die Betroffenen?
- 1.6 Bei den Bewertungen des ostdeutschen Hochschulumbaus trifft man heute auf gegensätzliche Positionen. Wo die einen von einer ‚Erfolgsstory‘ sprechen, sehen die anderen eine ‚Wissenschaftskatastrophe‘. Welcher dieser beiden Positionen würden Sie eher zuneigen?

2. Folgeprogramme und Übergangsregelungen

- 2.1 Für eine Übergangszeit wurden Sonderprogramme wie etwa das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) initiiert. Waren diese Sonderprogramme erfolgreich?
- 2.2 Gibt es Bereiche, für die Sie rückblickend Sonderprogramme für sinnvoll gehalten hätten?

3. Gegenwärtige Probleme als Folgen des Wissenschaftsumbaus

- 3.1 Sehen Sie Probleme und Konflikte aus der Zeit des Wissenschaftsumbaus, die heute noch virulent sind? Wenn ja, welche?
 - 3.1.1 Sehen Sie dabei Besonderheiten der ‚Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin‘?
 - 3.1.2 Wie schätzen Sie speziell die Situation der sogenannten ‚mittleren Generation‘ ein, also denjenigen, die 1989/90 30 bis 45 Jahre alt waren?
- 3.2 Ein gängiges Bild lautet, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘. Wenn wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher in den Blick nehmen: Was spricht dann Ihres Erachtens für diese Diagnose bzw. was spricht dagegen?

3.3 Würden Sie sagen, dass es spezifische Kompetenzen gibt, die ostdeutsche Wissenschaftler einbringen bzw. einbringen könnten? Wenn ja: Ist es ihnen möglich, diese heute in das wissenschaftliche Leben einzubringen?

3.3.1 Kann man darüber hinaus sagen, dass ostdeutschen Perspektiven auch im gesellschaftlichen Raum beachtet werden?

3.4 Lassen sich aus Ihrer Sicht akute einigungsbedingte Probleme von Ost-Berliner Wissenschaftlern nennen?

4. Lösungsvorschläge

4.1 Sehen Sie Lösungsmöglichkeiten für einige dieser Probleme?

4.2 Wie beurteilen Sie die politischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung solcher Lösungen? Wo liegen Chancen, wo Grenzen einer nachträglichen Regelung?

4.3 Würden Sie auch Bereiche sehen, in denen es Änderungsbedarf gibt, der aber jenseits des politisch Machbaren liegt? Was müsste dort getan werden?

4.4 Können Sie sich vorstellen, dass der ‚Wissenschaftsstandort Berlin‘ von einer Lösung der genannten Probleme profitieren könnte? Wenn ja, wie?

HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung

Das Institut

HoF Wittenberg ist das einzige Institut, das in den ostdeutschen Bundesländern Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge; gleichwohl beschränkt sich das Institut nicht auf die Untersuchung regionaler Entwicklungen.

1996 gegründet, knüpft HoF Wittenberg an eine Vorgängereinrichtung an: Die "Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst" hatte von 1991 bis 1996 die Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulwesens analysierend und dokumentierend begleitet.

Das Institut für Hochschulforschung Wittenberg wird gemeinsam vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt getragen. Es ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert.

Am HoF arbeiten derzeit 17 Wissenschaftler(innen), unterstützt von zwei Bibliothekarinnen und zwei Verwaltungsangestellten. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Reinhard Kreckel.

Das Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Hierzu erhebt HoF Wittenberg Daten, entwickelt theoretische Ansätze, stellt Informationen zur Verfügung, erarbeitet Prognosen, bietet Planungshilfen an und begleitet Hochschulreformprojekte. Das Institut betreibt sowohl Grundlagen- und historische Forschung als auch anwendungsorientierte Forschung sowie Projekte im Service- und Transfer-Bereich.

Vier Themenschwerpunkte strukturieren das Programm inhaltlich:

- Qualität,
- Steuerung,
- Transformation und
- Wissenschaftsinformation.

Die Projekte

Die laufenden Forschungsprojekte befassen sich mit:

- Universitäten im Kräftefeld Staat – Markt – Autonomie
- Zielvereinbarungen, Hochschulverträge und Hochschulsteuerung
- Organisationsreform an Hochschulen
- Qualität als Hochschulpolitik
- Qualifizierung des Hochschuleingangs
- Übergang von der Hochschule in den Beruf
- Qualifizierungs- und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Geschlechterverhältnisse und Gender Mainstreaming an Hochschulen
- Regionale Nachfrage nach Hochschulbildung
- Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994
- Hochschulexpansion in 20. Jahrhundert
- Hochschulgeschichte der DDR und des früheren Ostblocks
- Hochschulentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten

- Erfassung und Aufbereitung von Hochschulstrukturdaten
- Hochschulbildungsfinanzierung unter Bedingungen von Transformation und Globalisierung
- DDR-Geschichte in den Lehrprogrammen deutscher Hochschulen
- Informations-Dokumentations-System Hochschule/Hochschulforschung

Publikationen

HoF Wittenberg gibt die Buchreihe *Wittenberger Hochschulforschung* heraus. Das Institut publiziert die Zeitschrift *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung* (vormals *hochschule ost*). Ferner informiert der Instituts-Newsletter *HoF-Berichterstatter* zweimal im Jahr über die Arbeit am HoF. Projektergebnisse und Tagungsdokumentationen werden u.a. in den *HoF-Arbeitsberichten* veröffentlicht.

Zahlreiche der Publikationen können auch von den Internetseiten des Instituts herunter geladen werden: <http://www.hof.uni-halle.de>

Wissenschaftsinformation

HoF Wittenberg verfügt über eine Spezialbibliothek mit etwa 50.000 Bänden und ca. 180 Zeitschriften. Die Neuerwerbungen konzentrieren sich auf die Kernbereiche der Hochschulforschung sowie Fragen der Hochschultransformation in Ostdeutschland und Osteuropa. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten, die aus den Beständen des früheren Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB/DDR) Berlin übernommen wurde. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

Im Aufbau befindet sich ein integriertes Informations-Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung, durch das künftig wissenschaftliche Erkenntnisse, laufende Projekte, Veranstaltungen sowie Institutionen, Experten und Links über das Internet rationell abgerufen werden können (URL: <http://ids.hof.uni-halle.de>). Das Projekt wird von der Volkswagenstiftung gefördert. An diesem Vorhaben sind zahlreiche Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen, Fachbibliotheken und Fachinformationseinrichtungen beteiligt.

Der Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg steht im Zusammenhang mit der Neubelebung des Universitätsstandorts. 1502 wurde die „Leucorea“, die Wittenberger Universität, gegründet. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 durch die Vereinigung mit der Universität in Halle der Standort aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Universitätsstiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF Wittenberg weitere sieben wissenschaftliche Einrichtungen.